

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Sonntagen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Geschäfts-Adresse:
 Expedition: SW. 19, Brunn-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Redaktion: SW. 19, Brunn-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonntag, den 21. Juli 1900.

Expedition: SW. 19, Brunn-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Retter aus der Not.

Anlässlich der lebhaften Erörterungen über die fernere Gestaltung der wirtschaftlichen Konjunktur in Deutschland werden vielfach die Syndikate als Retter aus der Not bezeichnet. In besonders drastischer Prägung thut dies der Industrielle G. Möller: Bodum in einer Zuschrift an die Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt“. Im „Arbeitsmarkt“ war ausgeführt worden, daß in der Industrie eine rückläufige Bewegung begonnen habe. Gegenüber dieser Feststellung führt Möller aus:

„Der Ausdruck „rückläufige Bewegung begonnen“ löst die Vorstellung aus, als wenn die „Karte der Eisenindustrie“ vor kurzem auf der Höhe angekommen, nun wieder zurück in die Tiefe laufen würde. Eine Vorstellung, die bezüglich der schweren Krisen verkosteter Perioden ja gerechtfertigt war. Ist sie das aber für die Zukunft auch heute noch? Das glaube ich nicht. Die Unternehmervereinigungen würden sich ja sämtlich selbst verböhnen, wenn sie nicht danach streben, Krisen, wenn nicht ganz zu verhindern, so doch erheblich abzumildern. Ich kann nur preisgeben die Mächte für Krisen, soweit die internationale Beeinflussung Platz greift; der nationale Markt muß von den Unternehmerverbänden spannkraftig erhalten werden. Und somit kann ich auch nicht glauben, daß die „rückläufige Bewegung“ nicht mehr aufzuhalten ist.“

In diesen Ausführungen liegt eine Ueberschätzung der Syndikate, der von Arbeiterseite energisch entgegengetreten werden muß. Würden doch die Aussichten des deutschen Arbeitsmarktes wesentlich beruhigter erscheinen, als sie es tatsächlich sind, wenn Möller recht hätte.

Auch wir geben zu, daß es für den Verlauf einer rückläufigen Bewegung im Wirtschaftsleben nicht gleichgültig ist, ob starke Syndikate bestehen oder nicht. Die Syndikate sind berufen, die Produktion so zu regeln, daß das Angebot von Waren dem Bedarfe entspricht. In ihrem jetzigen privatkapitalistischen Zuschnitt vermögen jedoch die Kartelle diese volkswirtschaftlich höchst wichtige Aufgabe entweder gar nicht oder doch nur ganz unvollkommen zu erfüllen. Es soll nicht in Abrede gestellt, vielmehr auch von uns als ein wirtschaftlicher Fortschritt anerkannt werden, daß starke Kartelle durch die Stabilisierung der Preise und eventuelle Einschränkung der Produktion gegenwärtig schon die plötzlichen, verheerenden Folgen einer Krise für die Geschäftswelt vermeiden und dadurch auch dem Arbeitsmarkt unvorhergesehene Erschütterungen einermöglichen ersparen können. Aber diese scheinbar oder tatsächlich günstige Einwirkung der Syndikate auf die Gestaltung der geschäftlichen Konjunktur ist zur Zeit doch nur unter weitgehender Schädigung der Arbeiter und des heimischen Konsums möglich, die zusammengenommen mindestens den Schädigungen aus einer akuten Krise gleichkommen. Die Unternehmer selbst, soweit sie einem Syndikate angehören, werden in Zeiten einer rückläufigen Bewegung am ehesten durch das Syndikat geschützt werden können, wenn auch die Betriebsgewinne langsam zurückgehen. Aber schon für die außerhalb des Kartells stehenden Werke fehlt dieser sichere Schutz. Immerhin mögen die Unternehmer selbst weniger dem Ausbruch einer geschäftlichen Krise preisgegeben sein, als dies ohne Syndikate der Fall wäre.

Dagegen können wir Vorteile für die Arbeiter nicht im mindesten infolge des Einwirkens der Syndikate erblicken. Wie regeln denn die Syndikate gegenwärtig Angebot und Nachfrage auf dem von ihnen beherrschten Markt? Sobald sie merken, daß der Bedarf nachläßt, die Preise bei freier Konkurrenz also fallen müßten, um den Konsum wieder anzuregen, suchen sie die Preise auf der bisherigen Höhe zu halten, indem sie die überschüssige Produktion im Ausland absetzen und gegen eine künstliche Ueberschätzung Produktions-einschränkungen eintreten lassen. Den Grad und die Stärke resp. Schwäche des Bedarfs vermögen die Syndikate nicht zu ändern, folglich auch nicht den Verbrauch. Wenn dies aber nicht möglich ist, so müssen die Folgen des verkürzten Absatzes auch an irgend einer Stelle des wirtschaftlichen Körpers in starken Schädigungen zum Ausdruck kommen. Und das geschieht ein mal bei der Arbeiterklasse. Dadurch, daß die Syndikate den Bedarf nicht regulieren, sondern nur das Angebot entsprechend dem verringerten Bedarf herabsetzen können, müssen sie notwendigerweise die Produktion einschränken.

Unter der Herrschaft der Syndikate wird allerdings die Produktionsbeschränkung ziemlich einheitlich und allgemein, nicht mehr wie früher seitens der einzelnen Werke je nach ihrer Leistungsfähigkeit im wirtschaftlichen Kampfe durchgeführt. Aber die Arbeitslosigkeit als Begleiterscheinung der Krise bleibt auch bei einer durch die Syndikate geregelten rückläufigen Bewegung im Wirtschaftsleben im nämlichen Umfang und Grad wie bisher bestehen. Nicht mehr die einzelnen Fabriken werden existenzunfähig werden und ihre Arbeiter auf die Straße setzen, das Syndikat wird allen Betrieben vorschreiben, ihre Gesamtproduktion um einen gewissen Prozentsatz zu kürzen und damit gleichfalls einschneidende Betriebsbeschränkungen und Entlassungen gebieten, die in ihrer Gesamtwirkung den Arbeitsmarkt fast ebenso schädigen wie die unvorhergesehene plötzliche Krise. Es werden also nach wie vor weniger Arbeiter eingestellt, die Arbeitszeit und die Löhne herabgesetzt, Arbeiter dauernd oder vorübergehend entlassen werden, kurz die industrielle Reservearmee wird in nämlicher Stärke den Arbeitsmarkt drücken, ob Syndikate bestehen oder aber nicht. Für die Arbeiter ist daher das

äußerliche Ueberwinden der Krise kein Vorteil, um dessentwillen sie ihre Opposition gegen die privatkapitalistische Produktionsgestaltung auch nur um Haarsbreite aufgeben könnten.

Aber die scheinbare Vermeidung einer Krise infolge der Einwirkung der Syndikate wird neben der Schädigung der Arbeiterklasse nur durch eine starke Belastung des heimischen Konsums erlaubt werden können. Die Syndikate lassen es nicht zu einem Preissturz kommen, schieben vielmehr die Ueberschätzung ins Ausland ab. Durch hohe Zölle suchen sie sich selbst vor der Konkurrenz des Auslands zu schützen. Um nun im Ausland ihre Ware absetzen zu können, verlegen sie die Preisbeschleuderei, die einst die Fabrikanten zur Zeit einer rückläufigen Bewegung im Inlande gegeneinander in Scene setzten, ins Ausland und entschädigen sich dafür gemeinsam durch Hochhaltung der Preise im Inland. Das heißt nur, um mit Herrn Möller zu reden, den nationalen Markt spannkraftig erhalten.

Um diese Wirkung der Syndikate auf den Inlandsmarkt hat es aber eine eigne Bewandnis: sie führt statt zu einer baldigen Erholung des Marktes zu einer Stagnation des Konsums im Inland, zu einer Beeinträchtigung des heimischen Wirtschaftslebens in Bezug auf seine internationale Konkurrenzfähigkeit. Ob dann nicht an Stelle der akuten die weniger offen zu Tage tretende, aber in ihren allmählichen Wirkungen gleich verderbliche chronische Krise tritt, ist eine Befürchtung, die bei dem privatkapitalistischen Charakter der heutigen Syndikate nicht zu unterdrücken ist.

Die Regelung des Marktes durch die Syndikate hat also eine Reihreite, die für den heimischen Konsum und die deutschen Arbeiter nicht weniger Unheil bedeutet wie der Verlauf einer Krise in Zeiten unregelter Produktion. Selbst wenn es den Syndikaten gelingt, die rückläufige Bewegung nicht in eine förmliche Krise im bisherigen Sinne des Wortes ausarten zu lassen, so ist dies nur ein ungewisser Vorteil für die industriellen Unternehmungen, die Kapitalisten und Fabrikanten selbst; den Arbeitern und Konsumenten bleibt es nicht erspart, die Kosten für das Gedeihen des Unternehmertums in der rückläufigen Zeit durch ausgedehnte Arbeitslosigkeit und Belastung des heimischen Marktes voll zu tragen.

China.

Auch Li-Hung-Tschang versichert jetzt, wie wir gestern meldeten, die Fremden in Peking seien noch am Leben — ohne damit Glauben zu finden. Andererseits hat der chinesische Gesandte in Paris dem französischen Minister des Auswärtigen ein Telegramm des Kaisers von China vorgelegt, in dem er die Vermittlung Frankreichs nachsucht.

Aus Tientsin wird nichts Neues berichtet. Der Aufstand in Mittel- und Südchina sowie in der Mandschurei weist keine Abnahme auf.

Sehr bemerkenswert ist, daß Japan keine Neigung zeigt, sich mit größeren Truppenmassen an der Aktion zu beteiligen. Rußland spinnt seine diplomatischen Ränke, auf die wir gestern schon hinwiesen; es möchte gern die Rolle des gut bezahlten Retters Chinas übernehmen.

Das Fremden-Massacre.

Der „Agenzia Stefani“ wird aus Hongkong vom 17. Juli gemeldet: Der hiesige italienische Konsul erfuhr Li-Hung-Tschang, an den italienischen Gesandten in Peking, Salvago-Maggi einen Brief von ihm zu befragen, worauf Li-Hung-Tschang erklärte, daß ihm dazu Mittel und Wege fehlten. Man ist hier nach wie vor im Zweifel über das Schicksal der Gesandten in Peking.

Ueber die Kämpfe um Tientsin

Heute geht ein Bericht aus japanischer Quelle vor: Danach begann der allgemeine Angriff auf die Wälle der Stadt Tientsin am 18. Juli morgens um 4 Uhr. Am 14. Juli, um 8 Uhr morgens, sprengten die japanischen Truppen das Stadttor und pflanzten das Banner der aufgehenden Sonne auf dem Centralthurm der Stadt auf. Die Verluste sind: 9 Offiziere tot, 300 Mann tot oder verwundet. — Ein später eingegangener japanischer Bericht über die Eroberung Tientsins besagt: Nachdem die Stadt am Morgen des 14. Juli genommen war, beschossen die japanischen Geschütze die Marinelaßerne, auf welche die Russen einen Angriff machten. Während dieser Zeit hielten zwei japanische Abteilungen die Eisenbahnstation und schlugen die chinesischen Angreifer zurück. Darauf ergrieff sie Besitz von der Marinelaßerne und ihrer Umgebung und eroberten 48 Kanonen. Der Verlust der Japaner waren 60 Tote und 270 Verwundete. — Einen noch später eingegangenen Bericht zufolge wurden in der Marinelaßerne 80 Geschütze erobert, von welchen 16 neuester Konstruktion waren. Die muwallte Stadt Tientsin hat jetzt eine Besatzung von Japanern, Engländern, Amerikanern und Franzosen. Der Gesamtverlust der Verbündeten am 13. und 14. Juli beträgt 500 Mann, unter welchen sich über 300 Japaner befinden.

Der Vice-Admiral Alejeff hat dem russischen Kriegsminister aus Tschifu nachstehendes Telegramm gegeben lassen: Tientsin, den 11. Juli. Gestern wurden unsere Vorposten vor dem Bahnhofs von mehr als 3000 chinesischen Truppen und Bogern überfallen. Eine halbe Compagnie des 10. Regiments wurde umzingelt und mußte sich mit dem Bajonett durchschlagen. Ein Lieutenant und 18 Mann wurden verwundet, vier Mann getötet. Als Verstärkungen eintrafen, mußten sich die Chinesen mit einem Verlust von 70 Mann zurückziehen.

Einer Meldung der „New York World“ zufolge verlautet in Tschifu, die Chinesen hätten vor ihrer Flucht aus der Chinesen-

Stadt von Tientsin ihre Frauen getötet, damit sie nicht in die Hände der Fremden fielen.

Das ist ein Gegenstand zu der ähnlichen Geschichte, die von den Sensationsblättern über die Peking Vorhänge gebracht worden ist.

Ein Vermittlungs-Versuch.

Der chinesische Gesandte in Paris ließ dem Minister des Auswärtigen Delcassé ein Telegramm des Kaisers von China zugehen mit dem Ersuchen, dasselbe dem Präsidenten Loubet mitzuteilen. In diesem Telegramm, welches am 10. d. M. vom Gouverneur von Schantung besorbert worden ist und welches der Gesandte in Peking keine Erwähnung thut, ersucht der Kaiser um die Vermittlung Frankreichs.

Delcassé ließ den chinesischen Gesandten wissen, daß die Antwort Loubets an die französische Gesandtschaft in Peking gesandt werden würde. Dort könne die kaiserliche Regierung sie in Empfang nehmen. Die Regierung der Republik erwarte jedoch vorher die Sicherheit zu haben, daß der Gesandte Peking wohl behalten sei.

Die Haltung Japans.

Aus Yokohama wird berichtet: Obwohl die sühnenden Väter noch immer darauf drängen, mehr Truppen nach China zu senden, so nimmt doch die Abneigung dagegen zu, daß Japan sich in ausgedehnte Operationen einläßt. Die Entscheidung der Regierung ist nicht bekannt. Es ist indessen eine weitere Division jetzt von Sendai auf dem Marsch, um sich nach China einzuschiffen. Große Massen von Flüchtlingen aus China treffen ständig in Japan ein.

Ausdehnung des Aufstands.

Die „Times“ melden aus Shanghai vom 18. Juli: Abgesehen von der Lage in Peking und der Haltung Li-Hung-Tschangs ist die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Huan-tschai, den Gouverneur von Schantung gerichtet, von dessen Stellungnahme die weitere Entwicklung der Dinge zum großen Teil abhängt. Einer von Eingeborenen stammenden unbestätigten Nachricht zufolge sollen die Truppen desselben eine Streitmacht des Prinzen Tuan in der Nähe der Grenze von Schantung geschlagen haben. Huan-tschais Einsatz ist größer, als der irgend eines andern. Der Vicekönig in Kwantung Liu hat in Erfüllung eines Wunsches der Konjunkt heute die Befehle erneuert, durch welche eine weitere militärische Thätigkeit in den Provinzen von Wajung untersagt wird. In Kwantung giebt man zu, daß eine Autorität nicht mehr als genügende Gewähr für die Anstrengung von Gesetz und Ordnung im Norden des Flußes angesehen werden kann. Die Konjunkt haben deshalb angeordnet, daß Vorbereitungen für die Abreise von Frauen und Kindern zu treffen seien.

Nach einer Depesche des „Daily Express“ von Shanghai von gestern treffen dort noch fortwährend bewaffnete Chinesen von Norden her ein, so daß die Konjunkt sich mit einer gemeinsamen Position gegen die militärischen Vorbereitungen der Chinesen wandten.

Die „Times“ melden aus Shanghai vom 17. Juli: Falls das Eintreffen der Verstärkungen die Führer der Verbündeten nicht in den Stand setzt, in wirksamer Weise zur Offensive überzugehen, so ist es zweifelhaft, ob die Verleugung im Süden angesichts des wachsenden Widerstands der Provinzial-Beamten die Politik weiter zu verfolgen vermögen, zu der sie jetzt halten. Heute trafen beim britischen Konsulate Meldungen von ersten gegen die Missionäre gerichteten Angriffen in der Provinz Kiangsi ein und man hat Grund anzunehmen, daß diese Unruhen sich über ein großes Gebiet ausbreiten werden.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Petersburg: Die durch den Aufbruch in der Mandschurei geschaffene Lage werde für Rußland sehr heikel, da gegenwärtig die zum Schutze der 8000 Kilometer langen russisch-chinesischen Grenze notwendigen Truppenmengen nicht zusammengezogen sind. Rußland fürchte sich keineswegs vor einem Krieg mit China, aber niemand wolle einen offiziellen Krieg und das ist das Tragische an der Lage. Die letzten Ereignisse in der Mandschurei zwingen aber zur Aufgabe dieses Standpunktes und Rußland wird sich nunmehr gegen seinen Willen zu einem Kriege vorbereiten müssen, an den es vor wenigen Wochen noch nicht gedacht hat.

Die Haltung der Mächte.

Zu der Depeschencensur, die von der deutschen Regierung über die chinesische Gesandtschaft verhängt ist, bemerkt der „Hamdurg. Anzeiger“, man könne gespannt sein, was der Gesandte dieser Mißtrauensandgedung gegenüber thun wird. Möglicherweise verläßt er Deutschland und schlägt seinen Wohnsitz irgendwo anders in Europa, zum Beispiel in der Schweiz auf. Wenn die andern Mächte Graf Willovs Beispiel folgen, so könnte man dann unter Umständen das Schauspiel erleben, daß sich die gesamte chinesische Diplomatie auf Schweizer Boden zusammenfindet. Allgemein wird die Depeschencensur auch als Ausdruck des satirischen Kriegszustandes angesehen und mehrfach die Frage aufgeworfen, ob der offizielle Kriegszustand dadurch vorbereitet ist.

England kann keine Truppen in Indien entbeden. Der stellvertretende Kommandant der Truppen in Indien, Palmer, erklärte in einer Unterredung, es sei unmöglich, weitere englische Truppen von Indien nach China zu entsenden, bevor das angeblich in Südafrika befindliche Kontingent zurückgekehrt sei, falls dasselbe nicht in einem angemessenen Zeitraum durch extrahe Mannschaften aus dem Ausland ersetzt werden könnte.

Rußland hat, so meldet der „Globe“, in der letzten Zeit unter Kommandeur Li-Hung-Tschangs heimliche Unterhandlungen mit dem Prinzen Tuan gepflogen; eine Anzahl hoher Beamten der Junghe-Provinzen ist für ein Bündnis mit Rußland, der Vizekönig Schanghain ist jedoch dagegen.

Solches Verfahren paßt schon zur traditionellen russischen Politik.

Das „Militär-Wochenblatt“ berechnet die Stärke der für die Kämpfe in China verfügbaren gemachten Truppen auf etwa: 16 000 Deutsche, 12 000 Engländer, 6500 Franzosen, 50 000 Russen, 21 000 Japaner, 7000 Amerikaner, 2000 Italiener, 170 Österreicher, also rund 115 000 Mann mit 311 Geschützen und 36 Maschinengeschützen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Juli.

Ein Chinese über China.

In einer Vorstadt Londons lebt ein Chinese, der zwei chinesische Geheimpläne angefertigt und seit 23 Jahren mit geringen Unterbrechungen in Europa wohnt. Mit diesem Manne, der als hochgebildet und durchaus vorurteilsfrei geschätzt wird, hatte der englische Journalist A. J. Davison, der ihn seit längerer Zeit kennt, eine Unterredung. Über die er im „Daily Express“ vom 17. ds. berichtet. Die Rede kam sofort auf das Berliner Verbot und der — beiläufig aus Tientsin gebürtig — Chinese äußerte sich:

„Ich sagte Ihnen das vorwärts. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß ich diese furchtbare Tragödie tief bedaure. Meine Trauer ist echt. Ich bin stark veremphatisch, wie Sie wissen. Und mein Schmerz wird dadurch nicht vermindert, daß das, was geschehen ist, meines Erachtens so kommen mußte. Sie waren am 25. Juni bei mir, vor fast einem Monat. Ich sagte Ihnen — und Sie haben es ja den folgenden Tag im „Express“ veröffentlicht —: Wie kommt es, daß Ihr Europäer Euch nicht warnen laßt? Ihr reizt das chinesische Volk fortzuführen, und Eure Geschäftsleute süssen da noch weniger Hebel als Eure Missionare. Eure Missionare handeln mit einer Annahme und einer Rücksichtslosigkeit, die geeignet sind, die größte Erbitterung hervorzurufen. Die Folge wird sein, ein großer Wutausbruch und schließlich eine furchterliche Meuterei. Und Europa kann China nicht totschlagen. Es giebt zu viel Chinesen — der Chinamann hat zu viel Köpfe.“

So sprach ich damals. Und jetzt lese ich in der Zeitung: der Vatikan habe neuerdings wieder 50 Missionare nach China beordert. Das ist ja der helle Wahnsinn — das heißt Del und Feuer geben. Diese Missionarfrage in China ist eine blutige Farce, ein Hohn und ein Spott! Das unglückliche Verbrechen und Predigen der Leute ist den Logik denkenden, verständigen Chinesen ein Vergnügen und nur geeignet, das Christentum um alles Ansehen zu bringen. Was können wir — um gerade vom jetzigen Augenblick zu sprechen — von einer Religion halten, deren Vertreter sagen: die Nahe ist das Herrn, und die im selben Atemzug den barbarischsten Rachekrieg gegen China fordern! Sprechen Sie sich doch selbst: können wir glauben, daß es den Chinesen mit ihrem Christentum ernst ist?

Ist dieses Nachgeschrei kritisch? Ist es menschlich? Ist es vernünftig? Auf es nicht die schrecklichsten Bestialitäten entfesseln? Heute morgen lese ich in einem Blatt, in der Provinz Honan, im Norden Chinas, melden die Boxer alle eingeborenen Christen nieder, nachdem die fremden Missionare sich, beim ersten Anzeichen von Gefahr, mit ihren Familien aus dem Staud gemacht und in Sicherheit gebracht haben. Wenn ein Tag des Gerichts kommt, wer wird für diese Menschenschlächtere zur Verantwortung gezogen werden?

Die Boxer werden dann nicht allein der Anklagebaul sitzen. Europa und die Missionare werden mit vor dem Richterstuhl stehen. Die Missionare bestimmten durch offenerhand Verprechungen diese Unglücklichen, Christen zu werden, und nahmen sie unter den Schutz Europas. Und wenn die Gefahr kommt, lassen sie ihre Opfer im Stich, retten das eigene Leben. Und wo ist der versprochene Schutz Europas?

Ihre Europäer habt gar keine Ahnung, welcher Unng mit diesem Verbrechen und diesem Schutze Europas getrieben wird. Dieser Schutz ist der Adler, mit dem die Seelen für das Christentum gefangen werden. Wer immer irgend ein Verbrechen begangen hat, läßt sich schnell taufen, dann kann die chinesische Justiz ihn nicht erreichen. Die Taufe ist ein förmliches Prämium auf das Verbrechen, drehen Sie die Sache um, und denken Sie, chinesische Missionare verfahren so in Europa. Keinen Augenblick würde das Verbrechen gebildet.

Ich klage Europa an, daß es durch sein ganzes Verfahren eine Revolution in China vorbereitet hat. Ich klage die Missionare an, daß sie an diesen Meutereien die Hauptrolle tragen.

Europa soll gerecht gegen uns sein und namentlich seine Missionare zurückrufen. Dann werden wir bald wieder Frieden haben. Jetzt aber Europa das alte Spiel fort, so werden wir auf Jahre hinaus entsetzliches Gemetzel haben, langjährigen Krieg zwischen Osten und Westen. Und dieser Krieg kann nur ein Ende haben.“

So der Chinese aus Tientsin. Welches das Ende sein wird, sagte er nicht mehr ausdrücklich. Aber im Anfang seiner Darlegungen sagte er es: „Der Chinamann hat zu viel Köpfe.“

Was der Chinese über die Missionare sagt, wird durch alle unparteiischen Mitteilungen bestätigt.

Die Klagen über den Missionar-Anflug sind übrigens weit älter als unsere Beziehungen zu China. In Ostindien und in der Türkei haben die Missionare umgänglich viel Unheil verurteilt: Srowalle, Wintergelegen, Krieg. Und der Gewinn? Null! Für das Christentum ist kein anständiger Hindu und kein Mohammedaner zu gewinnen. Nur, wie jetzt in China, zweifelhafte Elemente, die Schutz gegen die Justiz ihres eignen Landes brauchen.

Schreiber dieses sprach vor Jahren mit einem Missionar, der lange in Indien gewirkt hatte. Er gab zu, daß es so gut wie erfolglos gewesen sei und erzählte, die stereotypen Antwort der Hindus sei: „Was Ihr sagt, ist recht gut; und unsere Religion sagt das auch. Aber die Art, wie die Christen handeln, straft ihre Worte Lügen. Und deshalb können wir das Christentum nicht für eine gute Religion halten.“

„Und was läßt sich darauf erwidern?“ meinte abschließend der Missionar.

Schutz geistiger Arbeiter.

Der im Reichs-Anzeiger veröffentlichte Entwurf eines Gesetzes über das Verlagsrecht schlägt eine reichs-gesetzliche, einheitliche Regelung des rechtlichen Verhältnisses des Urhebers von Werken der Litteratur und der Kunst zu den Verlegern dieser Werke vor.

Zur Zeit gelten für dieses Verhältnis andre Normen in dem Gebiet des gemeinen Rechts, andre in dem Gebiet des streitrechtlichen Landesrechts, andre in Sachen, wider hiervon abweichende im Gebiet des Code und in Baden. Eine reichsgesetzliche Regelung des Verlagsrechts ist ein Bedürfnis der Praxis und ist im Reichstag im Jahre 1870 begehrt. Der Entwurf will in 52 Paragraphen das Verlagsrecht einheitlich regeln. Das ist ein anerkannter Wertes. Der Entwurf läßt aber seine Aufgabe abzu thun, abzu thun mechanisch auf. Sein Streben geht nicht dahin, ein dem Auge und den Zielen der Zeit entsprechendes, wesentlich neues Recht zu schaffen. Der Entwurf begnügt sich mit einem mechanischen Querschnitt der bestehenden Rechte unter Anpassung an die Normen des bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der Verlagsvertrag ist ein Vertrag über geistige Gestaltungen geistiger Art. Der Entwurf berücksichtigt nur die der Litteratur und der Kunst, nicht die der Malerei, der Plastik, der darstellenden Kunst. Diese Einseitigkeit einheitlicher Regelung scheint uns verfehlt, zumal die verschiedenartigen Gestaltungen der Schriftsteller, Malerei und Plastik oft in einander übergehen. Der Verlagsvertrag wird von einem Schriftsteller oder Komponisten mit einem wirtschaftlich mächtigeren, geschäftlich erfahrenen Verleger geschlossen. Hieraus hat der Gesetzgeber die Folgerung abzuleiten, daß zu Gunsten des geistigen Arbeiters zwingende Rechtsnormen geschaffen werden, die der Vertragsfreiheit entgegenstehen. Diese Folgerung hat der Entwurf nicht gezogen. Er stellt nur Regeln für den Fall auf, daß keine abweichenden Vereinbarungen zwischen den Parteien getroffen sind. Das ist ein erheblicher Mangel des Entwurfs.

Dieser Mangel fällt umso mehr auf, als der Entwurf allerlei Einzelheiten in peinlicher Kasuistik vorsieht, die ebensowohl hätten fortlassen können. So verpflichtet der Entwurf (§ 27) beim

Mangel einer anders lautenden Abrede den Verleger, dem Verfasser 5—15 Freie Exemplare sowie auf Verlangen ein Exemplar in Ausbaugebogen zu überlassen und (§ 28) dem Verfasser zum niedrigen Preise, für welchen das Werk von ihm abgegeben wird, Abzüge des Werks zu überlassen (eine in dieser Allgemeinheit nicht einwandfreie Vorschrift).

Der Entwurf nimmt an, daß der Verlagsvertrag sich in der Regel nur auf eine Auflage beziehen soll — was nicht aber diese Bestimmung, wenn sie durch Vertrag geändert werden kann? Willig vernichten wir eine Bestimmung, wie weit Verträge gültig sein sollen, welche sämtliche geistigen Gebilde des Verfassers, welche er etwa in der Zukunft schafft, dem Verlagsrecht eines bestimmten Verlegers ausliefern. Hier wäre eine Zeitgrenze erforderlich, von der ab der Verfasser von solchem Vertrag zurücktreten kann. Der schwierigen Aufgabe, zwischen dem Verlags- und dem Urheberrecht die richtige Grenze zu ziehen, weicht der Entwurf zu Unrecht aus. Gerade an der Gestaltung dieses Verhältnisses hat der geistige Arbeiter nicht minder als die Allgemeinheit ein erhebliches Interesse, dem der Urheberrechts-Entwurf vom Juli 1899 keineswegs genügt.

Dem Bedürfnis der Praxis und insbesondere der Notwendigkeit, in möglichst weiten Kreisen die geistigen Gebilde menschlichen Schaffens zur Verbreitung zu bringen, kommt der Entwurf nicht weit genug entgegen. Wir greifen nur den einen Punkt heraus, daß beim Mangel einer Abrede eine Auflage nur tausend Exemplare umfassen soll. Solche Auflagenhöhe ist bei weitem zu niedrig bemessen und läßt erkennen, daß der Entwurf auf die kulturelle Bedeutung des Verlagsvertrags, die eine möglichst große Verbreitung des geistigen Stoffes bezieht, ein viel geringeres Gewicht legt, als auf die Vorteile, die für den Verfasser und den Verleger aus dem Verlagsvertrag erwachsen. Bei einer Auflage von nur 1000 Exemplaren ist die Herstellung eines guten Quads oder einer guten Komposition zu billigen Preisen meist platterding unmöglich.

Ein modernes Verlagsrecht sollte sich weniger die Regelung lausfähiger Einzelheiten als die Tendenz möglichst großer Verbreitung guter Werke angelegen sein lassen; der Gesamtheit soll das geistige Schaffen des Einzelnen zu gute kommen. Freilich kann hier der Gesetzgeber nicht diktieren, wohl aber den Weg hierzu erleichtern. Zum Verlagsrecht würde z. B. eine Aushebung der die Verbreitung hindernenden gesetzlichen Bestimmungen gehören, die die Gewerbeordnung enthält. Auch eine Vorschrift, daß sog. Prätextemplare von öffentlichen Bibliotheken abgenommen sind, wäre erwünschenswert. Der Entwurf dürfte nach mancherlei Richtungen im Interesse der Allgemeinheit Korrekturen im Bundesrat und im Reichstag zu unternehmen sein. Anerkennungswert ist die leicht verständliche, flüssige Sprache, die den Entwurf im Gegensatz zu so mancherlei Gesetzen, z. B. der sogenannten Socialgesetzgebung, bezeichnend.

Deutsches Reich.

30 000 deutsche Soldaten!

Wie dem „Hammonischen Courier“ von „gewöhnlich gut unterrichteter Seite“ berichtet wird, werde Deutschland im ganzen dreißigttausend Mann Landtruppen nach China senden.

Und wenn diese 30 000 von der Weltpolitik „verbraucht“ sein werden — was dann? Abermals 30 000, ohne daß ein Ende und ein Jweck der Opfer abzusehen.

Und diese Rüstungen werden ausgeführt, ohne daß ein „Krieg“ besteht!

Gegnerische Kampfmethode.

Der Unternehmerpresse hat unsere Untersuchung über die Lebenshaltung der Arbeiter in den Jahren 1894—1899 nicht gefallen. Mit großer Freude hätten wir eine offene und ehrliche Kritik aufgenommen. Diese scheint aber auszubleiben. Dafür stellt sich die „Nationalliberale Korrespondenz“ mit einem Artikel ein, die unsere Ausführungen erst in einer inneweltstellenden Weise verdrehen muß, ehe sie gegen den „Vorwärts“ polemisieren kann. Die Korrespondenz läßt uns nämlich behaupten, daß die Lebenshaltung der Arbeiter sich verschlechtert habe. In unserem Artikel ist dagegen gerade umgekehrt nachgewiesen, daß die Lage der Arbeiter sich seit 1894 um einiges verbessert hat.

Köpflich und der beste Beweis dafür, daß der Verfasser der Kritik in der „Nationalliberale Korrespondenz“ entweder unsere Ausführungen nur ganz oberflächlich gelesen hat oder aber wider besseres Wissen in böswilliger Verleumdung gegen die Socialdemokratie vom Leder zieht, ist folgende Ausführung: „Aber es ist eine durchaus verfehlte Behandlungsweise, wenn man die Jahre 1894 und 1899 miteinander vergleicht. Wenn der Tarifkämpfer, der diesen Beweis führt, überhaupt einzelne Jahre miteinander vergleicht will, warum vergleicht er nicht den Anfang und das Ende der neunziger Jahre?“ In unseren Artikeln, die der Reihe nach den Unternehmungsgeheimnis in der Industrie, die Bewegung der Arbeiterlöhne und die Lebenshaltung der Arbeiter zahlenmäßig zu ermitteln suchten, wurde ausdrücklich und wiederholt der Zweck der Untersuchung angegeben. Gegenüber den Behauptungen in der Unternehmerpresse und auch gegenüber Ausführungen, die im Reichstoge vom Regierungstische gemacht wurden, daß nämlich an dem wirtschaftlichen Aufschwunge der letzten Jahre die Arbeiterklasse einen entsprechenden Anteil wie die Unternehmer genommen hätten, galt es zu untersuchen, ob denn diese vielfach geglaubte Behauptung auch nur annähernd richtig sei. Wollte man den Anteil der einzelnen Produktionsfaktoren in dieser Zeit feststellen, so mühte man logischerweise den Zeitraum der Untersuchung so abgrenzen, wie es von uns geschehen ist; es hätte gar keinen Sinn gehabt, das Jahr 1890 zum Ausgangspunkt der Untersuchung zu machen. Die Nationalliberale Korrespondenz unterschlägt aber den Teil ihres Artikels, die unsere wohlbegründete Ansicht und nur so ist sie in der Lage, unsere Ausführungen als „verfälschtes Experiment“ zu bezeichnen.

Wenn die Gegner wirklich nicht mehr ehrlich mit uns kämpfen können oder wollen, so wäre es für ihr Ansehen in der That besser, sie schwiegen gänzlich, ehe sie, wie für jeden ersten Beobachter auf den ersten Blick klar ist, zu illegalen Mitteln ihre Zuflucht nehmen.

Wenn es am Schluß des Artikels der Nationalliberale Korrespondenz heißt: „Der Reichsanzeiger des „Vorwärts“ bringt es gleichwohl zu Wege, den Arbeitern mit Zahlen die verwirrende Meinung beizubringen, als hätte sich ihr Einkommen nicht im Verhältnis zu der Preisbewegung der wichtigsten Verbrauchartikel erhöht“ — so setzen wir dieser ganz dreisten Unterstellung folgende Entgegnung aus dem Artikel des „Vorwärts“ gegenüber, die das Endergebnis der Untersuchung über die Lebenshaltung darstellt: „Nun haben wir in unseren früheren Untersuchungen über die Bewegung der Löhne in den Jahren 1894—1899 gefunden, daß der Lohn von 666,14 M. im Jahre 1894 auf 742,52 M. im Jahre 1898 gestiegen ist. Nach dem nominalen Geldwert beträgt diese Steigerung allerdings 11,40 Proz. Für die wirtschaftliche Lage des Arbeiters bedeutet aber die Lohnsteigerung sehr viel weniger. Er muß mit Rücksicht auf seinen Lebensunterhalt im Jahre 1898 710,51 M. mit den 666,14 M. im Jahre 1894 gleichwertig setzen. Nur was er über diese 710,51 M. verdient hat, ist wirklicher Mehrverdienst gegenüber dem Lohn von 1894. Dieser Mehrverdienst beträgt daher nicht, wie nach dem nominalen Lohn berechnet werden könnte, 76,38 M., sondern nur 742,52 weniger 710,51 = 32,01 M. Unter Berücksichtigung der Geldwertveränderung ist also der wirkliche Mehrverdienst nur um 4 1/2 Proz., oder will man den Prozentsatz mit dem Geldwertlohn von 1894 ins Verhältnis setzen, um 4 3/10 Proz. gestiegen.“

Aus dieser Feststellung geht unzweifelhaft hervor, daß das Einkommen der Arbeiter im Verhältnis zur Preisbewegung stärker gewachsen ist. Die Nationalliberale Korrespondenz unterschlägt uns latibläufig das Gegenteil. Uns ist diese Kampfmethode keinen Schaden. Aber wir möchten doch an die Redaktionen der Zeitungen,

die den Artikel der Korrespondenz nachdrucken, so an das „Selbiger Tagesblatt“, die „Münchener Allgemeine Zeitung“ die Anfrage richten, ob sie ihre Leser so niedrig einschätzen, um ihnen verächtliche offenkundige Verdrehungen eines einfachen Sachverhalts bieten zu dürfen? —

Chlor Schweinburg. Die „Berl. Vol. Nachrichten“ bringen heute einen Artikel, den man nichtswürdig und schamlos nennen möchte, wenn er nicht so unglücklich dumm wäre. Wir geben einige Stellen wieder:

„Während das socialdemokratische Parteiblatt sich früher auf eifrige Beschäftigung, an der Hand der Erträge industrieller oder bergbauhafter Unternehmungen der letzten Jahre den Arbeitern weig zu machen, daß sie um ihren Anteil an der Hochkonjunktur von den Unternehmern betrogen würden, jetzt es jetzt mit nicht minder heiligem Eifer bemühen, daß eine Krise der schwachen Art für unsere Industrie nicht nur im Auge sei, sondern bereits einzutreten beginne, und daß demzufolge Arbeitslosigkeit und Not über die Arbeiter herbrechen werden. Die freudige Genehmigung, mit welcher das socialdemokratische Blatt sich an dem Gedanken eines solchen Zusammenbruchs wieder, wurde angelehnt der von ihm selbst gekennzeichneten Folgen für die Arbeiter unverständlich, wenn nicht der gänzliche Misserfolg der eingangs erwähnten Bestrebungen, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber zu verhetzen, den Schlüssel dafür lieferte. Alle jene eifrigen Bemühungen, bei den Arbeitern durch Verrechnung der Gewinne der Unternehmer und Aktionäre Unzufriedenheit zu erregen, übertraten an der Thatfache, daß die Arbeiter mit ihrer wirtschaftlichen Lage vollkommen zufrieden waren und nicht weniger als eine Besserung derselben wünschten. Diese Lage der Dinge mußte natürlich der Socialdemokratie mehr als unangenehm sein. Das socialdemokratische Parteiblatt beabsichtigt daher offenbar, sein Eifer für eine baldigen Beilegung dieses zwar für die Arbeiter sehr günstigen, aber für die socialdemokratische Propaganda unzutraglichen Zustandes dadurch beizubringen zu wollen, daß es durch pessimistische Schilderungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage die Stimmung in den beteiligten Kreisen des Erwerbslebens verschlechtert und so auf ein Abblauen der bisherigen Hochkonjunktur einwirkt. Das socialdemokratische Blatt sucht planmäßig die Wirkung auszuüben, welche die durch die wirtschaftliche Lage der heimischen Industrie nicht unerheblich bedingten Rückgänge der Kurse der Industrie- und Montanwerte an der Börse nur zu leicht hätten ausüben können, wenn nicht die Lage der deutschen Industrie eine zu gesunde und kräftige wäre. Das die Arbeiter selbst in erster Linie die Kosten dieser socialdemokratischen Propaganda tragen würden, ist natürlich den Leitern der Partei ganz gleichgültig. Diese betrachten die große Masse der arbeitenden Bevölkerung doch lediglich als Mittel für die Stärkung ihres politischen Einflusses und für die Verbesserung ihrer eignen wirtschaftlichen Lage.“

Schweinsburg nicht in diesem netten Gefühler dem „Vorwärts“ eine geradezu überirdische Macht bei. Er vermag durch seine Versprechungen der wirtschaftlichen Lage diese selbst zu beeinflussen, etwa wie die Ankündigung eines Gewitters durch die Seewarte das Gewitter verursacht — wobei der Seewarte insinuiert wird, sie läubige das Gewitter nur an, weil sie Aktien von Witzableiterfabriken besitzt.

Die Socialdemokratie hat nicht den gewünschten Erfolg gehabt, als sie den Arbeitern die Riesenprofiten nachrechnete, welche die industriellen Ausschalter Schweinsburgs in der Zeit des Aufschwungs gehabt. Die Arbeiter sind trotzdem zufrieden geblieben. Kergerlich darüber läßt sie nun Kritikartikel in die Presse legen. Bings verschlechtert sich infolge dieser Artikel die Lage der Industrie und der Arbeiter und die Partei reißt sich vergnügt die Hände; jetzt sind die Arbeiter arbeitslos und deshalb unzufrieden. Welche bestialische Phantasien in so einem Schweinsburg die Hige andrückt!

Ein Artikel löst uns Schweinsburg freilich nicht. Warum setzen wir unsere Kraft überhaupt für eine Verschlechterung der Arbeiter ein? Mühten wir nicht vielmehr dafür sorgen, daß es ihnen möglichst leicht geht, damit sie nicht unzufrieden werden und so uns verlassen? Das treibt doch die Socialdemokratie für eine verkehrte Politik! Herr Schweinsburg hat uns erst den richtigen Weg gezeigt.

Die Chinafrage und die französische Socialdemokratie. Man hätte meinen sollen, daß die national-socialen Journalisten nach dem schnellen und furchtbaren Zusammenbruch der deutschen Weltpolitik die erregte Zeit zur Selbstbelehrung benutzten würden. Aber die Herren haben kein Bedürfnis nach solcher geistigen Reinigung, sie waten weiter, mit ungenügender Freigebigkeit, in dem Wute — der andren. Um aber eine Abwechslung in dem nicht allzu lieblichen Handwerk zu haben, ergeben sie sich wieder ihrem beliebten Spaltungsport. Zwar vermögen sie nicht eine Stimme anzuführen, daß die deutsche Socialdemokratie über die Chinafrage meining sei. Dafür aber haben sie erndet, daß die französischen Genossen freilich unter die Weltmachtspolitik gegangen seien.

Roch haben die National-socialen nicht den tollsten Insinn widerrufen, daß unsere Mißgauer Wohlwiederlage durch unsere Haltung zur Weltpolitik veranlaßt sei. Und schon knüpfen sie mit derselben wunderbaren Leichtfertigkeit an ein paar Piffen ausschweifende Kombinationen. Weit der französische Kredit für China gegen drei Stimmen von der Kammer angenommen, darum seien die französischen Genossen anderer Meinung über die Chinafrage wie die deutschen.

Kritiklich kann die Taktik der deutschen Socialdemokratie nicht abhängig von der französischen sein, um so weniger, als ja die französischen Genossen selbst eben erst in harten Kämpfen mit jene einheitliche Taktik ringen, die sich die deutsche Socialdemokratie als sicheren Recht erworben hat. Wir würden also unsere Wege gehen müssen, selbst wenn die französische Socialdemokratie anderer Meinung wäre.

In Wahrheit aber ist sie gar keiner anderen Meinung. Wir haben bisher nichts Näheres über die Abstimmung über den China-Kredit erfahren. Die Abstimmungsziffer zeigt, daß eine große Anzahl Mitglieder gefehlt haben; wir wissen nicht, wie viel Socialisten sich unter den Fehlenden befanden haben. Sollten aber wirklich die französischen Sozialisten den Kredit für China bewilligt haben, so können sie es nur in der Erwartung gethan haben, daß dieser Kredit nicht für einen Krieg, nicht für einen Feldzug der Nahe, sondern ausschließlich für den Schutz der Fremden an gefordert wurde; die verhältnismäßige Verursachung der Summe — 14 Millionen Franz. — zeigt schon, daß es sich nicht um die Mittel zur Kriegsführung handela kam.

Daß es nur solche Beweggründe gewesen sein können, zeigen ganz unzweifelhaft die Auslosungen der französischen socialistischen Organe der verschiedenen Meinungen. So schrieb Jaurès, wie wir schon mitteilten, in der „Revue Républicaine“:

„Es ist die Pflicht und die Größe des Socialismus, an den Frieden zu glauben, für ihn zu wirken trotz aller Kriegskatastrophen, von der die Welt erschüt ist.“

„Das beste Mittel, für den Frieden zu wirken, ist, daß man denkt, spricht und handelt, als ob der Frieden unmittelbar und sofort möglich sei. Glaubt man nicht an den allgemeinen Völkerrfrieden, erhebt man sich nicht über die egoistischen Gewolten, die sich gegenwärtig bekämpfen, dann läßt man Gefahr, sich durch Verunsichernde untergeordneter Natur mit hineinziehen zu lassen in den allgemeinen Kriegsrudel. Und einmal hineingeworfen in diesen Wirbelwind, ist es schwer, den Geist wieder davon loszumachen.“

Wir Socialisten müssen denn festhalten an dieser idealen Wahrheit; durch die Kraft des Glaubens und der Hoffnung auf den Frieden durch seine Propaganda, selbst gegen die Brutalität der augenblicklichen Sachlage, helfen wir ihn zu begründen.“ Ganz in unserem Sinne spottete am letzten Donnerstag die „Revue Républicaine“ über die Nachtraserlei, die unseren deutschen

Freiwilligen ins Lager der ihnen so verhassten französischen Nationalisten führt; das Blatt schrieb:

Im Lager der Nationalisten braucht man immer ein Volk, auf das man los schlagen kann. Zur Politik gehört in ihren Augen ein Stück Despotismus, und ihr Hochgefühl gegen die Chinesen entspringt nicht ungewöhnlichen, durch außerordentliche Ereignisse hervorgerufenen Empfindungen, sondern einem bei ihnen durchaus normalen Gemütszustande.

Die Ängste der Chinesen der Barbarei und Blutgier an und schleppen sie vor das Tribunal der Humanität.

Aber was thun sie selber, oder was wünschen sie wenigstens zu thun? Nichts anderes, als dasselbe, dessen sie die Chinesen der Barbarei bezichtigen. Eine furchtbare Manier, die Vorgänge der Zivilisation gegenüber der Barbarei zu beweisen. Ein Chineser tödtet einen Europäer — ein Verbrechen. Die Europäer tödten die Chinesen — Werke der Zivilisation. Bedauernd-werte Köpfe, die so denken.

Endlich noch eine Stimme aus dem „Socialiste“, dem Organ der Guedisten. Hier heißt es in einem Artikel vom 16. Juli, der die „Allianz“ der Mächte glorifiziert:

„Wurden die Kriege der letzten Jahrzehnte nicht unter diesen Mächten geführt? Preußen und Oesterreich, 1864 gegen Dänemark vereinigt, gerieten sich zwei Jahre später einander in die Haare. Napoleon III. hatte auch nun Phantasien von europäischen Waffenbrüderkriegen, und im Kräftekampf konnten sich Preußen und Engländer nicht rächen. Die Allianz gegen Mexiko nahm ein jämmerliches Ende.

„Und die Allianz in China würde wahrscheinlich mit diesem Krieg unter den Mächten schließen. Russland, getreu seinen Traditionen, bellagt sich schon in den offiziellen Zeitungen über die vielen Mitbewerber in Ostasien, wo es die Partie allein spielen wollte. Es hat mit Hilfe von Frankreich und Deutschland den Anmarsch der japanischen Armee verhindert, deren Antritt das Leben der Europäer gerettet hätte. England ist durch seine Engagements in Südafrika verhindert, so viele Truppen und Schiffe nach Ostasien zu senden, um das russische Uebergewicht weit zu machen. Die „Allianz“ geht soweit, daß Japan heute schon Garantien seiner eignen Sicherheit gegenüber Russland verlangen muß.

Die wirklichen Freunde der Harmonie, in der Politik ebenso wie in der Kunst, besprechen sich wenig vom „europäischen Kongress“.

„Und dann die beliebte Phrase von der Zivilisation, die die Europäer bringen. Russland sollte, um auf die Chinesen besseren Eindruck zu machen, die Unterjochung Sibiriens in Erinnerung bringen. Frankreich, England und Deutschland die Heidenkrieger ihrer Kolonialtruppen ins rechte Licht rücken.

„Es giebt heute wirklich nur zwei Allianzen: Die erste ist die der Kapitalisten und Industriellen, die den jetzigen Krieg vorbereitet haben durch die von ihnen veranlaßten Erwerbungen in China, während sie gleichzeitig, wie Krupp und andere, den Chinesen die Kanonen und Gewehre liefern, deren diese sich heute gegen uns bedienen.

„Die andre Allianz ist die des internationalen Proletariats, das die „gelbe Frage“ lösen und die Gefahren wieder beseitigen wird, die von den kapitalistischen Spekulanten durch ihre ihre Gewinnsucht mutwillig hervorgerufen worden sind.“

„Wird es nicht sein, daß die bankrotteten Weltpolitiker nach einem andern Spaltungsmärkte um.“

Ein Urteil über die Chinesen. Prof. Schmoller, eine hohe Autorität der Weltpolitiker, schreibt über China in seinem kürzlich erschienenen Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre:

„Die Chinesen, vielleicht in Urzeiten mit der indischen oder babylonischen-assyrischen Kultur in Verbindung, haben nicht mit Eroberung, sondern mit Kolonisation, freilich in einem festen wie eine Festung geschützten und isolierten Lande, eine binnenländische, in sich geschlossene Volkswirtschaft geschaffen, deren Erfolge die europäische Zivilisation des 18. Jahrhunderts als Muster priesen. Die Chinesen sind das sparsamste, nützlichste, geduldigste und unermüdlichste, diegemäßigste, zäheste und größte Volk der Erde; harmlos und gutmütig, ausdauernd und scharsinnig, im Familienleben und in Verbänden aller Art ganz aufgehend, ohne moderne Unternehmung und ohne Lohnproletariat, haben sie Landbau und Gartenkultur, Straßen- und Brückenbau, Wasserwerke im Innern, Handel und Verkehr schon vor Jahrhunderten und Jahrtausenden entwickelt. Auf dem kleinsten Fleck Erde kommt der Chinese aus; im Kleinhandel und Hausieren ist er pfiffiger als jede andre Rasse. Im kaufmännischen Geschäft überwindet er teilweise den Europäer, wie er den meisten Rassen Ost- und Mittelasiens überlegen ist. Als Arbeiter ist er weit herum in der Welt begehrt, in den Vereinigten Staaten bereits gesücht. Ob seine Willigkeit und Geschicklichkeit in der Zukunft der europäischen Industrie gefährlich werde, zumal, wenn er unter die Leitung von westländischen Unternehmern käme, ist die große Frage der Zukunft.“

„Alle solche Generalurteile über Völker und Rassen halten je vor einer tiefer dringenden Kritik nicht stand, wie denn die sogenannte Völkerpsychologie zu den haltlosesten und gefährlichsten wissenschaftlichen Spielereien gehört. Aber angesichts des heutigen Gedulds über die gelben Teufel lohnt es sich, diese Charakteristika wiederzugeben.“

Deutsche Vögel. Die „Frankfurter Volkstimme“ schreibt auf dem Turnfest des Rhein- und Taunusganges am Sonntag in Hausen spielte sich ein Vorfall ab, der so recht zeigt, von welchem chauvinistischen Geist heute die hurra-patriotischen Turner befeelt sind. Auf dem Festplatz erschien ein hier und in der Umgegend bekannter Chinese und schaute harmlos dem Treiben zu; doch schon hatte der biedere Mann die Aufmerksamkeit einiger chinesenfeindlichen Turner erregt, welche nun ihrerseits ihre gleichgesinnten Kameraden auf den Mann und dem Reich der Mitte aufmerksam machten und mit hurrapatriotischem Eifer zog man gegen den ahnungslosen Mann los. Mit Wufen wie: „Samsel! Ihm den Kopf ab!“ wurde der Mann, namentlich von auswärtigen Turnern, so hart bedrängt, daß sich der in Hausen stationierte Gendarm, um Unbilligkeiten zu verhüten, veranlaßt sah, den Mann in Schutz zu nehmen und ihn zum Festplatz hinaus zu geleiten.

Unfreiwillige Freiwillige. Gegenüber der Blättermeldung, daß von den Mannschaften des 1. Chevau-légers-Regiments einige Soldaten kommandiert worden seien, nach China zu gehen, wird von „unabhängiger“ Stelle folgendes mitgeteilt: Für das ostasiatische Expeditionskorps haben sich freiwillig von dem Regiment gemeldet: 6 Unteroffiziere, 78 Mann. Bei den ärztlichen Untersuchungen wurden hiervon 40 als tauglich für den Tropendienst befunden; von diesen wurden 9 der bestgeeignetsten Leute, die sich ganz besonders darum beworben hatten, ausgewählt. Eine Abholung oder gar eine Kommandierung hat in keiner Weise stattgefunden.

Damit sind nicht alle Meldungen über unfreiwillige Freiwilligkeit dementiert.

In welcher Weise vorgegangen wird, zeigt ein Beispiel aus Etzgaard. Nachdem dort ein Doyntmann den Soldaten die chinesische Sprache geschickt und es als selbstverständlich vorausgesetzt hatte, daß sie alle mitgeben würden, um die Ehre Deutschlands wieder herzustellen, forderte er alle diejenigen auf, die nicht mit wollten, zurückzutreten. Selbstverständlich blieb der Erfolg nicht aus: Dein Mann hatte den Mut, dem Willen seines Vorgesetzten entgegen zu sein und zurückzutreten. Der Offizier konnte daher erzählen, daß von „seiner“ Compagnie sich „alle Leute“ freiwillig gemeldet hätten.

Zweiterlei Maß?

„Als dem Grobherzogtum Hessen wird uns geschrieben: Der in letzter Zeit in unserem Parlament sich abspielende Streit über die Volksschullehrer-Besoldungsvorlage regt zu nahe-

liegenden Vergleichen an, wenn man eine andre Erhöhung von Gehältern in Betracht zieht, die die Hessische Regierung, aufeinander mit mehr Liebe inszeniert hat, als diejenige für die Lehrer: wie meinen die kürzlich erlassene Gebührenordnung für die Bürgermeister der Landgemeinden. Dadurch sollte beispielsweise nach einer Festsetzung des Kreisamts Offenbach des Gehalts des Bürgermeisters von Kreuzburg auf 4500 Mark erhöht werden, was gegen früher eine Erhöhung von über 2000 Mark bedeutet. Hierzu kommen aber noch verschiedene Nebenmaßnahmen, die weiter bestehen bleiben, so daß sich das gesamte Gehalt nach einer Angabe der Frankfurter „Kleinen Presse“ auf über 7000 Mark belaufen dürfte. (Die so vielen Staub aufwirbelnde Besoldungsvorlage für Lehrer hat eine Etate von 1100—2800 M. in etwa 30 Dienstjahren vorgezogen.) Der dortige Gemeinderat setzte das Gehalt des Bürgermeisters nach glücklicher Vereinbarung auf 4000 M. fest, hätte er das nicht getan, dann wäre eben die Gehaltsaufstellung von 4500 M. durch das Kreisamt erfolgt. Das Schicksal an der Sache ist aber, daß diesem Posten auch fernerhin noch der Charakter als — Ehrenamt gewahrt bleibt. In dieser Gemeinde spielte sich kürzlich noch ein anderer Vorfall ab, der schon mehr an die Lehrerbesoldungsdebatte erinnert. Letztlich hatte eine Festsetzung der Wohnungsvergütung für Lehrer und Schullehrer durch den Schulausschuß stattgefunden, bei dem erstere 350 M. und letztere 175 M. erhalten sollten. Hierbei bewiesen nun die Gemeinderäte, daß sie sparen können, denn sie ermäßigten diese Sätze auf 325 M. (früher 300 M.) bzw. 162 M. (früher 150 M.) und erübrigten dadurch insgesamt 440 M. gegen den Voranschlag. Die abgelehnte Mehrforderung, die 20 Personen zu gute gekommen wäre, hätte 875 M. betragen; die vorerwähnte Gehaltserhöhung eines einzigen Gemeindevorstandes betrug dagegen fast das Doppelte der „gesparten“ Summe.

Der alldentsch-elfässisch-gouvernemental-oppositionelle Allermelts-Abgeordnete Schlumberger — so schreibt man uns aus Eljas-Lothringen — macht seinen Mühlhäuser Wählern schon jetzt, wenige Tage nach seiner Wahl, schwere Sorgen. Wenn es jemals eine Wahlkandidatur gab, die ihren „Stieg“ den schärfsten, auf den niedrigen Stimmenfang berechneten Mitteln zu verdanken hat, so die Schlumbergers. Vor der Wahl Verwendungen nach allen Seiten hin, bei den Alldentschen den Reichsmitgliedern, bei den Elässern den Protestanten geübt — und nach der Wahl Drehen und Winden zwischen den selbstausgewählten Hindernissen, daß es den Gegner darüber jammern könnte, wenn er nicht allen Grund hätte, sich ob solcher politischer Schlangenecken-Verstellungen herzlich zu freuen. Das neueste auf der Bühne der Mühlhäuser bürgerlichen Wahlwelt ist die folgende Erklärung des vereinigten Wahlkomitees für die Kandidatur Schlumbergers:

„Der Reichstags-Abgeordnete Th. Schlumberger hat dem vereinigten Wahlkomitee erklärt, daß er seine in der Wahlversammlung im Lokal der St. Josephspfarrei aufgestellte Behauptung, wonach der Kreisdirektor Hartenstein ihn durch Drohung mit Ausweisungen veranlaßt habe, den Statthalter in Mühlhausen zu begünstigen, vollkommen aufrechterhalte. Das Wahlkomitee, welches von Anfang an von der Richtigkeit dieser Erklärung des Reichstags-Abgeordneten Schlumberger überzeugt war, bringt dieselbe gegenüber der abweichenden Darstellung der amtlichen „Korrespondenz“ zur öffentlichen Kenntnis.“

Jetzt wären also zur Abwechslung wieder einmal die alldentschen Regierungsfreunde die Gepeinigten, die Schlumberger am 5. Juli ihre Stimmen gaben, während nach der amtlichen Darstellung der ministeriellen „Korrespondenz“ die einheimischen Oppositionellen Grund hatten, ihren neuen Abgeordneten zu großen. Die Herren Haus und Deller, die in ihrem „Volkswort“ dem Kollegen Schlumberger mit einer strengen Mißregierung im Reichstagsbeobachter, können ihm statt dessen nun voll inniger Nahrung um den Hals fallen, bis — die Amtliche wieder mit einem neuen Dementi kommt und die süße Harmonie zum zweitenmale löst.

Im übrigen ist an der Erklärung des vereinigten Wahlkomitees“ ein zu beachten, worauf die gouvernementale „Straßburger Post“ mit Recht hinweist. Nach der vorgenannten Wahlrede des Reichstagskandidaten Schlumberger war nicht der Kreisdirektor, sondern „ein Polizeikommissar“ derjenige, der Herrn Schlumberger im Jahre 1888 durch Androhung der Ausweisung von 50 namhaften Einheimischen zur Uebernahme der Begrüßungsrede an den Statthalter zu bestimmen suchte; in der jetzigen Erklärung des Reichstags-Abgeordneten Schlumberger dagegen wird diese Rolle dem Kreisdirektor Hartenstein zugeschrieben. Diese Abweichung der beiden Versionen ist insofern von Bedeutung, als der Kreisdirektor seit einigen Jahren — — — tot ist, während die in Betracht kommenden Kommissare sämtlich noch leben. Sollte die Regierung die ihr aus einer derartigen Situation erwachsenden Schwierigkeiten nicht mit Freuden als eine willkommenen Bürde benutzen, um über die mannigfachen Widersprüchlichkeiten des Hales durch Einstellung ihrer Verdrängungsversuche hinwegzukommen? Am Ende hat es Herr Schlumberger, der Flottenfreund und Schutzgötter, ja gar nicht verdient, allzu scharf dementiert zu werden, und die glückliche Beilegung des drohenden Konfliktes, der ja doch nur die Freude über die Niederlage der Sozialisten fördern würde, liegt in beiderseitigen Interesse der Beteiligten.

Mag die Sache ausgehen, wie immer sie wolle: das eine steht jetzt schon fest, daß der Alldentschlandkandidat Schlumberger bei seiner Wählerkraft als Politiker adquirenter haben wird, noch bevor er Gelegenheit erhält, im Reichstag allen den mannigfachen Versprechungen, die er während des Wahlkampfes gegeben hat, die entsprechenden Taten folgen zu lassen. Daß die Sozialdemokratie keinen Grund hat, ab eines solchen „Sieg“ ihrer Gegner die Hoffnungen für die Zukunft anzugehen, dürfte nachgerade jedem vernünftigen Menschen klar geworden sein.

Ersurt, 17. Juli. (Eig. Ber.) Gegen den Schutz Zoll auf gärtnerische Produkte, der von schutzgärtnerischer Seite mit so lärmendem Anspruch gefordert wird, wendet sich in entschiedenster Weise der soeben erschienene Jahresbericht der Handelskammer zu Ersurt. Bei der maßgebenden Rolle Ersurts in der deutschen Gärtnerei gewinnt diese Stellungnahme erhöhte Bedeutung. Schon im vorjährigen Bericht hatten die Handelskammer und Samenhandlungen darauf hingewiesen, daß, soweit Samen in Betracht komme, die beteiligten Kreise des Handelskammerbezirks sich den Bestrebungen, einen Schutz Zoll auf alle gärtnerischen Produkte bei Erneuerung der Handelsverträge einzuführen, durchaus nicht anschließen können. Zur weiteren Begründung dessen bemerkt der diesjährige Bericht u. a.:

„Die Interessenten des diesseitigen Bezirkes wünschen 1) Zollfreie Einfuhr sämtlicher Artikel in das Ausland; außerdem ist die Befreiung des seitens Frankreichs auf die Einfuhr von Samen und Insektenzuchtmaterialien gelegten Zolles von 30 Fr. per 100 Kilogramm, sowie Befreiung oder doch eine Herabminderung des seitens der Vereinigten Staaten auf Gewürzsaamen gelegten Eingangszolles von 35 Proz. ad valorem anzustreben; 2) In erster Linie Befreiung durch Einfuhrzölle. Es müssen viele Artikel bei Wüsten, andre überhaupt, da sie in unserem Klima nicht gedeihen, aus dem Ausland bezogen werden. Wüsten sind naturgemäß in vielen Artikeln alljährlich statt. Bei einem Eingangszoll auf Samen würde das Ausland jedenfalls auch Zölle einführen oder die schon bestehenden noch erhöhen. Man kann annehmen, daß ein Viertel höchstens ein Drittel der in Deutschland produzierten Samen im Inlande verwendet wird; das übrige muß nach dem Auslande abgeführt werden.“

Nach an einer zweiten Stelle nimmt die Handelskammer Gelegenheit, sich gegen die Schutzbestrebungen im Gartenbau auszusprechen. Das ist im Sonderbericht für „Getrocknete Blumen, Gräser und künstliche Blumen“. Der Absatz in diesen Artikeln ist nach dem Inland zurückgegangen, trotz Herabsetzung der Preise; dagegen ist der Absatz nach dem Auslande fast überallhin gestiegen.

Die Forderung der Schutzgärtner nun, diejenigen immortellenartigen Blumen und Gräser, die aus dem Auslande bezogen werden müssen, mit hohen Zöllen zu belegen, bedroht den gegenwärtigen lebhaften Export auf das schwerste, während andererseits die deutschen Gärtner durch den Zoll nicht gewinnen.

Der Bericht begründet dies mit folgenden Darlegungen: „Die größte Menge der eingeführten fremden getrockneten Blumen, Blätter und Gräser erzieht in Deutschland einen Umwandlungsprozess. Es hat sich eine besondere Industrie für das Färben, Präparieren, Verpacken, Glätten, Montieren etc. gebildet, die dafür nicht unbedeutende Aufwendungen gemacht hat, um ein vorzügliches Fabrikat zu liefern und dies dem Auslande wieder zuzuführen, während ein Wechsel mit in Deutschland bleibt. Wenn die Einfuhr durch Zölle gehemmt wird, so liegt die Gefahr nahe, — und sie ist schon von den ausländischen Käufern angedeutet —, daß im Auslande gleiche Einrichtungen entstehen, denn ein deutscher Zoll würde die Herstellung im Inlande verteuern, und da der gegenwärtige Wettbewerb schon die Preise gedrückt hat, so würde die verteuerte Herstellung dem Auslande Gelegenheit geben, trotz vielleicht höherer Arbeitslöhne (beiläufig ein interessantes Eingeländnis! Red.) die Fabrikation selbst in die Hand zu nehmen. Dem dem deutschen Gärtner hier und da ein aus dieser Fabrikation entstehender Artikel Konkurrenz bringend erscheinen mag, so sollte man das kleine Kegel einem großen vorziehen, und dieses große Kegel wäre die Unterbindung eines Gewerbes, das einen solchen Umfang angenommen hat, und so viel Menschen beschäftigt, daß nur die Unbekanntheit der Zollagitation mit diesem Gewerbe ein Verlangen nach hohen Zöllen hervorgehen lassen kann. Da diese Einfuhr von Blumen und andern Blättern, Gräsern etc. auch eventuell von manchen andern Industriezweigen, wie Duffwand-Produkten, Beschleifereien etc. deren Erzeugnisse wieder in das Ausland gehen, vorgenommen wird, so würden auch diese Industrieen in Mitleidenschaft gezogen werden, und es würde ein unberechenbarer Schaden entstehen, der gar nicht im Verhältnis zu einer vermeintlichen Schädigung der Gärtnerei durch einige wenige Artikel stehen würde.“

Ob sich die Zollkonflikte durch diese wohlbegründeten und von eingehender Sachkenntnis eingehenden Darlegungen belehren lassen werden? Jedenfalls wird das Urteil der Ersurter Handelskammer bei der Entscheidung der Frage des Schutzes auf Gartenbauprodukte nicht ungehört verhallen dürfen.

Ausland.

Die italienische Sozialdemokratie und die Chinafrage.

Unsre italienischen Parteigenossen sahen seit die China-Politik der Regierung scharf zu beklagen. Die Regierung leugnet zwar Eroberungspläne ab, allein das ist nicht ernst zu nehmen, meinen unsere Parteigenossen. — gewiß sei, daß Italien für diese seine überflüssige Einmischung schwere Opfer zu bringen haben würde und sich großer Gefahren aussetze.

Klausurierend an einen Artikel der „Wiener Arbeiter-Zeitung“, der das Vorkommen eines Triumphes der Nationalisten nannte, führt der „Avanti“ gegenüber der nationalistischen Presse Italiens aus, daß die „Arbeiter-Zeitung“ allerdings recht habe. Der Nationalismus der Vögel, so schreibt unser Bruderorgan, ist um kein Haar breit barbarischer als der unserer Chauvinisten. Und wenn diese Herren jetzt so arg über die Vögel schimpfen, so beweisen sie dadurch nur, daß sie keine Logik haben und ein sehr schlechtes Gedächtnis. Oder ist es etwa nicht wahr, daß die französischen Nationalisten und sogar die katholische Kirche die Pariser Vorkämpfer als eine herrliche That gepriesen haben und heute noch preisen? Nun, die Ereignisse europäischer Vögel-Thäten heben sich leicht vergehen und vergehen werden. An die Wiederholung der Pariser Kommune haben wir neulich schon erinnert.

Frankreich.

Eine Rede Loubet. In Cherbourg hielt Präsident Loubet eine Rede, in der er u. a. sagte: „Unsre Landarmee und unsre Flotte sind in gleicher Weise Gegenstand unsrer Fürsorge und unsrer Liebe, sie sind die Wächter der Ehre und der Ehre, die Wachen, welche über unsre Grenzen wachen. Es sind die Flotten, welche über unsre Grenzen wachen, den von unsrer moralischen Bewußtsein gefassten Beschlüssen Geltung zu verschaffen, sie sind die Hüter der Idee der Pflicht und des Rechts. Die Republik verläßt sich voller Stolz auf ihre Heere, sie begleitet mit ihrer Wägen diejenigen ihrer Matrosen und Soldaten, welche die Ehre und das Verlangen haben, Frankreich in der internationalen Arme zu vertreten, wo, falls es noch Zeit ist, den Brüdern Hilfe in ihrer Not zu bringen und um unerhörte Frevelthaten zu strafen. Unsre Soldaten, welche von dem Ernst ihrer Sendung durchdrungen, geistlich und tapfer sind, werden in Gehorsam gegen ihre Führer, die ihrerseits der Regierung der Republik ergeben sind, das Bestreben haben, der Geschichte unsrer Orient-Expeditionen ein ruhmreiches Blatt hinzuzufügen.“

Ufrika.

Der Boerenkrieg. Ein Telegramm des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria vom 19. Juli bringt: Lord Methuen besetzte heute Redport, fast ohne Widerstand zu finden. Hamilton und Mahon legen den Marich durch das Land nördlich der Delagoa-bahn fort. Hunter ist damit beschäftigt, die Stellung der Freischütten zwischen Veldboom und Plooburg zu erkunden.

Aus Pretoria wird gemeldet: Fünfzehn Boeren werden nach Cio auf Gebrach gebracht, weil sie nach ihrer Unterwerfung nochmals gegen die Engländer zu den Waffen gegriffen haben. Ihr Eigentum wird konfiszirt.

Partei-Nachrichten.

Wahlschicksal national-sozialer Weltbündnis? Wie berichteten unlängst bereits, daß die National-Sozialen beabsichtigten, durch Auffstellung eines Kandidaten, des Rechtsanwalts Hauke, in die Reichstagswahl in Danzig einzugreifen. Das „Berliner Tageblatt“ hat ebenfalls von der Auffstellung Haukes Kenntnis genommen und zwar in einer Form, daß es fast den Anschein gewinnt, als ob die freisinnige Vereinigung mit den National-Sozialen gemeinsame Sache zu machen beabsichtige. Da die Wahlschicksal Ursache haben, anzunehmen, daß ohnehin ein guter Teil ihrer 2050 Stimmen den National-Sozialen zufallen würde, so könnte es ihnen schon opportum erscheinen, überhaupt mit den National-Sozialen zusammenzugehen. In Weltmachtstärkung sind sich die beiden Parteien ja ebenbürtig.

Der Bundesrat der belgischen Arbeiterpartei beschloß, das allgemeine Stimmrecht auch für Frauen zu beantragen und dasselbe für Provinzial- sowie Kommunalwahlen zu verlangen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Neue Lohndifferenzen bei der Werderischen Obsterbau-Gesellschaft. Trotzdem die Werderischen Obstgärtner bei reichlicher Ernte einen um 25—30 Proz. erhöhten Preis für ihre Produkte gegen die Vorjahre erzielen, suchen sie doch immer von neuem wieder die Löhne der bei ihnen beschäftigten Arbeiter herabzusetzen. So kam es auch am Donnerstagsmorgen — in diesem Sommer zum drittenmal — dieserhalb wieder zu Streikaktionen zwischen den Arbeitern und dem Leiter der Gesellschaft. Nach einem heftigen Streit legten sechs Mann auf der Stelle die Arbeit nieder.

Die bei der Expeditionsfirma Krahm-Ober-Schönweide, Stemenstraße, ausgebrochene Differenz ist nach erfolgter Unterhandlung durch Nidel (Ordnungsverwaltung) und Martini (Central-Verband) als erledigt zu betrachten. Die Ortsverwaltung.

Schlechte Erfahrungen haben die Spandauer Baumunternehmer während des heute noch nicht beendeten Maurerstreiks mit den arbeitswilligen Accordmaurern machen müssen. Wie wir bereits berichteten, sind die Arbeitsleistungen dieser Leute von so schlechter Qualität, daß dies nachgerade auch von den Unternehmern selbst eingesehen worden ist. Dazu schrauben diese Arbeitswilligen ihre Accordpreise immer höher. Der Unternehmer Hermann hat es deshalb, des steten Kerkers müde, vorgezogen, sämtliche Accordmaurer wieder zu entlassen, seine beiden Bauten in der Schönwalderstraße und in der Neudorferstraße ruhen jetzt wieder völlig, da sich anständige Maurer nicht für jene Streikarbeit finden lassen. Recht charakteristisch ist die Ausrufung eines Poliers, welcher kürzlich voller Ingrimm zu einem Mitglied der Streikkommission in Bezug auf einen Bau sagte: „Sehen Sie sich einmal diese Schweinearbeit an, die kann ich gar nicht verantworten, ich möchte sie (die Accordmaurer) am liebsten nicht mehr sehen.“ Von ähnlicher Beschaffenheit sollen, wie uns mitgeteilt wird, die von Accordmaurern ausgeführten Arbeiten auf andern Bauten sein. Die Unternehmer haben trotz alledem ihren Trotz noch nicht aufgegeben; „biegen oder brechen“, denken diese Herren. Die geschlossene Haltung der organisierten Maurer wird den Unternehmern aber noch mehr als bisher einen bösen Strich durch ihre Rechnung machen, wenn sie es nicht doch endlich vorziehen sollten, auf die Einigungsvorschläge der Maurer einzugehen!

Mit der Agitation für Einführung der Streikklausel hat der Verband der Baugeschäfte Berlins vorläufig ein Fiasko erlitten. Der Vorstand des „Deutschen Arbeitgeber-Bundes“ hat es nach der „Berl. Zig.“ abgelehnt, eine außerordentliche Generalversammlung des Bundes einzuberufen, in der über die obligatorische Einführung der Streikklausel Beschluß gefaßt werden sollte. Seine Ablehnung motivierte er damit, daß die Frage noch nicht spruchreif sei, da man noch nicht genügend darüber orientiert sei, ob der Antrag bei den deutschen Arbeitgebern überall Anklang finden werde. Auch sei es bedenklich, die Einführung der Streikklausel zu beschließen, ohne die Möglichkeit zu haben, ihre Durchsetzung auch durchzusetzen, da die deutschen Arbeitgeber sich dadurch vor der Öffentlichkeit eine unangenehme Blöße geben würden. Es sei deshalb räthlicher, die Frage auf dem im September stattfindenden Verbandstag zur Sprache zu bringen. Offensichtlich ist die Majorität des Verbandstags einsichtiger als der Verband der Baugeschäfte Berlins.

Mit der Ausperrung der Decateure bei der Firma A. D. Ely beschäftigte sich eine gut besuchte Versammlung am Freitag. Wie Leylin mittheilte, wurden die Arbeiter nur deshalb, wahrscheinlich ohne Wissen des Herrn Ely, von dessen Buchhalter ausgesperrt, weil sie auf Innehaltung der vor kurzem vereinbarten Lohnbedingungen bestanden. Mitglieder vom „Verein Berliner Hausdiener“ hatten ohne Wissen des Vorgesetzten als Streikbrecher fungiert. In der Erwartung, daß noch eine glückliche Einigung erfolgt, wurde von der Sperrung über die Firma vorläufig Abstand genommen. In einer einstimmig angenommenen Resolution verpflichten sich die Decateure, die Ausgesperrten in jeder Hinsicht zu unterstützen. Bei anderen Firmen seien ebenfalls Aussperrungen zu erwarten. — Am 28. Juli findet eine Generalversammlung statt.

Deutsches Reich.

Zum Hamburger Werftarbeiter-Ausstand wird uns von dort berichtet: Auf Veranlassung der Direktion der Aktien- und S. fand heute (Freitag) abend eine Zusammenkunft dieser mit der Kommission der Ausgesperrten statt. Die Unterhandlungen verliefen resultatlos, da die Direktion kein Entgegenkommen zeigte.

Die ausgesperrten Steinsetzer in Leipzig haben dem dortigen Magistrat eine Denkschrift unterbreitet, in welcher die Ursachen der ausgebrochenen Differenz erörtert werden. Die Steinsetzmeister haben bemängelt sämtliche Steinsetzer ausgesperrt. Da die hervorragendsten Auftraggeber der Innungsmeister der Leipziger Magistrat und die Gemeindeverwaltungen der Vororte sind, so wird diesen Behörden die Frage vorgelegt, ob sie als die eigentlichen Herren ihre Zustimmung zu der Aussperrung gegeben haben bezügl. die Genehmigung erteilt, daß die Meister eine ganze Anzahl öffentlicher Straßenbau-Arbeiten willkürlich zum Stillstand bringen durften.

Der Anspruch auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auf dem die Arbeiter in erster Linie beharren, wird, wie folgt, begründet: „Wir setzen zunächst als allgemein bekannt voraus, daß durch das stete Vordringen des Asphaltpflasters die Steinerei mehr und mehr an die Peripherie der Stadt und in die Vororte gedrängt wird. Es liegt femer in der Natur des Steinsetzerberufes, daß kein Arbeitgeber dauernd eine große Anzahl von Arbeitern beschäftigen kann und ebensowenig, daß ein und derselbe Steinsetzmeister seine Leute dauernd an derselben Stelle beschäftigen kann. Ein und derselbe Steinsetzmeister ist gezwungen, heute seine Leute noch Wohlth, morgen nach Selterhausen, ein andermal nach Stötteritz und dann wieder nach einer andern Richtung zu schicken. Rathlich muß dann der Arbeiter, der an einer ganz andern Stelle wohnt, schon oftmals des morgens um 4 Uhr und noch früher auf den Weiden sein, um pünktlich um 6 Uhr auf der Arbeitsstelle anzulangen, da es so früh meist an jeder Fahrgelegenheit mangelt. Wird dagegen der Beginn der Arbeitszeit auf 7 Uhr verlegt, so kann in den allermeisten Fällen Fahrgelegenheit benutzt werden, der Arbeiter gewinnt also durch die eine Stunde Arbeitszeitverkürzung jeden Tag mindestens zwei Stunden, ganz abgesehen davon, daß derselbe jetzt zumeist müde und abgehängt auf der Arbeitsstätte anlangt, während er ausgeruht und mit frischen Kräften jeden Morgen an die Arbeit gehen könnte, wenn der Beginn der Arbeitszeit auf 7 Uhr morgens festgelegt würde. Das letztere sollten eigentlich auch die Meister als einen Vorteil für sich anerkennen. Da dieselben jedoch die ganze Frage als eine Frage des Preisens ansehen und dieselbe nunmehr sogar zu einer Machfrage gestempelt haben, so ist es erklärlich, daß man ruhigen und sachlichen Erwägungen in den Kreisen derselben nicht zugänglich ist.“

Die Forderung der Erhöhung der Löhne wird durch die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Wohnungsmieten begründet.

Zum Offener Maurerstreik teilen wir noch mit, daß zum Streikgebiet folgende Orte gehören: Essen-Stadt, Altdorf, Hölzerhausen, Frohnhausen und Rüttenscheid.

Ausland.

Der Hasenarbeiter-Ausstand in Rotterdam soll nach einem, jedenfalls mit aller Vorsicht aufzunehmendem, holländischen Telegramm am 20. Juli, wenn auch nicht formell, so doch in der That sein Ende erreicht haben. Die Arbeit am Hafen sei am 20. Juli allgemein wieder aufgenommen worden. So lange die formelle Erklärung der Beendigung des Streiks seitens der Ausständigen nicht vorliegt, wird man der Meldung mit Mißtrauen begegnen müssen. Jedenfalls erscheint nach den bisherigen Meldungen die Zahl der Streikbrecher — 1200 gegenüber 13000 Ausständigen — nicht so groß gewesen zu sein, daß sie den Ausständigen das Genußsein ihrer Niederlage hätte beibringen und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit hätte veranlassen können.

Ueber Streikausbreitungen in Creusot berichtet das holländische Depeschbüro das folgende:

In den artilleristischen Werksstätten versuchten am 20. Juli 20 Arbeiter die andern Arbeiter zur Niederlegung der Arbeit zu verleiten. Es kam hierbei zu Schlägereien. Die Gendarmen verhaftete 15 Personen. Der Präfect, der Unterpräfect und der Maire fanden sich an Ort und Stelle ein.

Aus Ostpreußen. Brandstiftungen durch Kinder sind auf dem Lande hier recht häufig. Nach einer von der ostpreussischen Landschaft und landwirtschaftlichen Feuer-Versicherungsgesellschaft in deren Bezirk im Laufe der letzten fünf Jahre allein 306 Brandstiftungen durch Kinder festgestellt, durch welche 365 Gebäulichkeiten eingeäschert wurden. Sehr wunderbar sind diese Brandstiftungen nicht, wenn man bedenkt, wie viele Tausende von Kindern sich tagsüber selbst überlassen sind, da außer dem Vater auch die Mutter zur Arbeit muß. Jetzt während der Ernte dürfte es sehr wenig Arbeiterwohnungen auf dem Lande geben, in denen die Frau am häuslichen Herde ihres Amtes waldet und die Kinder beaufsichtigt. In den meisten Kontrakten wird direkt die Bedingung gestellt, daß die Frau im Sommer mit zur Arbeit kommen muß. Da femer auch alle größeren Kinder mit aufs Feld hinaus müssen, bleiben eben nur die ganz Kleinen zu Hause. Will man die Zahl der Brände und die dabei ziemlich häufig vorkommenden Todesfälle von Kindern vermindern, müßte die Mutter im Hause gelassen werden. Das geht natürlich, besonders jetzt bei dem großen Leutenmangel, durchaus nicht. Man sucht sich auf andre Art zu helfen. Infolge höherer Anordnung sind die Amts- und Gemeindevorsteher durch die zuständigen Landräthe beauftragt, fortlaufend jählich, und namentlich vor Beginn der Felderntezeit, in den Gemeindeversammlungen bezügliche Mahnungen an die Ortsbewohner zu richten und darauf hinzuweisen, daß die betreffenden Eltern im gegebenen Falle nicht nur zur Strafe gezogen werden sollen, sondern auch zur Erstattung des infolge Brandstiftung durch ihre Kinder entstandenen Schadens herangezogen werden können. — Soweit Landarbeiter in Frage kommen, kann ihnen für entstandenen Schaden nichts abgenommen werden. Die Aussicht, ins Gefängnis zu kommen, will sie geringen sein, ihre Kinder sich selbst zu überlassen, ist sicher nicht geeignet, ihnen größere Anhänglichkeit an die heimathlichen Gesinde beizubringen.

Zu dem Fragebogen zwecks Reform der Krankenversicherung nahm letzten Sonntag in Düsseldorf eine Versammlung christlicher Arbeiter Stellung. Die Ansichten der Versammlung lauten in folgender Resolution Ausdruck:

- 1. Die Versicherungspflicht ist auf sämtliche forst- und landwirtschaftliche Arbeiter, femer auf Diensthöten und Gefinde, überhaupt auf sämtliche Personen auszudehnen, deren Einkommen 3000 M. pro Jahr nicht übersteigt. 2. Statt der Gemeinde-Krankenkassen sollen Orts-Krankenkassen gegründet werden. 3. Einer Centralisierung der Orts-Krankenkassen wird zugestimmt, wenn gleichzeitig die Betriebs- und Hilfskassen beseitigt und die Trennung der Orts-Krankenkassen nach Berufen beibehalten wird. 4. Die Beiträge der Arbeitgeber sind auf die Hälfte zu erhöhen unter Verbeibehaltung von 1/3 Stimmrecht im Kassenvorstand. Dadurch, daß in den ersten 13 Wochen die Krankenkassen die Unterzählungen für die durch Unfall Arbeitsunfähigen zu leisten haben, werden die Berufsgenossenschaften, also auch die Arbeitgeber, wesentlich entlastet. Durch die Erhöhung der Krankenkassen-Beiträge der Arbeitgeber auf die Hälfte würden diese etwas mehr zu den Kosten der Unfälle beitragen. 5. Der Anschluß an die Gemeindeverwaltung ist abzulehnen. Vorführende wie Bureaubeamte wählt der Vorstand der Kasse nach eigenem Ermessen. 6. Die Behandlung durch approbierte Aerzte ist im allgemeinen vorgeschrieben; jedoch muß der Vorstand auf Antrag eines Mitglieds Ausnahmen gestatten können. 7. Die freie Arztwahl ist im beschränkten Sinn einzuführen. 8. Die Worte „oder geschlechtliche Ausdehnung“ sind zu streichen und dafür Bestimmungen zu treffen, nach denen die Behandlung wie bei andern Krankheiten erfolgt, aber die Uebersetzung in ein Krankenhaus vorgeschrieben wird. 9. Die Befugnisse der Aufsichtsbehörden sind hinreichend. 10. Die Hilfskassen sind beizubehalten, wenn die Betriebskassen bestehen bleiben sollen.

Zur „Leutenot“. Es wird uns geschrieben: Die Kornkammer der Provinz Brandenburg leidet im krassen Gegensatz zu allen andern Gegenden Deutschlands an Arbeiter-Ueberfluß. Das mußte dieser Tage ein Mann bitter erfahren, der im östlichen Havel-Lande sich vergeblich um Arbeit und Verdienst bemüht hat. Wie schwer es von Berlin aus ist, gerade „Landarbeit“ zu finden, beweist seine Erzählung, nach der ihm, als er sich bei Herrn Amtsrath Mühlhord auf der Igl. Domäne Verge bei Rauen Arbeit suchend meldete, gesagt wurde, seine Kleidung sehe nicht nach arbeitervollen noch weniger nach arbeitenden aus. — Sein stark getragener aber nicht zerschnittener Anzug war allerdings nicht gerade aus Sackleinen, sondern aus Wollestoff gefertigt. Ein Bauer aus Verge stieß sich an den Gummizugstiefeln, die ihm zu „berlinisch“ waren. So mußte der Veruch, Arbeit zu finden, von Dorf zu Dorf wiederholt werden. — Ueberall die gleiche Antwort: Arbeiter wären genug vorhanden, und aus Berlin wolle man keine Leute haben, sie brächten nur die Socialdemokratie in ihr friedliches Landleben! — War es aber nicht der angebliche Arbeitermangel und die hohen Löhne, die die dortigen Mißprodnenten, wie sie sagten, zum Steigern der Milchpreise veranlaßt haben sollte? Die Großherren der Provinz Arbeiter für die ihnen so nothwendige Aenderung kann der Havelländer Bauer gebrauchen — seine Arbeit nicht! Dazu ist ja auch heuer das Erntewetter zu gut! Viel trägt allerdings zu der Schwierigkeit auf dem Lande Arbeit zu erhalten, der der Landwirtschaft erlaubte, der Industrie verbotene Massen-Import russisch-polnischer und galizischer Arbeiter bei. — Es mögen in Berlin wohnende Arbeiter sich gesagt sein lassen, wie schwer es ist, selbst während der Erntezeit in einem landwirtschaftlichen Betrieb Arbeit und sein Brot zu finden!

Die Nothwendigkeit eines Banarbeiter-Schutzes für die Schweiz beweisen folgende Unfallsziffern:

Explosionen	10 Unfälle
Maschinen	156
Ein Dampfersturz, Bruch derselben	540
Schwere Kollision	585
Elektrische Ströme	377
Verfälschung etc.	80
Verletzte oder verkorrte Augen	677
Verschiedene Ursachen	7689
Tot 121.	

Im ganzen sind 198 295 Krankheitsstage zu zählen. Auch verzeichnete ein Fabrikinspektor in preußen sich für die Nothwendigkeit eines adreßmäßigen Banarbeiter-Schutzes aus und überwarf Kritik an der vielfach vorliegenden Fahrlässigkeit der Unternehmer. So schreibt der Fabrikinspektor Dr. Säuler:

Der Sturz von Gerüsten, Bauten, Felsen und das Fallen überhaupt spielt noch eine weit bedeutendere Rolle als Unfallsursache, namentlich in den Baugewerben, wo oft mit namenlosem Verachtssinn vorgegangen wird. Es ist sehr zu begrüßen, daß immer häufiger in gravierenden Fällen Klagen wegen Fahrlässigkeit erhoben und bei nachgewiesenem Verschulden des Arbeitgebers das beschränkte Maximum von Fr. 6000 befreit worden ist. Das Verschulden ist oft ein so grelles, daß eine bloße Buße nicht als Sühne betrachtet werden kann.“ Die schweizerische Parteipresse entfaltet für die Beseitigung dieser klaffenden Lücke in der schweizerischen Arbeiterschutzes-Gesetzgebung lebhafteste Energie.

Das jüdische Proletariat in Galizien leidet unter einer Ausbeutung sondergleichen. So wird zuletzt aus Kolomyja, einer galizischen Stadt mit überwiegend jüdischer Arbeiterbevölkerung gemeldet, daß die Schwefel- und Salzfabrik „Gebrüder Wischak“ ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen selbst 10 jährige Kinder beschäftigt. Die Arbeitszeit beträgt 14 bis 16 Stunden täglich. Der Höchstlohn für männliche Arbeiter ist 2.80, für weibliche 2.40 wöchentlich. Die Fabrik hat weder Speise- noch Waschküche noch Auskleideräume! Die Kerusen müssen selbst ihre Mahlzeiten in den Arbeitsräumen, die von giftigen Dämpfen erfüllt sind, einnehmen. Dazu sind diese Räume

Bestrichen ärgster Art. — Die Folgen dieser verbrecherischen Ausbeutung sind nur zu deutlich zu sehen. Die Arbeiter sehen wie Leichen aus. Die Kinder laufen mit ganz verzerrtem Gesichtsausdruck herum. Es vergehen keine paar Tage, ohne daß eine ärztliche Operation notwendig wäre. Einzelnen flieht der Elend aus Mund, Nase und Ohren.

Fabrikinspektoren, welche derartige, jedem menschlichen Gewissen spottende Zustände dulden, sind wert, neben dem Ausbeuter ins Juchhaus zu wandern.

Der chinejsche Krieg.

Berlin, 20. Juli. (W. Z. V.) Von dem Chef des Kreuzergeschwaders ist nachstehende Meldung eingegangen: Ab Taku 18. Erstens: Englischer Admiral teilt mit, daß der Gouverneur von Hongkong ihm die Abreise Li-Hung-Kiangs nach Norden mitgeteilt habe. Zweitens: Arsenal Sitow, nördlich von Tientsin, ist am 18. von den Russen ohne Widerstand besetzt.

Brüssel, 20. Juli. (W. Z. V.) Im hiesigen Auswärtigen Amt ist heute ein Telegramm des belgischen Konsuls in Shanghai, datiert von heute, folgenden Inhalts eingelaufen: Man meldet mir, daß die Fremden in Peking am 18. d. M. noch wohlbehalten waren. Ein kaiserlicher Erlaß vom 15. d. M. bezieht dem Botschafter von Tientsin, den Materialschaden, welcher an fremdem Eigentum verursacht worden ist, taxieren zu lassen. Derselbe Erlaß magt den Lokaltropfen zur Pflicht, den Aufzuge zu unterdrücken.“

London, 20. Juli. (W. Z. V.) Unterhaus. Der Erste Lord des Schatzes Balfour erklärt, unter den bestehenden Verträgen sei es unmöglich, die Einfuhr von Kriegsmunition aus England nach China zu verbieten. Die Frage erscheine der Regierung äußerst dringend und es werde heute im Oberhause ein Gesetz eingebracht werden, welches der Regierung die Macht verleiht, ein entsprechendes Verbot zu erlassen.

Unterstaatssekretär des Reichern Brodrick erklärt, die Verkürzungen an Schiffen, die seit Ausbruch der gegenwärtigen Unruhen nach China geschickt seien, befänden aus einem Schicksal, sieben Kreuzern und drei Kanonenbooten, femer seien 800 Matrosen und Seesoldaten nach China geschickt worden. Die Einlieferung weiterer Verstärkungen werde vom Gange der Ereignisse abhängen. 10000 Mann seien von Indien nach China entsandt, die aus Hongkong herausgezogenen Truppen seien ersetzt worden. In Indien ständen weitere Truppen bereit und könnten, wenn nötig, sofort abgehen. Die Regierung wisse, daß man in Shanghai und andern Häfen die feste Ueberzeugung habe, daß es wünschenswert sei, daß Schiffe und Truppen zum Schutze der Europäer dorthin geschickt werden; über die Wirkung einer solchen Maßregel seien die Ansichten aber nicht einig. Die Truppen aus Indien seien jetzt schnell ein. Die in Hongkong und Weihaiwei kommandierenden Offiziere seien angewiesen, sich mit dem englischen Konsul Warren in Shanghai in Verbindung zu setzen, um jeder Eventualität entgegen zu können. Brodrick erklärt weiter, über die Rückkehr von der Niederlegung von 60 Missionaren in Schansi sei ihm eine Bestätigung nicht zugegangen. Auf dem Hongkong befänden sich jetzt 16 englische Kriegsschiffe, die ihren Standort täglich je nach Lage der Dinge wechselten. Der älteste Seeoffizier in Wufung stehe in ständiger Verbindung mit dem Konsul in Shanghai.

Washington, 20. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Das Staatsdepartement veröffentlicht nachstehende Mitteilung: Das Staatsdepartement erließ am 11. Juli eine kurze Anfrage nach Nachrichten von dem amerikanischen Gesandten Conger in Peking in der im Staatsdepartement gebräuchlichen Chiffre-Schrift. Der hiesige chinesische Gesandte übernahm es, diese Depesche dem Gesandten Conger zu stellen zu lassen, wenn er noch am Leben sei. Es gelang ihm, dies zu thun. Heute früh erhielt das Staatsdepartement folgendes Telegramm des amerikanischen Konsuls in Shanghai: „Der Gouverneur von Schantung benachrichtigt mich, daß er heute eine vom 18. Juli datierte, signierte Depesche des Gesandten Conger erhalten habe.“ Wenige Minuten später erschien der chinesische Gesandte Wu-tung-fang im Staatsdepartement mit einem Telegramm des Uffendahn-Taota-Scheng vom 20. Juli, welches Wu-tung-fang heute früh 8 1/2 Uhr erhalten hatte und welches folgendermaßen lautet: „Ihr Telegramm ist besichert worden, und ich sende Ihnen, wie gewünscht, vom Tung-li-Namen folgende Antwort: „Ihr Telegramm vom 15. Tage d. M. (11. Juli) ist hier eingegangen. Das Telegramm des amerikanischen Staatsdepartements ist dem Gesandten Conger übermittelt worden. Hier ist seine Antwort: In englischer Gesandtschaft, unter fortwährendem Gewehr- und Geschützfeuer der chinesischen Truppen schnelle Hilfe kann allein allgemeines Massacre hindern.“ Diese Antwort war in der im Staatsdepartement üblichen Chiffre-Schrift abgefaßt und ward vom Staatsdepartement als echt angesehen, da Botschaften unter diesen Umständen ausgeschlossen zu sein schienen.

Das Staatsdepartement veröffentlicht ferner folgende Bekanntmachung: Der Staatssekretär empfing heute früh folgende Depesche des amerikanischen Konsuls in Tschifu, vom 19. Juli, nachts 12 Uhr datiert: „Ein Blatt aus Shanghai behauptete am 16. Juli, alle Ausländer in Peking seien getödtet. Ich habe deswegen an den Gouverneur telegraphiert und gefragt, ob diese Meldung wahr sei. Der Gouverneur erwiderte, sein Courier habe Peking am 11. Juli verlassen. In diesem Tag seien alle wohlbehalten gewesen. Der östliche Teil der Stadt Peking sei indessen von den Ausständigen genommen in der Absicht, die Ausländer zu töten. Sobald Congers Telegramm entziffert war, wurde ein Cabinetrat nach dem Bureau des Staatssekretärs berufen.“

Shanghai, 19. Juli. (W. Z. V.) Von dem Telegraphendirektor Scheng wird berichtet, daß er von dem Gouverneur von Schantung ein Telegramm über die Ermordung aller Fremden in Peking erhalten habe, doch finden die Angaben Schengs wenig Glauben.

Canton, 19. Juli. (W. Z. V.) Die Hinhinrichtungen werden fort demont, das Bogue-Fort hat jetzt 6000 Mann, das Wampoa-Fort soll nächster Tage eben so viel erhalten.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Garmisch, 20. Juli. (W. Z. V.) Auf der Zugspitze wurde gestern die neue meteorologische Observatorium feierlich eröffnet.

Paris, 20. Juli. (W. Z. V.) Seit einigen Tagen herrscht hier eine große Wassermisere infolge der Hitze. Die Gesellschaft der Pariser Wasserwerke und die Polizeipräfectur haben eine Aufforderung an die Bevölkerung erlassen, worin diese ermahnt wird, mit dem Wasser äußerst sparsam umzugehen.

Konstantinopel, 20. Juli. (Meldung des Wiener L. Z.) (Reuters Bureau.) Ein durch kaiserliches Trade-Sanktioniertes Verbot des Ministeriums giebt den in das Ausland geschickten türkischen Civil- und Militär-Beamten eine 20jährige Frist zur Rückkehr. Die der Aufforderung nicht Folge leistenden sollen den Gesetzen gemäß behandelt werden.

Yokohama, 19. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau's.) Wegen Dienstaufschlag wird plötzlich ein Heister Ausbruch des Vulkan-Adzuma bei Bandaihan stattgefunden, durch welchen 200 Menschen teils getödtet, teils verletzt sein sollen.

Vierter internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Berlin, den 20. Juli 1900.

Fünfter Verhandlungstag. Vormittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt wieder Oubé-Desfres, da Belgien wegen der Sprachschwierigkeit — die belgischen Delegierten sprechen nur flämisch — verzichtet hat.

Die Beratung über Punkt 6: „Mittel und Wege. Gehege für die Arbeiterschaft zu erreichen“, wird fortgesetzt. Hierzu steht die gestern mitgeteilte Resolution Feldmann mit zur Beratung.

Ogden-Manchester erklärt, seine Kollegen könnten für die deutsche Resolution nicht stimmen, da sie auf dem Boden einer anderen Auffassung ständen; er schlägt folgende Resolution vor:

Dieser Kongress ist der Meinung, daß viele der in der Textilindustrie vorherrschenden Mißstände durch Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften beseitigt werden können und daß dies der erste und wichtigste Schritt ist, um eine Verbesserung der Verhältnisse herbeizuführen. Der Kongress ist ferner der Meinung, daß die Arbeiter in ausgiebigster Weise zur Beseitigung der ihre soziale und wirtschaftliche Lage beeinflussenden Ungerechtigkeiten dadurch beizutragen in der Lage sind, indem sie bei allen Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften nur solche Kandidaten unterstützen, welche für Einführung von durchgreifenden Arbeiterbeschützungs-Bestimmungen und deren Anwendung mit aller Energie einzutreten sich verpflichten!

Redner führt aus, daß speziell in der Textilbranche die Erhebung der Arbeiter auch ihr Wert sein müsse und könne. Mit Resolutionen, die auf eine ferne Zukunft hinweisen, sei den Arbeitern nicht gedient. Die größten Feinde seien nicht die Kapitalisten, sondern die indifferenteren unorganisierten Arbeiter, die Nichtunionisten, die auf die Löhne drücken. Die Deutschen sollten lieber, anstatt derartige Resolutionen vorzuschlagen, dem Beispiel der Engländer folgen und starke Organisationen bilden. Dann würden sie schon von selbst den ihnen gebührenden Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen. (Beifall bei den Engländern.)

Collath-Lancashire schließt sich den Ausführungen seines Vorgesetzten an. Persönlich würde er gern für die Resolution stimmen. Aber er habe doch das Recht von seinen Mandatgebern nicht erhalten. Seine Mandatgeber seien noch nicht reif für den Socialismus. Die Entwicklung werde aber hier schon in günstiger Weise wirken. In der Praxis bemühe sich ja die englische Arbeiterschaft, die in der deutschen Resolution angegebenen Wege zu betreten. Sie bemühe sich, in das Parlament, wie in die kommunalen Vertretungen Arbeitervertreter zu entsenden. Gerade in seinem Bezirk in Bolton hätten die Spinner damit große Erfolge gehabt. Die Boltoner Spinner seien aber auch die bestorganisierten Textilarbeiter in ganz England.

Kreging-Langensielau erklärt, die Ausführungen der Engländer könnten die Deutschen von ihrem Standpunkt nicht abbringen. Das Hauptziel liege nun einmal in der Produktion des Mehrwerts, und diese könne nur mit Abschaffung der heutigen Gesellschaftsordnung aufgehoben werden.

Schratter-Braunschweig: Nach dem englischen Standpunkt könnten wir auch ganz ruhig bürgerliche Kandidaten unterstützen, etwa Kandidaten national-socialer Arbeitervereine oder der christlichen Gewerksvereine. Diese stehen aber nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes. Und nur der Klassenkampf könne den Arbeiter seinen elenden Lage entreißen. Er verlange ja nicht, daß die Trade Unions in ihren Reihen Sozialisten trieben. Das täten ja auch die deutschen Gewerkschaften nicht, unter anderem auch aus verfassungsgesetzlichen Gründen. Aber sie müßten doch eigene Vertreter in die gesetzgebenden Körperschaften entsenden. Die Masse der Arbeiter könne sehr wohl einen maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung erlangen, wenn sie nur politisch erzogen werden würde. Er bitte also die Engländer, die prinzipielle Bedenken gegen die Resolution ja nicht hätten, für dieselbe zu stimmen. (Beifall bei den Deutschen.)

Die Engländer beantragen hierauf Schluß der Debatte. Reichelt-Chemnitz erklärt, die Deutschen könnten von ihrer Resolution nicht zurücktreten. Er begreife aber auch, daß die Engländer infolge ihrer eigenartigen Verhältnisse nicht für dieselbe stimmen könnten. Er beantrage daher, beide Resolutionen hintereinander anzunehmen. Die Deutschen sollten auch für die englische, die Engländer auch für die deutsche Resolution stimmen.

Die Engländer sind damit nicht einverstanden, sie verlangen gemeinsame Abstimmung über beide Resolutionen. Die Abstimmung über die deutsche Resolution ist sehr bezeichnend. Die Engländer stimmen mit energischem: „No, no“ dagegen. Die Franzosen stimmen „pour la résolution collectiviste“. Die Belgier erklären anfangs allgemein: „nous sommes pour la liberté, mais nous sommes socialistes“ (Wir sind für die Freiheit — in der Wahl zwischen beiden Wegen; persönlich sind wir aber Socialdemokraten).

Schließlich erklären sie sich mit der deutschen Resolution einverstanden, aber nur mit einem Zusatz, der Staatsunterstützung für alle Familien mit minderjährigen Kindern verlangt, und zwar als „Naturrecht“ nicht als „Almoßen“. Die Oestreicher und Deutschen stimmen geschlossen für die deutsche Resolution mit dem belgischen Zusatz, die demnach mit vier gegen eine Nationsstimme angenommen ist.

Für die englische Resolution stimmen nur die Engländer, und zwar geschlossen; die anderen Nationen stimmen dagegen; sie ist 1. her abgelehnt.

Der 7. Punkt der Tagesordnung: „Die Vertretung der Arbeiter in öffentlichen Körperschaften“ wird durch die Verhandlungen über den vorigen Punkt für erledigt erklärt.

Es folgt Punkt 8: „Wie könnten es die organisierten Arbeiter herbeiführen, um dem Genuß alkoholischer Getränke in der Arbeiterklasse wirksam entgegenzutreten?“

Hierzu haben die Deutschen folgende Resolution vorgeeschlagen: „Da die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisationen nicht nur für die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse kämpfen, sondern auch in moralischer und ethischer Beziehung einen erheblichen Einfluß ausüben und erfahrungsgemäß der übermäßige Genuß alkoholischer Getränke (Spirit, Fuzel etc.) dort verschwindet, wo die Lebenshaltung des Volks eine bessere ist, die Organisationen der am Kongress beteiligten Textilarbeiter, auch in diesem Sinne thätig sind, beschließt der 4. internationale Textilarbeiter-Kongress ohne Diskussion, über diesen Punkt zur Tagesordnung überzugehen.“

Die Resolution gelangt einstimmig zur Annahme. (Beifall.) Hierauf nimmt der Kongress die Rechnungslegung des internationalen Sekretärs entgegen.

Der internationale Sekretär erklärt, auf das ihm zustehende Honorar von 400 M. pro Jahr verzichten zu wollen, da die Einnahmen des Sekretariats zu gering seien.

Ranlsen-Krefeld beantragt, eine Liste der Adressen sämtlicher Delegierten drucken und verteilen zu lassen. Der Bericht des Sekretariats habe doch gezeigt, daß es mit der internationalen Organisation noch nicht weit her sei. Da würde eine solche Liste den Austausch von Mitteilungen sehr erleichtern und beschleunigen.

Erzizina-Wien befürwortet diesen Antrag und wünscht, diese Liste dem Protokoll beigelegt zu sehen.

Der Antrag Koulfen wird angenommen. Von belgischer Seite ist ein Antrag eingebracht, der eine gesetzliche Regulierung der Festsetzung für Gewicht, Maß und Nummerierung der Garne für alle Länder verlangt. Zu Grunde gelegt werde das englische Maß, das auch bereits für Belgien gilt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Die Revisoren berichten sodann über die Kassensführung des internationalen Sekretariats.

An Einnahmen hat dasselbe während der verfloßenen drei Jahre gehabt 60 Pfd. Sterl. 9 Schill. 7 Pence; und zwar aus Deutschland 21 Pfd. Sterl. 5 Schill., aus England 20 Pfd. Sterl. und aus Belgien 18 Pfd. Sterl. 14 Schill. 7 Pence. Frankreich hat keinen Beitrag geleistet. Dafür hat es sämtliche Kosten für den vorigen internationalen Kongress in Roubaix im Betrag von 1488 Fr. aus eigener Tasche bezahlt. (Bravo!) Oestreich und Holland haben keine Beiträge geleistet. Die Ausgaben des Sekretariats betragen 38 Pfd. Sterl. 8 Schill. 4 Pence. In der Kasse sind somit 22 Pfd. Sterl. 1 Schill. 8 Pence verblieben.

Fischer-Reichenberg i. Böhmen entschuldigt die Oestreicher mit der überaus ungünstigen Lage, in der sie sich bis jetzt befinden hätten. Ueberall seien zwar Kassen gewesen, aber nirgends Geld. Indessen würde das jetzt anders werden. Die Oestreicher würden ihre Schulden bezahlen und fortan auch regelmäßig ihre Beiträge entrichten.

Erzizina-Wien giebt die gleiche Versicherung ab. Reichelt-Chemnitz kommt noch einmal auf die Debatten der ersten Verhandlungstage über das internationale Sekretariat zurück. Die Mißverständnisse hätten vermieden werden können, wenn von vornherein ein Rechenschaftsbericht abgelegt worden wäre. Im übrigen wolle er feststellen, daß gerade England, welches am ersten Tage vom hohen Pferde herab gesprochen habe, seinen Beitrag nicht voll geleistet habe, während Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen sei. Auf dem Roubaixer Kongress sei als Beitrag festgesetzt worden: für England 300 Fr., für Deutschland 200 Fr., für Frankreich 200 Fr., für Belgien 150 Fr., für Oestreich 125 Fr. und für Holland 25 Fr. England habe also seine Pflichten nicht erfüllt und sei mit einem Teil seines Beitrags noch im Rückstand.

Des weiteren erklärt Redner, daß die deutschen Delegierten die Kosten dieses Berliner Kongresses selbst tragen würden. Der internationale Sekretär hat erklärt, daß er auf die ihm zustehenden 60 Pfd. Sterl. für die verfloßenen drei Jahre verzichte.

Von englischer Seite wird beantragt, ihm eine Entschädigung von 15 Pfd. Sterl. 15 Sch. anzubieten. Fischer-Reichenberg meint, jede Arbeit müsse auch honoriert werden. Der Kongress denke keineswegs: es sei gut, daß der Sekretär auf sein Gehalt verzichte.

Dem internat. Sekretär werden 15 Pfd. Sterl. 15 Sch. bewilligt; ebenso einstimmig wird ihm Decharge erteilt. In seiner Erwiderung drückt der Sekretär Wilkinson seinen Dank an den Kongress aus. Er hofft, daß man dem neuen internationalen Sekretär, dessen Wahl man jetzt vornehmen müsse, sein Amt durch die stricke Einbehaltung der Kongressbeiträge erleichtern werde. Er regt sodann an, jetzt gleich den Ort des nächsten Kongresses zu bestimmen.

Koyke bittet, sofort zur Wahl des Sekretärs und des Kongressortes zu schreiten. Reichelt-Chemnitz beantragt, den Sitz des Sekretariats in England zu belassen, mit Wilkinson als Sekretär, den Ort des nächsten Kongresses aber erst nach Erledigung der gesamten Tagesordnung zu bestimmen.

Ein deutscher Delegierter erhebt Einspruch dagegen, daß das Sekretariat wieder in England bleibe. Die Ansicht der deutschen Delegierten sei darüber nicht geklärt. Der Vorschlag Reichelt wird angenommen.

Engels-Ville bringt noch folgenden Fall zur Sprache: Es wird allen erinnert sein, daß auf dem Kongress am Sonntag, als Genosse Viehrecht seine Festrede ins Französische übertragen wollte, ihn Genosse Lepers unterbrochen und gebeten, sich nicht weiter zu erwidern, da man in Frankreich genau wisse, was Viehrecht wolle, und welche Verdienste er sich um die Arbeiterbewegung erworben habe. Nun schreibt ein Berliner Blatt, der „Reichsbote“, darüber, die Franzosen hätten die Dummmheiten Viehrechts nicht anhören wollen (Vbh. Pst.) und hätten ihm daher das Wort entzogen. (Gelächter.) Gegen eine solche niederträchtige Darstellung, die die Wahrheit auf den Kopf stellt, muß der Kongress in einer Protest-Resolution seine flammende Entschuldigung kundgeben. (Lebhafter Beifall.)

Koyke-Berlin: Wir Deutsche können über derartige Vorwürfe nur lachen. Wir wissen, daß keine Dummmheit zu groß ist, als daß sie der „Reichsbote“ nicht seinen dummen Lesern aufsitzen könne. Wir haben ja leider noch viel Traurigeres erleben müssen. Die „Gefahrenschiff“ der „gebildeten“ Berliner Bevölkerung ging so weit, daß die ausländischen Delegierten in Pferde- und Eisenbahnwagen von seiten „gebildeter“ Berliner in der unflätigsten Weise angepöbeln wurden, wenn sie sich in ihrer Sprache unterhielten. (Allgemeines lebhaftes Pst.) Besonders die Engländer wurden von den doerensfreundlichen Berlinern mehrfach attackiert. Nun, wir wissen, daß es zwei Welten giebt, von denen die eine das Recht der Dummheit und der Freiheit für sich in Anspruch genommen und mit der wir nichts zu schaffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Der Kongress spricht hierauf einstimmig ein Verachtungsvotum gegen den „Reichsbote“ und die ähnlich gestimmte Presse, so wie gegen jenen „gebildeten“ Berliner Wob aus. Um 1 1/4 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung. Der Kongress tritt in die Beratung des 9. Punkts der Tagesordnung: „Regelung der internationalen Streit-Unterstützung.“ Wagner-Chemnitz führt aus, daß die internationale Streit-Unterstützung materiell bis jetzt nur in sehr seltenen Fällen eingegriffen hätte. Meistens hätte man sich auf Sympathie-Erklärungen beschränkt. Es sei nunmehr am Platze, die Vertrauensmänner der verschiedenen Länder mit der Aufbringung von Streifgeldern zu beauftragen. Redner schlägt vor, daß bei Streiks von größerer Umfang und längerer Dauer die verschiedenen Länder Streifgelder aufzubringen hätten. Die Fabrikanten, die bis jetzt glaubten, daß, wenn ein Streik 4 Wochen andauere, er schon so gut wie verloren sei, sollten sehen, daß dann erst die internationale Solidarität einsetzt, und der Kampf erst recht begimme. Von der Bildung eines internationalen Streiffonds wolle er absehen, da er damit ein ebenbürtiges Hindernis besäße, wie bei dem Versuch der Bildung eines deutschen Streiffonds. Dagegen bitte er um die Annahme folgender Resolution:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die internationale Solidarität erst durch gegenseitige finanzielle Unterstützung in Krisen praktisch betätigt wird, beschließt der Kongress; die Vertrauensmänner der verschiedenen dem internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder haben dafür zu sorgen, daß bei allen Ausständen, welche schon mindestens vier Wochen lang währen und mindestens 2000 Personen umfassen, fortan von jedem organisierten Textilarbeiter und jeder organisierten Textilarbeiterin wöchentlich wenigstens 10 Fr. zur Unterstützung der Ausständigen an das internationale Sekretariat abgeführt werden. Jeder Antrag auf Unterstützung ist unter Vorlegung der Situation des Ausstandes und der Kassenverhältnisse der beteiligten Organisation von dieser dem internationalen Sekretariat einzureichen.“

Die Engländer lassen die Erklärung abgeben, daß dieser Gegenstand für sie zur Zeit nicht diskutabel sei. Die Resolution bedeute eine neue Steuer für die Mitglieder der Organisationen, für die Engländer allein etwa 625 Pfd. Sterl. pro Woche. Und so sehr sie mit dem Grundgedanken derselben einverstanden seien, so müßten sie doch erst die Sache ihren Organisationen zu Hause zur Beschlussfassung vorlegen. Sie seien, falls eine Unterstützung von ihnen verlangt werde, jederzeit bereit, sie zu leisten.

Im übrigen aber beantragen sie zunächst folgende Resolution: „In Erwägung, daß die internationale Solidarität durch internationale Streiklisten zum Ausdruck gebracht werden

muß, beschließt der heutige Kongress, diese Frage dem nächsten internationalen Textilarbeiter-Kongress zu überweisen. In der Zwischenzeit sollen die Organisationen der verschiedenen Länder sich über diesen Punkt klar werden.“

Reichelt-Chemnitz ist mit der englischen Resolution einverstanden, wünscht aber, daß der Antrag Wagner dem internationalen Sekretariat als Unterlage für die Vorarbeiten zum folgenden Kongress überwiehen werde.

Der Wert ist dafür, daß die Frage jetzt schon den verschiedenen Organisationen zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Diese sollten ihre Beschlüsse dann schriftlich dem internationalen Sekretariat einreichen, welches dann auf Grund dieser Urabstimmung die definitive Entscheidung zu fällen habe. Man solle aber nicht etwa nach drei Jahre bis zum nächsten Kongress warten. Die Sache habe Eile.

Erzizina-Wien erklärt, seine Kollegen seien für die englische Resolution, da die Oestreicher nicht in der Lage wären, jetzt schon einen bestimmten Beschlus nach dieser Richtung hin durchzuführen.

Lepers-Roubaix ist nicht für allgemeine Streikunterstützung, sondern nur für Unterstützung der organisierten Streikenden. Diese Praxis werde in Roubaix befolgt und dadurch bewirkt man, daß die Gewerkschaften rasch mehr Mitglieder erhielten, während die allgemeine Streikunterstützung zu dazu führe, daß die Arbeiter den Gewerkschaften nicht beitreten. Er wäre dafür, daß der doppelte Beitrag an das internationale Sekretariat abgeführt werde und daß davon die Streikunterstützung geleistet werde, daß aber nur die organisierten Streikenden diese Unterstützung erhielten.

Die Diskussion wird hierauf auf Antrag der ungebildigen Engländer geschlossen. Die deutsche Resolution wird dem Sekretariat als Material überwiehen.

Von den Franzosen wird nunmehr beantragt, den Vorschlag Lepers als Provisorium bis zum nächsten Kongress anzunehmen. Erzh-Lancashire ist gegen diesen Antrag, wiederum aus dem Grunde, weil man den Organisationen keine neue Steuer auflegen könne, ohne sie vorher zu befragen. Dagegen ist er dafür, daß denjenigen Nationen, die ihren Verpflichtungen dem Sekretariat gegenüber nicht nachkommen, auf dem nächsten Kongress Sitz und Stimme entzogen werde.

Fischer-Reichenberg erklärt sich gegen den französischen Vorschlag. Reichelt-Chemnitz meint dagegen, man könne ihm als Uebergangsmaßnahme sehr wohl zustimmen.

Der Zusatzantrag Lepers wird mit 3 Nationen (Deutsche, Franzosen, Belgier) gegen 2 (Engländer, Oestreicher) angenommen. Erzh-Lancashire beantragt nunmehr, daß auf dem nächsten Kongress diejenigen Nationen, die ihre Beiträge nicht bezahlt hätten, auch nicht Sitz und Stimme erhielten.

Die Franzosen erklären, sie fühlen sich nicht berufen, so über die armen Nationen zu Gericht zu sitzen. Die Oestreicher könnten vielleicht das nächste Mal auch nicht zahlen. Erzh-Lancashire meint, drei Jahre seien eine lange Zeit. Bis dahin könnten auch die armen Nationen ihre paar Groschen zusammenkratzen.

Glauermann-Leipzig erklärt, man könnte einem solchen Antrag nicht zustimmen. Wer wisse, wie die Organisationen in drei Jahren stehen würden? Vielleicht müßten dann die Deutschen auch untertreten bleiben. Derartig rigorose Bestimmungen seien unannehmbar. (Beifall bei den Franzosen.)

Holmes-Lancashire bittet, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Er verfolge nicht, wie man in einem derartigen Stadium der Beratungen noch mit einem solchen Antrag kommen könne.

Reichelt-Chemnitz meint, wenn man sich auf den Standpunkt des Kollegen Glauermann stellen wolle, dann brauchte schließlich überhaupt keine Nation mehr ihre Beiträge abzuliefern: Schließlich handle es sich ja doch nur um Beiträge, die wahre Lappalien darstellten. Wenn die Engländer keinen Beschluß mehr fassen wollten, weil die meisten von ihnen bereits abgereicht seien, so sei das sehr traurig. Der internationale Kongress sei keine Spielerei. Da hätten die Engländer bis zum Ende der Beratungen auszuhalten müssen, wie dies alle übrigen Nationen hätten, die noch vollständig vertreten seien. Im übrigen wolle er folgendes vorschlagen: Auf dem nächsten Kongress müßte das internationale Sekretariat ja vor Beginn eines ausführlichen Bericht über alle Nationen vorlegen. Dann könnte ja der Kongress selbst darüber entscheiden, ob diejenigen Nationen, die ihre Beiträge nicht geleistet, durch ihre speziellen Verhältnisse als entschuldigend zu betrachten, also zuzulassen seien.

Fischer-Reichenberg: Der Kollege Reichelt kann schon glauben, daß auch wir Oestreicher ordnungsliebende Menschen sind. (Heiterkeit.) Wir glauben auch, daß man die Beschlüsse durchführen muß. Wir würden uns schon bedanken, zum nächsten Kongress wiederkommen, wenn wir unsere Verpflichtungen nicht nachgelassen sind. Da bleiben wir lieber gleich zu Hause, damit wir auf dem Kongress nicht erst Vorwürfe zu hören bekommen. Wir werden also für seinen Antrag eintreten.

Für den englischen Antrag stimmen nur die Engländer. Er ist also abgelehnt. Reichelt-Chemnitz bringt nunmehr seinen Antrag wieder ein, daß über die Zulassung zum Kongress der Kongress selbst zu entscheiden habe. Man müsse doch den Engländern ein wenig entgegenkommen.

Erzh-Lancashire findet diesen Antrag unbegreiflich. Was für einen Zweck hätte es, die armen Nationen zu der Ausgabe zu veranlassen, Delegierte hinzuschicken, und diese dann wieder zurückzuschicken.

Turner-Norfolkshire konstatiert, daß Reichelt bereits dreimal zu diesem Punkt gesprochen habe. Der Antrag Reichelt, der den Engländern entgegenkommen will, wird hierauf gegen die Stimmen der Engländer angenommen. Man geht hierauf zur Beratung über Ort und Zeit des nächsten Kongresses über.

Die Engländer beantragen, ihn nach zwei Jahren stattfinden zu lassen. Koyke erklärt sich damit einverstanden.

Hübisch-Berlin meint, es genüge, wenn man es dabei ließe, daß der internationale Kongress alle drei Jahre statfinde. So ein Kongress koste doch eine ziemliche Summe, und ist es wünschenswert, daß auch die ärmeren Nationen da vertreten seien.

Mit drei Nationen (England, Frankreich, Belgien) gegen die beiden übrigen wird beschlossen, den Kongress in zwei Jahren stattfinden zu lassen.

Turner-Norfolkshire bittet nunmehr, den Kongress im September abzuhalten. Im Juli sei es zu warm. (Der ziemlich beleidete Redner hat seine Wut aufgeschloßt und wüßt sich den Schweiz vom Gesicht. Heiterkeit.)

Als Kongressort ist von den Schweizer Delegierten in einem Schreiben Zürich vorgeschlagen. Engels-Ville tritt für den Vorschlag ein. Für die Schweiz spreche besonders der Umstand, daß dort die deutschen Genossen während des Socialistengesetzes eine Zuflucht gefunden hätten. (Lebhafter Beifall.)

Genügt eine englische Stimme wird hierauf Zürich als Kongressort bestimmt. Sodann wird beschlossen, ein Protokoll über die Verhandlungen dieses Kongresses in drei Sprachen erscheinen zu lassen.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft. Vandert-Apolda dankt im Namen der Delegierten allen denen, die bei den Vorarbeiten zu diesem Kongress beschäftigt waren, sowie den Vorstehern und den Dolmetschern. In den ersten Tagen hätten wohl einige Mißverständnisse die Gemüter angegereizt. Aber es habe sich gezeigt, daß alle in dem Bestreben einig waren, sich in den Dienst der modernen

Tokales.

Arbeiterbewegung zu stellen, das Joch des Kapitalismus mehr und mehr von den Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Allen denen, die den Delegierten bei dieser Arbeit behilflich waren, gebührt herzlichster Dank, besonders auch den Berliner Kollegen, die sich bemüht hätten, den Delegierten den Aufenthalt in Berlin in diesen heißen Sommertagen so angenehm wie möglich zu machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Engels' Wille giebt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kongreß ein schönes Zeugnis dafür ablege, was die internationale Solidarität leisten könnte. Die Verhandlungen seien von wahrhaft sozialistischem Geiste getragen gewesen; die Arbeiter aller Länder habe gezeigt, daß sie nicht eher ruhen würde, bis der Hauptfeind der Menschheit, der Kapitalismus, gestürzt sei. (Stürmischer Beifall.)

Solomon-Lancashire bedankt sich für die Gastfreundschaft, die seine Kollegen hier in Berlin gefunden. Die Schwierigkeiten der Verschiedenartigkeit seien durch die Fähigkeit der Uebersetzer überwunden worden. Es werde das Bestreben der Arbeiter aller Länder sein, die Zukunft schöner zu gestalten, als die Vergangenheit. (Lebhafte Beifall.)

Kopke dankt im Namen der Berliner für die freundliche Anerkennung, die sie hier gefunden. Sie hätten es für ihre Pflicht gehalten, ihre Kräfte in den Dienst der Sache zu stellen. Auf Dank hätten sie dabei nicht gerechnet. Umso mehr freuten sie sich über die Worte ihrer Kollegen. Er rufe jetzt allen Delegierten zu: frisch auf zur großen Arbeit, frisch auf zum großen Kampf bis zum endlichen Sieg! Auf frohliches Wiedersehen in zwei Jahren! (Lebhafte Beifall.)

Willinson drückt nochmals den Dank der englischen Brüder für die Aufnahme in Berlin aus. Er hoffe, daß der nächste Kongreß ein eben solches Gepräge der Freundschaft und Solidarität tragen werde, wie der diesjährige. (Beifall.)

Wichford-Horsbire wünscht, daß auf dem nächsten Kongreß auch weibliche Delegierte in größerer Anzahl erscheinen mögen. (Lebhafte Zustimmung.)

Fischer-Reichenberg dankt im Namen der Oesterreicher für die Gastfreundschaft der Berliner Kollegen. Vor allem freute es sie, daß sie diesen Kongreß im Hause der Berliner Gewerkschaften, also im eigenen Heim, hätten abhalten können. Durch die Beschlässe des arbeitsreichen Kongresses soll der Ausbruch der Arbeiter durch das internationale Kapital ein Niegel vorgeschoben werden. Den Textilarbeitern aller Länder müsse es gelingen, ihren größten Feind, den Unverstand der Massen, zu besiegen. Nur in der Stärke der Organisationen liege die Garantie zur Erringung eines menschenwürdigen Daseins für alle Menschen. Er schließt seine Ausführungen mit einem Hoch auf die Internationalität der Arbeiter, in das die Anwesenden dreimal begeistert einstimmen.

Der französische Kollege Engels verzichtet auf eine Uebersetzung der Rede, die die Franzosen sehr gut verstanden hätten. Er bittet aber, daß dieser Verzicht nur nicht wieder als ein Akt der Feindseligkeit gegen die Oesterreicher aufgefaßt werde. (Beifall.)

Der Kongreß wird hierauf unter Abkündigung der Arbeiter-Marschälle geschlossen. Auch die Engländer legen die Melodie mit und stimmen dann ein alkoholisches Fremdwort: „Jos auld lang syne“ an. Der französische Genosse Engels singt hierauf noch das Völkliche Lied: „Die Internationale“, in dessen Refrain: „C'est la lutte finale“ viele der Anwesenden begeistert einstimmen.

Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises. Wie alljährlich, so liegen auch in diesem Jahr die Wählerlisten zur Kommunalwahl in der Zeit vom 15. bis einschließlich 30. Juli täglich von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 8 Uhr, im Wahlbureau Poststr. 16, 2 Tr., Zimmer 57, zur Einsicht der Wähler öffentlich aus. Bei der zunehmenden Wichtigkeit der Stadtverordnetenwahl ist es Pflicht unserer Parteigenossen, sich zu überzeugen, ob ihre Name in die Listen eingetragen ist. Wer jetzt nicht eingetragen ist, kann bei einer in diesem Jahr etwa stattfindenden Neuwahl seine Stimme nicht abgeben, steht infolge dessen den Maßnahmen der Gegner recht und schuldig gegenüber. Daß es aber notwendig ist, Leute in das Stadtverordneten-Kollegium zu entsenden, welche die Rechte der Arbeiter energisch vertreten, haben die Vorkommnisse der letzten Zeit wieder so recht deutlich betonen. Arbeiter, denkt an das Verhalten der städtischen Behörden der Straßenbahn-Gesellschaft gegenüber, denkt aber auch daran, wie bei der Kohlennot der Coatsverkauf der städtischen Gaswerke „ge-regelt“ wurde.

Den Wählern des 44. Kommunal-Wahlbezirks möchten wir nun besonders ans Herz legen, Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen, da durch die eingereichte Klage einiger Antisemiten gegen die Gültigkeit des Mandats unser Genossen Glöckle möglicherweise eine Remonstration in diesem Bezirk stattfindet. Unmöglich ist eben nichts. Auf alle Fälle muß also jeder Wähler auf dem Posten sein. Wer jetzt nicht seine Pflicht erfüllt, hat mit schuld daran, wenn sich bei einer eventuell stattfindenden Remonstration die Hände reiben, weil so und so viele Arbeiter nicht eingetragen sind und deshalb ihre Stimme nicht in die Waagschale werfen können.

Da nun die Zeit der Auslegung der Listen für die Arbeiter besonders schlecht gewählt ist, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, für andre Einsicht in die Wählerlisten zu nehmen und bitten wir diesen die nötige Legitimation zu überweisen, welche gewissenhaft zurückgestellt wird:

- Schönhäuser Vorstadt: Ramlow, Schönhauser Allee 135; Augustin, Schönhauser Allee 78; A. Schulz, Pappel-Allee 100; Nieb, Danzigerstraße 98; Mahlsop, Dunderstraße 18; Marx, Kasanier-Allee 15/99; Partei-Expedition; Dietze (A. F. F. Diehle), Schwedterstraße 88; Schönfeld, Rehbeinstraße 9; Gorbien, Preussener-Allee 292; E. Schmidt, Tredeowstr. 22; Zimmer, Tredeowstr. 80; Siebert, Wörtherstr. 15.

- Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: O. Waagänger, Ewinenmünderstr. 24; Rosin, Nippinerstr. 42; Ede Schönholzerstraße; Hoppe, Adlerstr. 21; G. Herrmann, Pulverstr. 45; Abendroth, Badstr. 42/43; W. Gahmann, Partei-Expedition, Grünhoferstr. 65; Geiseler, Veteranenstr. 4; F. Kieße, Brunnenstr. 85.

- Wedding und Oranienburger Vorstadt: Seidel, Neue Hofstr. 28; H. Schulz, Schvorgelassestr. 15; Wiegel, Woyenstraße 40; Dobatz, Sellenstr. 2; J. Krause, Müllerstr. 7a; D. Strawezad, Müllerstr. 159a; Aug. Dove, Müllerstr. 35a; F. Kleinert, Schulstr. 20; G. Tauschel, Wiesenstr. 29; F. Bergmann, Volkswasserstraße 8; Piltzer, Gerichtsstr. 92; E. Joseph, Liedstr. 84; F. Wölkel, Poststr. 25; E. Dieck, Adlerstr. 123; Hilgenfeld, Poststr. 60; Weidner, Gartenstr. 68.

- Woditz: J. Dring, Prusselstr. 70; A. Fabra, Waldstr. 67; Hücher, Weisfelstr. 9; D. Hücher, Weisfelstr. 68; Grasse, Weisfelstraße 17; Grub, Weisfelstr. 44a; A. Plat, Sidingenstr. 43; Rai, Hofstr. 18; Parr, Müllerstr. 10; Renjer, Lurmpstr. 69; Scharber, Hüttenstr. 9; Streit, Märkstr. 22; Wendt, Sidingenstr. 41; Waststein, Salzweidelerstr. 16; Haber, Stephanstr. 11; Anders, Partei-Expedition, Salzweidelerstr. 8.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonnabend, findet das diesjährige Sommerfest (Konzert, Spezialitäten, Theater, Tanz und Feuerwerk) in der „Neuen Welt“, Hasenheide, statt. Regen Versuch erwarten Die Vertrauensleute.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet morgen, Sonntag, den 22. Juli, einen Familienausflug nach Perdeburg bei Rodpend. Abfahrt vormittags 10 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Rege Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Stralau-Rummelsburg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die morgen, Sonntag, den 22. Juli, stattfindende Herrenpartie nach Freienwalde aufmerksam gemacht. Treffpunkt: Bahnhof Stralau-Rummelsburg morgens 5 1/2 Uhr.

In Sachen Reichens ist der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens auch von dem Ober-Landesgericht Köln zurückgewiesen worden. Das Ober-Landesgericht hat sich den sehr fragwürdigen Erwägungen der Strafkammer des Landgerichts Elberfeld durchweg angeschlossen.

Nachdem hiermit die Staatsjustiz versagt hat, bleibt als höchste und höchste Instanz die öffentliche Meinung, an welche die Verteidiger der Unschuld Reichens nun appellieren werden.

Reklame-Reisende. Für die „Woche“, jener bekannten, aus der Rosenfabrikation für allerlei Klatsch hervorgegangenen Wochen-schrift, wird von dem fudigen Verleger ein Abonnementfang getrieben, der wegen des mit den Verkaufstrag abgelaufenen Vertrages ein großes sozialpolitisches Wohlwollen des mit dem Kronen-orden gezeigten Herrn Scherl veranlaßt. Das Organ des Central-Verbands der Handlungsgehilfen und -Gehilfen Deutschlands, das „Handlungsgehilfen-Blatt“, veröffentlicht folgendes Vertragsformular, das ein „Oberreisender“ der Scherl'schen Zeitungsfabrik zu unterschreiben hat:

Hierdurch engagieren Sie mich als Oberreisender einer Kolonne von ca. 10 Reisenden zum auswärtigen Vertrieb der „Woche“. Ich erhalte von Ihnen ein monatliches Fixum von 100 M. (Einhundert Mark). Außerdem gewähren Sie mir eine Provision von:

5 Pfennig von jedem meiner Kolonne erzielten viertel-jährlichen Abonnementen,

10 Pfennig von jedem meiner Kolonne erzielten halbjährlichen Abonnementen,

25 Pfennig von jedem meiner Kolonne erzielten Jahres-Abonnementen und freie Eisenbahnfahrt III. Klasse nach dem Distrikt meiner Thätigkeit hier.

Auf Ertrag anderweiter Kosten und Auslagen habe ich keinerlei Ansprüche an Sie.

Für jeden meiner Reisenden erhalte ich von Ihnen 2 M. (Zwei Mark) Fixum pro vollen Tag, an welchem er für den Vertrieb der „Woche“ thätig ist, sowie eine Provision von:

20 Pfennig für jeden Vierteljahrs-Abonnementen,

40 Pfennig für jeden Halbjahrs-Abonnementen, um

100 Pfennig für jeden Jahres-Abonnementen,

aufßerdem für jeden Reisenden freie Eisenbahnfahrt 4. Klasse nach dem Distrikt seiner Thätigkeit.

Ich verpflichte mich, die vorstehenden Vergütigungen ohne jeden Abzug an die Reisenden abzuführen; ein etwaiger Abzug kommt Ihnen zu gute.

Die von mir angestellten Reisenden stehen in meinen Diensten, haben mitbin keinerlei Ansprüche irgendwelcher Art an Sie. Ihm Ausweis den Behörden gegenüber erhalten die Reisenden von Ihnen lediglich die Legitimationskarte, sowie eine weitere für den Betrieb zweckdienliche Verschönerung. Die Reisenden dürfen während der Zeit, in der sie „Die Woche“ vertrieben, nicht anderweitig thätig sein, insbesondere nicht andere Verlagsartikeln vertreten.

Zu meiner Thätigkeit für Sie bin ich als Ihr Handelsagent, nicht als Ihr Handlungsgehilfe anzusehen, so daß die gesetzlichen Bestimmungen über Handlungsgehilfen auf mein Vertragsverhältnis keine Anwendung finden. Auch ich darf während der Zeit, in der ich als Ihr Handelsagent thätig bin, keine anderweitige geschäftliche Thätigkeit entfalten.

Unter Vertragsverhältnis unterliegt einer jederzeit erklärbaren 14tägigen Kündigungsfrist.

Ganz abgesehen davon, daß die Entlohnung eine sehr niedrige ist, die die Reisenden beziehen, müssen die Angestellten weiter auf alle sonst nach dem Handelsgesetzbuch ihnen zustehenden Rechte verzichten. Nebel ist ein derartiges Geschäftsprinzip nicht, aber Willküren können nicht ohne „Mühe“ erworben werden.

Die Steigerung der Kohlenpreise, über die wir am Mittwoch berichteten, beruht keineswegs auf einer geringen Ausbeute der Gruben oder der Steigerung der den Arbeitern zu zahlenden Löhne. — Welch letzteren Grund allerdings die Rechnungswaltungen mit besonderer Betonung hervorheben. Die Preissteigerung ist ein willkürlicher Akt von Ausnützung der Konjunktur. Der industrielle Aufschwung der letzten Jahre hat einen ungewöhnlich großen Kohlenbedarf hervorgerufen und dieser hat wieder die Rechnungswaltungen zu immer größeren Anforderungen an ihre Ueberschüsse veranlaßt. Diese willkürliche Preissteigerung des Brennmaterials — unter der natürlich nicht nur die industriellen Werke, sondern vor allem die Feuerung verbrauchenden Kleinbürger- und Arbeiterfamilien zu leiden haben — ist übrigens eine internationale Erscheinung. Auch in England wird sehr darüber geklagt, und dortige Eisenindustrielle, die sonst gern mit den Kohlengruben Hand in Hand gehen und mit ihnen unter einer Decke stecken, haben gelegentlich einer Enquete offen ausgesprochen, daß es sich um ganz unbillige und ungerechtfertigte Preissteigerungen handelt. Der Direktor eines Bergwerks schreibt in der Heftzeitung der „Zoonomist“: „Es wird bereits die Frage ernstlich ventilirt, ob es nicht geeignet wäre, die Bergwerke für einige Zeit zu schließen, als ein praktischer Protest gegen die übertriebene Forderung der Kohlenhändler-Verfechter.“ Ein anderer schreibt, die Kohlenhändler schlachteten mit ihren Maßnahmen auf Vertenerung der Produktionskosten für die Industrie die Henne, die die goldenen Eier lege.

Es ist übrigens fraglich, ob die Kohlengruben ihr Spiel lange treiben können. Es brodelt bereits stark mit dem „Aufschwung“. Und mit dem Nachlassen der Nachfrage seitens der Industrie oder gar mit dem Sturz werden auch die Kohlenbarone, die jetzt selbstherrlich ihre profitablen Maßregeln dekretieren, wieder bescheidener werden.

Unter der großen Hitze, die seit dem 15. d. M. mit einer nur kurzen Unterdrückung herrscht, haben Menschen und Tiere außerordentlich zu leiden. Der registrierende Thermometer zeigte in den Tagen eine Höchsttemperatur von 35—39 Grad Celsius, während die niedrigste Temperatur, die am 17. morgens erreicht wurde, 18 Grad betrug. In den fünf Tagen wurden polizeilich, sowie auf den Unfallstationen 23 Erkrankungsfälle an Hitzschlägen gemeldet. Vorgefunden waren außer den schon mitgetheilten derartigen Erkrankungsfällen noch zwei Hitzschlagfälle zu verzeichnen. In der Straße An der Stadtbahn brach vor dem Hause Nr. 6 der Gehfahrende H. demuthlos zusammen. Man schaffte ihn nach dem nahe gelegenen Depot des Deutschen Tierärztl. Vereins, wo ihm bei sachgemäßer Behandlung seitens der Beamten das Bewußtsein bald zurückkehrte. Nachmittags erkrankte die 72 jährige Witwe E. am Königplatz vor dem Generalstabsgelände. Die Greisin erholte sich jedoch soweit, daß sie nach ihrer Wohnung gebracht werden konnte. In die städtische Abdeckeri wurden während der Hippertide 37 gefallene Pferde eingeliefert, darunter an einem Tage allein drei Omnibuspferde. Zahllose der Jagdtiere wurden vom Hitzschlag befallen und in den Stallungen unserer größeren Jagdgeschäfte stehen zahlreiche Pferde krank. In ähnlicher Weise leiden auch die Hühner. In der städtischen Abdeckeri sowie beim deutschen Tierärztl. Verein wurden in zwei Tagen allein 43 dem Hitzschlag erlegene Hunde eingeliefert. Eine Folge dieser Hitze und der damit verbundenen Erkrankungen der Hühner bildet eine starke Nachfrage nach Geln. Gestern sind aus der Stallung des deutschen Tierärztl. Vereins 18 Graugänse dem Käufern zugestellt worden.

Auch am Freitag zeigte die Temperatur mit einer bedeutenden Höhe ein. Die Durchförmelnde, die vorgestern nachmittags um 3 Uhr eine Höhe von 35 Grad Celsius erreicht hatte, fiel nur langsam die gestern morgen um 6 Uhr auf 19 Grad. Um 7 Uhr zeigte der Thermometer 20, um 8 Uhr 21,6 Grad Celsius und der Registrator stieg dann fast steil empor, weit über die Registratortheilung der Uraniafäden und erreichte um 2 Uhr mittags den Höchststand mit 30 Grad.

Aus der Magistrats-Sitzung am Freitag. Zur Teilnahme an der II. Verhandlungssammlung und Arbeitsnachweis-Konferenz des Verbands deutscher Arbeitsnachweiser in Köln im September

dieses Jahres hat das Magistratskollegium beschlossen, den Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, zu deputieren.

Der bisherige Hilfslehrer Dr. Friedmann ist vom Magistratskollegium zum Oberlehrer an der fünften städtischen Realschule gewählt worden.

Auf Antrag der städtischen Schuldeputation hat das Magistratskollegium beschlossen, im Norden der Stadt eine höhere Mädchenschule zu errichten. In diesem Zweck ist ein in der Rausstraße gelegenes städtisches Grundstück in Aussicht genommen, welches einen Flächeninhalt von 12 000 Quadratmeter hat, so daß dasselbe auch noch zur Errichtung einer Gemeinde-Doppelschule genügend Raum bietet. Nach Anhörung der städtischen Bau-deputation darüber, ob das in Vorschlag gebrachte Grundstück den bezüglichen Anforderungen entspricht, wird alsdann eine Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung des Magistratskollegiums gerichtet werden.

Fahrtpreidermäßigung für frange Kassenmitglieder. Die einer diesigen Korrespondenz entnommene Angabe, daß frange Kassenmitgliedern auf der Eisenbahn Fahrtpreidermäßigung zu teil werde, wenn sie als Refonvaleszenten Landaufenthalt oder Wadeter aufsuchen, ist nur soweit zutreffend, als diese Personen ihre Mittellosigkeit nachweisen.

Ueber den Wert kassenärztlicher Atteste. Vor einiger Zeit gaben wir, dem „Angeboten“ der „Evidenz“ entnommen, ein Urteil des Herrn Dr. Leo in seiner Eigenschaft als vorstehender Gewerbeberichterstatter bekannt, wonach sich der Herr in einer öffentlichen Sitzung dahin äußerte, daß ein Kassenarzt einem gesunungsfähigen Genossen auch immer ein Attest ausstellen würde.

Zu der letzten Nummer der „Med. Reform“ veröffentlicht nun in dieser Angelegenheit Herr Dr. D. Müller folgendes:

Auf die Initiative des Herrn Dr. Leo und mit Zustimmung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, des Herrn Magistratskassessors v. Sautz, wurde ich zu einer Besprechung über diese Angelegenheit in meiner Eigenschaft als Vorstandmitglied des „Bereins der freigewählten Kassenärzte“ am Montag, den 26. Juni, mit diesen beiden Herren freundlich eingeladen. Herr Dr. Leo erklärte mir: Er lege Gewicht darauf, demjenigen Berliner Arztverein, der wohl alle Kassenärzte Berlins als Mitglieder zähle, bekanntzugeben, daß er weder diese, noch eine in Zukunft oder Form ähnliche Vereinigung jemals gethan habe. Diejenigen diesigen Kassenärzte, die er zu seinen persönlichen Freunden zähle, würden ihm auch niemals eine derartige Mißachtung der Kassenärzte zutrauen. Nach seiner Erinnerung habe er sich über den Wert kassenärztlicher Atteste nur einmal amlich ausgesprochen und zwar bei folgendem Vorfall: Ein verlegter Arbeiter wollte sich des breiteren vor dem Gewerbegericht über den Unwert derartiger Atteste aussprechen. Herr Dr. Leo als Vorsitzender unterbrach jedoch den Beklagten und unterlegte ihm derartige unzulässige Angriffe auf abwesende Personen.

Auf Wunsch des Herrn Magistratskassessors Dr. Leo und zur Veranlassung der über den Inhalt der Rote des „Vorwärts“ indignierten Kollegen veröffentlichte ich hierdurch diesen Tatbestand.

Wenn Herr Dr. Leo den angegriffenen Kollegen gegenüber die despektierliche Kennerung zurücknimmt, so kann damit auch für mich die Sache erledigt sein, denn die „gesunungsfähigen Genossen“ beanspruchen keine Ehrenerklärung von Herrn Dr. Leo.

Lebhafte und gerechtfertigte Klagen werden in den Kreisen unserer Genossen laut über die langsame und schwerfällige Art und Weise, mit welcher der Steuerfiskus zu viel erhobene Steuern zurück-zahlt. Im Mai jeden Jahres gehen vielen Tausenden von Steuer-zahlern, die gegen ihre Veranlagung für das vergangene Steuerjahr bei der Einkommensteuer-Voraus-Kommision reklamiert haben, Mit-teilungen zu, daß sie in der That für das vergangene Jahr zu hoch eingeschätzt worden seien. In diesem Schreiben heißt es dann weiter, daß der diesige Magistrat hiervon in Kenntnis gesetzt worden sei und der Steuerzahler die etwa zu viel gezahlten Steuern zuerückhalten werde. Der Genosse aber kann Monate und aber Monate warten, ehe er durch den Magistrat die in der That zu viel gezahlten Steuern zurückerhält. Er erhält auf Anfrage beim Magistrat einfach die Antwort, daß der Betrag von dem Fiskus noch nicht angewiesen sei. Wenn man bedenkt, daß der Steuerzahler ge-zungen ist, den vollen, ihm auferlegten Steuerbetrag pünktlich zu zahlen, was ihm häufig nur unter den schwersten Opfern, ja selbst unter Schädigung seines Geschäfts möglich ist und in Ver-tracht zieht, wie namentlich der kleine Geschäftsmann und der Handwerker darauf warten, die zu viel gezahlten Steuern zurückerhalten, so muß das Verhalten der Be-hörde doppelt auffallen. Die Schuld aber trifft hauptsächlich nicht den Magistrat; denn sobald einmal seitens der Einkommen-Steuer die Anweisung zur Zahlung gegeben ist, wird sie im hiesigen Rathaus innerhalb drei Tagen bezahlt. Die Höhe der in Berlin zurückgezählten Steuern ist pro Jahr auf etwa 6—700 000 M. zu schätzen. Nimmt man nun an, daß die Steuerzahler diese Summe erst im günstigsten Fall durchschnittlich nach vier Monaten zurückerhalten, so betragen die Zinsen dieser Veräumnisse allein für Berlin 8000 M. Es erscheint uns deshalb nicht gerechtfertigt, daß der preussische Staat mit Kapital und Zinsen, die zu Unrecht erhoben sind, arbeitet.

Schwere Folgen hatte gestern morgen ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem beladenen Sandwagen. Dieser, ein Einspänner, der von dem 74jährigen Handeldmann Schadow aus der Berlinerstraße 48 zu Reinickendorf mit dessen Sohn geführt wurde, lief vorchristlich auf dem Straßenbahngeleise. Vor dem Hause Müllerstraße 151 konnte er nicht schnell genug anzuweichen und wurde von einem Straßenbahn-wagen angefahren. Der junge Schadow stieg vom Wagen herab, kam aber mit geringen Verletzungen davon, da der Straßenbahn-wagen ihn nicht berührte. Der greise Vater wurde von dem Straßenbahnwagen selbst gefaßt und erlitt einen schweren Unter-schenkelbruch. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht werden, während sein Sohn, nachdem er auf der nächsten Unfallstation einen Verband erhalten hatte, mit dem Sandwagen weiterfahren konnte.

Zu Tode getrunken hat sich der 88 Jahre alte Theateragent Paul Lindner, der in der Marienstraße wohnte, während seine Frau vor einem halben Jahre angekrankte Frau als Sängerin umher reist. Lindner, der hier eine Agentur für Kräfte unterhielt und zugleich als Intendant beim Metropol-Theater beschäftigt war, hatte eine neue Stelle in Köln a. Rh. angenommen, wollte aber andererseits auch wieder nicht gern von Berlin weg. In diesem Zwiespalt ging er drei Tage lang zu keinem andern Zweck aus seiner Wohnung weg, als um Bier und andre Getränke zu holen. Stets schleppete er neue Flaschen die Treppe hinauf, sobald die alten leer waren. Mittwoch-nachmittag fand man ihn angezogen, fast leblos und aus dem Munde blutend auf seinem Bett liegen. Der Kranke, der die ganze Zeit über nichts gegessen hatte, wurde demuthlos in eine Kutsche ge-bracht und starb dort noch am selben Abend um 9 Uhr, ohne wieder zu sich gekommen zu sein.

Schwierigkeit macht die Feststellung eines Mannes, der als Zeuge in Regel gefunden werden ist. Es handelt sich um einen etwa 40 Jahre alten, 1,67 Meter großen Mann mit dunkelblauem Haar, blondem Schnurrbart, einem grünen wollenen Jacketanzug, einem rotblau larricem Hemde, einer weißen leinenen Unterbröckchen, braunen Strümpfen und einem weißen Vorhemd mit grüngefärbtem Kollars. Die Manigkellenknöpfe aus Perlmutter sind T. T. ge-zeichnet.

Bei einem Dampfverausstöße dem Hitzschlag erlegen ist der 45 Jahre alte Gärtler Wackerwitz, der als Junggeselle für sich lebte. Wackerwitz schlief sich gestern morgen dem Gast- und Schank-wirts-Verein Siedewitz an, der seinen Sommerausflug mit dem Dampf nach Schmiedewitz machte. Nachdem er sich auf Deck lebhaft unterhalten und gescherzt hatte, daß er sich auf der Partie eine Frau suchen wolle, brach er zwischen 11 und 12 Uhr kurz vor Schmiedewitz

plötzlich zusammen und fiel nach wenigen Minuten, odglets ihm sofort von allen Seiten Hilfe geleistet wurde. Die Leiche wurde nach Schmüdow in das Spritzenhaus gebracht.

Neue über einen leichtsinnigen Lebenswandel scheint den 24 Jahre alten Barbier Max Erhardt aus der Pflanzstr. 18 zum Selbstmord veranlaßt zu haben. Erhardt, war seit drei Jahren verheiratet und Vater von einem Kinde. Am 1. April d. J. hatte er ein eigenes Geschäft aufgemacht. Was ihm dieses abwarf, brachte er größtenteils in loderer Gesellschaft durch. Am Sonnabendmorgen ließ er seine Frau im Stich, obwohl sie unmittelbar vor einem Familienereignis stand, und kehrte nicht wieder nach Hause zurück. Donnerstagvormittag fand man ihn am Südufer als Leiche im Kanal wieder.

Auf der „Trepow-Sternwarte“ wiederholt Direktor Ardenbold Sonntagmorgens um 5 Uhr zum erstmaligen Mal mit zahlreichen Lichtbildern angehängten Vortrag: „Die Sternbilder als Wegweiser in fremden Ländern besonders in China“ und spricht um 7 Uhr über: „Die bevorstehenden Sternschnuppenfälle.“

Kuch werden jetzt regelmäßig Dienstag und Freitag abends 8 1/2 Uhr Projektionsvorträge gehalten. Mit dem Kleben-Festmahl wird in dieser Woche die Sonne, Jupiter und Saturn beobachtet.

Feuerbericht. Mehrfache Alarmierungen hatte die Wehr in der Nacht zum Freitag zu verzeichnen. Pausstraße 22 brannte die Dachkonstruktion, während gleichzeitig Alexanderstr. 10 Möbel und Betten in Flammen aufgingen. Ein Schaufensterbrand verursachte ein Anstrichen nach Frankfurterstr. 49. Kleidungsstücke samt Gardinen wurden Muladstraße 33 und Sparstraße 11 eingeschmolzen. Wegen eines Kellerbrandes wurde die Wehr nach Unter den Linden 44 gerufen. Längere Zeit hatte sie zu thun, um am Ostbahnhof einen durch Selbstentzündung entstandenen Pechföhlenbrand abzulösen. Dasselbe war der Fall Dresdenstr. 81, wo Feuer in einer Posamentierfabrik ausgebrochen war. Außerdem wurden noch kleinere Brände gemeldet aus Fährbringerstr. 2, Kassenstr. 1, Fischerstr. 19, Frankfurter Allee 146 und Prinzenstraße, Ede Amneststraße.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nixdorf. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am dem Neubau Berlinerstr. 78. Der 26 Jahre alte Steinträger Leopold Dondersch stürzte, als er eine Mulde Steine nach dem 4. Stockwerk getragen hatte, infolge eines Fehltritts über die Stiebelwand hinweg in die Tiefe. Mit zerstückeltem Schädel, gebrochenem Genick und anderen erheblichen Verletzungen wurde der Unglückliche tot aufgehoben; ein herbeigeholter Arzt vermochte nur noch den bereits erfolgten Tod zu konstatieren.

In der Gemeinde-Anstaltenverwaltung ist infolge eines Selbstmordes der Maurer Georg Harenst aus Nixdorf, der, wie wir berichteten, von einem Neubau in Weig abgestürzt ist.

Im Wiefengraben ertrank hat sich am Donnerstagabend an der Trepowstraße ein unbekannter Mann von ca. 40 Jahren, welcher, nach seiner Kleidung zu urteilen, dem Arbeiterstand angehört. Die Leiche wurde nach der Rigdorfer Leichenhalle gebracht. Der Kapazier Gustav Adamid, Wilmannstr. 27 wohnhaft, wurde vor einiger Zeit in Berlin von dem Wagen des englischen Gesandten überfahren und am Kopf verletzt. Seitdem war der Mann leidend und lebensüberdrüssig. Am Donnerstagabend erkämpfte er sich an der Rückseite seiner Wohnung. Als seine Frau ihn fand, war er bereits tot.

Neu-Weiskene. Das vom Vaterländischen Frauenverein hier errichtete Krankenhaus ist so weit fertiggestellt, daß es am 1. Oktober in Benutzung genommen werden kann. Die Einrichtung entspricht allen Anforderungen, die an solches Institut in sanitärer Beziehung und vom modernen Standpunkt aus gestellt werden müssen. Zur Aufnahme der Kranken ist vorläufig, angeblich wegen Geldmangels, nur ein Pavillon fertiggestellt, mit dem von weiterer Räumlichkeiten für diese Zwecke soll dann fortgefahren werden, wenn Geld vorhanden ist. Um nicht von vornherein in Verlegenheit zu kommen, Kranke abweisen zu müssen, ist man zur Zeit damit beschäftigt, drei transportable Baracken aufzustellen zur vorläufigen Unterbringung.

Die rechtzeitige Fertigstellung dieser Bauarbeiten ist, wie in ähnlichen Fällen, nur dadurch möglich gewesen, daß eine Anzahl Arbeiter, namentlich Maler, Lederstuhlarbeiter sowie Sonntagsarbeit, leisteten. Das einzig richtige, mehr Arbeiterkräfte einzustellen, wurde leider vermieden.

Allen voran in künstlerischer Ausführung steht der im Direktionsgebäude befindliche Vestibül. Man möchte sagen, das Juviel wirkt lebend, stellt sich als Volkstanz dar. Wahrscheinlich wollte man dem Beschauer das Ueberfließen eines solchen Raumes überaus deutlich demonstrieren. Zeit man, nachdem man die verschiedenen mit allem weltstädtischen Komfort ausgestatteten Räume durchwandert hat, heraus auf die Veranda, so wird man ganz eindrucksvoll durch einen penetranten, unfremd so nützlichen Vorstreich eigenmächtigen Geruch daran erinnert, daß man sich auf dem — Dorf befindet, ein Umstand, der später den das Feste aufsuchenden Retowaleszenten als Uebelstand erscheinen wird. Hoffen wir, daß hier eine Änderung eintritt.

Arbeiter-Risiko. Auf dem Neubau Steglitz, Grunewaldstr. 5, ereignete sich ein sehr schwerer Unglücksfall. Der dort beschäftigte Maurer August Gino, Nowaweg, Kurfürst. 8 wohnhaft, fiel von der Decke des 4. Stockwerks auf das Schuttbett der 3. Etage. Hier durchbrach der Kiesel und so schlug der Unglückliche nochmals mit voller Gewalt 8 Meter über dem Erdboden auf. Der alsbald anwesende Sanitätsrat Dr. Albers, Steglitz, Albrechtstr. 124, zeigte sich bei diesem Unfall in besonders zuvorkommender Weise. Er erklärte den sich Beschädigten um die Verletzung ihres Kollegen erkundigenden Arbeitern, daß ihnen dies im geringsten nichts angehe. Mag diese Abgestumpftheit wohl in den besseren Gesellschaftskreisen heimisch sein, dem Arbeiter ist das Gefühl der Menschlichkeit trotz seiner geschwächten Lage noch nicht abhanden gekommen.

Bei einem Arzt sollte man doch mehr Achtung des Mitgefühlts erwarten, als es sich in diesen Worten bekundet.

Veranstaltungen.

Im Wahlverein für den ersten Reichstags-Wahlkreis hielt Genosse Feldmann aus Langenbielau am Mittwoch einen Vortrag: Momentbilder aus Schlesien. Der Redner schilderte insbesondere das Elend der schlesischen Weber, wobei er zur Illustration desselben einige Beispiele aus seinem Wirkungskreis im Entenberge anführte. Ferner beleuchtete der Vortragende noch die Verhältnisse der schlesischen Landarbeiter, sowie der Arbeiter in den Eisenwerken, der Streichholz- und der Schachtel-Industrie, die alle hinsichtlich ihrer Lebenshaltung auf der gleichen tiefen Stufe stehen wie die Weber, deren Elend sprichwörtlich geworden ist. — In dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag nahm niemand das Wort. Im Anschluß an eine Anfrage, wie die Mitglieder des Wahlvereins über die Ghinopolist denken, entstand eine Debatte über den ästhetischen Wert, an der sich R o n a s s e und L ä r o w mit längerer Ausführungen beteiligten. Beide Redner vermittelten auf das entschiedenste, begleitet von lebhaftem Beifall der Zuhörer, die „Kulturkatheten“ der europäischen Mächte in Ostasien. — Zum Schluß erinnerte der Vorsitzende daran, daß am 22. d. M. ein Ausflug nach der Pferdebahn stattfindet, und ersuchte um zahlreiche Beteiligung an demselben.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, deren Tagesordnung nur wenige Punkte aufwies und die infolge dessen schon um 10 1/2 Uhr ihr Ende erreichte.

Einzig berichtete über die Glasarbeiter-Bewegung in Stralau. Ob es zum Streit komme, sei noch nicht entschieden, da noch mit der Direktion unterhandelt werde. Doch er-

bitten die Glasarbeiter für den Fall des Streiks die Hilfe der Berliner Gewerkschaften. Die Verhältnisse der Glasarbeiter hätten sich gegen früher in diesen Punkten verschlechtert. Das Einkommen sei geringer geworden, der von der Fabrik geleistete Wohnungszuschuß sei von 850 M. allmählich auf 250 M. herabgedrückt worden. Die Fabrikleitung hat nun ein gewisses Einigenkommen erzielt. Sie will den Wohnungszuschuß wieder auf 300 M. erhöhen und das Schiedsgericht für die Instandhaltung der Glasbläser-Pfeifen bezahlen. Dafür sollen jedoch die Arbeiter ihre Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit gänzlich fallen lassen. Die Arbeiter gläubten sich jedoch zu diesen Forderungen angesichts der günstigen Geschäftslage, die den Fabrikanten eine Preissteigerung bis zu 30 Proz. ermöglicht, durchaus berechtigt. Gerade die günstige Geschäftslage läßt die Arbeiter einen Sieg im Falle des Streiks erhoffen. Die Organisation der Glasarbeiter ist gut; die Mitgliederzahl des Verbandes ist in Jahresfrist von 8500 auf etwa 8000 gestiegen. Sie hat jetzt einen Kassenbestand von circa 20 000 M. Aber da sich die Glasarbeiter gegenwärtig an acht oder neun Orten in Lohnbewegungen befinden, so müssen die Stralauer dennoch an die Hilfe der Berliner Gewerkschaften appellieren. Es wird sich im Streitfall um etwa 800 Auszubildende und eine wöchentlich aufzubringende Summe von 6000 M. handeln. Der Delegierte Hartmann sagt noch einige nähere Mitteilungen über die soziale Lage der Stralauer Glasarbeiter hinzu.

Seitens des Ausschusses der Gewerkschaftskommission ist die Angelegenheit bereits geprüft worden, und dieser empfiehlt die Annahme des Antrags auf Unterstützung der Stralauer im Fall des Streiks.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag darauf mit 49 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte niemand.

Zu Revisionen zur Prüfung der Kassen für das erste Halbjahr 1900 werden darauf Wahle, Leo Schmidt und Wöhler gewählt. Man will recht dabei an, der Ausschuss möge einmal erwägen, ob es nicht praktischer wäre, die Kassenevisoren für längere Zeiträume wählen zu lassen, um ihnen einen besseren Einblick in die Verhältnisse zu ermöglichen.

Der Delegierte der Glaser meldet eine Lohnbewegung als in Aussicht stehend an. Die Gehilfen beabsichtigen, von der guten Geschäftslage auch für sich zu profitieren. Es sei jedoch noch unentschieden, ob es zum Streit kommen werde.

Ueber die Lage des Finsterwalder Tabakarbeiterstreiks macht Dourty einige Mitteilungen. Man dürfe hoffen, zum Siege zu kommen, müsse aber vorläufig noch die weitere Unterstützung durch die Gewerkschaften erbitten.

Nachdem noch der Delegierte der Bäcker, Sechsholdt, kurz über die Lohnbewegung in der Brotfabrik von Vobell (Inhaber Schröder) berichtet hat, kommt man zur Verlesung der Protokolle. Dasselbe ergibt das unentschiedene Fehlen der Delegierten der Bauarbeiter, Drochsenfischer, Gollwitzer, Grabbe, Kassenbeamtin, Laderer, Porzellanarbeiter, Steinindustrie-Arbeiter, Vergolder, Kgl. Telegraphen und Postenarbeiter.

Sie gut besuchte Versammlung der Hiesigen Berlin und Umgebung tagte am 19. Juli Grenadierstr. 33 bei Saule. Zunächst gab die Kommission den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Danach beteiligten sich 188 Kollegen am Streit. 31 arbeiten für den Stundenlohn von 75 Pf., während 52 Kollegen zu dem Wert der Maurer, 16 Kollegen zu der Rabitzyn-Ordnung übergegangen sind. Alsdann nahm die Versammlung Stellung zu dem Säulen-Anschlag der Unternehmer. Alle Redner verurteilten die Handlungsweise der Unternehmer ganz entschieden, auch wurde von der Lohnkommision nachgewiesen, daß laut Vertrag keine Zeit festgesetzt ist, auf welche der Vertrag Geltung hat. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 19. Juli tagende Versammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der Handlungsweise der Herren Unternehmer. Die Versammlung weist den von den Unternehmern der Organisation der Hiesigen gemachten Vorwurf, die Hiesigen hätten den im vergangenen Jahr geschlossenen Vertrag gebrochen (respektive Kontraktbruch begangen) ganz entschieden zurück. Die Versammlung ist der Meinung, daß damit der letzte Rest der Festigkeit der Herren Unternehmer gebrochen ist, weshalb die Hiesigen gewillt sind, bis zum letzten Mann anzuharren und zwar so lange, bis unsere Forderung bewilligt ist. Des Weiteren weist die Versammlung die Handlungsweise der Herren Unternehmer vom Bund der Hiesigen als eine nicht der Wahrheit entsprechende Handlungsweise zurück.“ Es wurde noch folgender Antrag angenommen: „Die am 17. Juli tagende Versammlung beschließt, daß überall da, wo bis Sonnabend, den 21. Juli, der neue Tarif (respektive Arbeitsbedingungen) nicht bewilligt wird, am Montag, den 23. Juli, die Arbeit niedergelegt, und dieses der Kommission sofort mitgeteilt wird. Diejenigen Kollegen, welche zu den neuen Bedingungen arbeiten, sind verpflichtet, jede Arbeit von Firmen, wo die Kollegen im Auslande stehen, zu verweigern! Bei Zwischenmeistern, die für größere Firmen arbeiten, anzuführen, ist zu Gunsten unserer Lohnbewegung ebenfalls jede Arbeit zu verweigern.“

Charlottenburg. Am Dienstag, den 17. Juli, tagte im Lokal von A. Leber die Bezirksversammlung des Bezirks Charlottenburg des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Zweck Regelung der Kontrolle für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung wurde von der Versammlung bezüglich der Meldezeit der folgenden Antrag angenommen:

Die heute am 17. Juli 1900 tagende Bezirksversammlung des Bezirks Charlottenburg beschließt, daß die Kontrolle zur Weisse resp. Ortsunterstützung (Arbeitslosen-Unterstützung) unter jedwemaliger Vorzeigung der Invalidenkarte im Lokal des Kassierers Ferdinand Baise, Potsdamerstr. 44, und zwar in der Zeit von vormittags 9-12 und nachmittags 2-4 Uhr zu erfolgen hat.

Die arbeitslosen Kollegen sind nicht gehalten, der Kontrolle wegen etwas zu verzehren. Beschwerden sind beim Bezirksleiter auszubringen.

Diese Kontrolle gilt nur für die Mitglieder der Ortsverwaltung Steglitz des Bezirks Charlottenburg.

In der Angelegenheit der Neuregelung des hiesigen Gewerkschaftsstatuts wird den beiden Delegierten betreffs der Kostenfrage durch nachstehenden Antrag die Richtschnur gegeben:

Die heutige Mitgliederversammlung des Bezirks Charlottenburg beauftragt ihre Delegierten, für Neu-Regelung der Beiträge zum Gewerkschaftsstatut zu stimmen; die Zahl der Delegierten der einzelnen Vereine bleibt jedoch dieselbe. Die heutige Mitgliederversammlung weist ihre Delegierten an, gegen eine etwaige Änderung dieser Bestimmungen zu stimmen.

Im weiteren wurden die anwesenden Kollegen aufgefordert, dem hiesigen Konsumverein als Mitglieder beizutreten.

Der Vortrag des Genossen Dr. V. Vorkamp wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 22. Juli, vorm. 9 1/2 Uhr, im oberen Saal des „Englischen Gartens“, Alexanderstr. 27: 1. Versammlung. Freireligiöse Predigt. Um 10 1/2 Uhr, vormittags ebendort: 2. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Verständigung als Weltmittel.“ Wähe, Damen und Herren, sehr willkommen.

Centralverein der im Abzuggehenden und verwandten Branchen des hiesigen Berlin. Sonnabend, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Hermann, Wähestr. 57: Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg, Filiale Berlin 3). Mitgliederversammlung am Sonntag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Bergner, Reichensbergerstr. 157.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg, Filiale Berlin 4). Sonnabend, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Wille, Albrechtstr. 28.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg, Filiale Nixdorf). Versammlung am Sonntag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Jilke, Kirchhoffstr. 41. Kassenericht.

Vermishtes.

Die neu aufgefundenen Andrie-Boje bestückt die Auffassung derjenigen, welche meinen, daß die Andrieboje Polarexpedition kurz nach dem Ausstieg verunglückt ist. Andrie wollte bekanntlich diese Nordpolen in kurzen Zwischenräumen und ihrer Nummerfolge auswerfen. Wenn die dritte Boje jetzt leer und aufgefunden unbenutzt aufgefunden ist, so deutet das darauf hin, daß die Mitglieder der Expedition durch unvorhergesehene Begebenheiten in verhältnismäßig kurzer Zeit nach Beginn der Fahrt daran verhiert worden sind, ihr Vorhaben auszuführen.

Eine köstliche „Schweine“-Geschichte wird der „Berliner Börsen-Zeitung“ aus Sachsen berichtet: „Wie waret Ihr so unglücklich und wie ringelt Ihr lustig Eure Schweinchen, als Ihr fünfzig Schweinchen vor einigen Tagen auf dem sächsischen Bahnhof Weisdorf anlangtet, um nach Stolzen verladen zu werden! Nichts Schlimmes ahnend, sprangen sie, die 50 grauen Läufer, hütein in den Packwagen, um ihrem weiteren Ziel entgegen zu dämpfen. Es war noch nicht ihr Todesziel, die Stadt der seligen Gräfin Coler — nein, von dort aus sollten sie erst getrennt und weiter verkauft werden, hübsch einzeln, um aufgewappelt zu werden zu sein, drallen Schweinchen, eines ehrenvollen Todes im nächsten Winter fähig! — Es war wahrscheinlich Ihre erste Fleischfahrt, die sie nach Stolzen bringen sollte, um dort eine Perientkolonie zu gründen; denn weiterer Hoffnung leuchtete aus ihren Klauen vermishten Augen, und mit munteren Sprüngen eilten sie über die Räder in den Wagen. Ihr Herr und Gebieter fühlte sich selbst ganz glücklich beim Anblick seiner treuen Schar! — Doch mit des Schicksals Mächten — Ist kein ewiger Bund zu schließen — Und das Unglück schreitet schnell! — In dem Wagen war vor einiger Zeit gepacktes oder gemahenes Rothholz verladen gewesen, dessen Farbe sich dem Boden mitgeteilt hatte, und von dem auch einige Körner zurückgeblieben waren. Die bekannten allwissenden Schweinchen, denen auch die Schweine unterworfen sind, lösten die braunrote Farbe auf und verwandelten sie nach einem ewigen Gesetze der Chemie in ein wundervolles Kamowist. Nichts konnte das Schicksal aufhalten, auch die herrlichen Erben nicht, welche der Edelkum des Besitzers dieser drohigen Herde auf den Wagenboden verstreut hatte, damit sie zur Rohmung seiner Schillinge und zu ihrem munteren Spiele dienen könnten. Die Fahrt wird verabschiedet — der Zug geht ab! Unter dem Pfeifen der Lokomotive verklingt der letzte Jauder der jaulend-schwänzigen Schar! — Nach drei Stunden kommt der Zug nach Stolzen — man öffnet den Wagen, Himmel, was ist denn das? Das sind doch nicht die fünfzig grauen Schweine, die in Arnsdorf verladen wurden? Die sind ja aber über und über rot — kein graues Nippelchen mehr dran. Das sind ja Spitzgestalten der Hölle, umhüllt mit dem roten Mantel des Teufels! Aber im Wagen war es fester gewesen, die Schweinchen hatten ihre Verwandlung nicht bemerkt. Als sie jedoch nun wieder das Licht des Tages erblickten, da war ihre Fremde grenzenlos! Auch ein Schweinchen hat ästhetischen Geschmack und ihm gefällt sicher rot mehr wie grün. Mit ganzer Seele lachten sie ihren Herrn an, als wollten sie sagen: „Gnan, Freund, ist alle Theorie, doch rot Dein teures Vorstehvieh! — Aber die Bauern, die Bauern dachten anders! Rote Schweine — nee, die lösen wir nicht! Vergebens ist die Versicherung des Weizschanzes aus Birna, daß sich die Schweinchen trotz der roten Farbe außerst gesund und wohl befänden, vergebens die eigne Ueberzeugung von der Lustigkeit der Geschöpfe; nee, sagten die Bauern — denen ist die rote Farbe nicht in die Haut, denen ist sie auch in die Gedärme und in die Seele gedrungen! Das sind die reinen Sozialdemokraten und ihre Würste brauchen nicht erst in Anilin gefärbt zu werden. — Was wollte nun der acnte, moderne Gamas, dessen rote Schweine Somers Dhysee nicht einmal besingt, anfangen? Er trieb sie in den Stall des Gastschops „Zur grünen Aue“ in Langenwolmsdorf, wo sie jetzt noch ihres Schicksals harren, bis sein Streit mit der Eisenbahnverwaltung angefochten sein wird. Der Zufall der Reichen zu diesem Stall soll ein enormer sein. Und wenn auch die Schweine denken: „O, daß sie ewig hasten bliebe, die rote Farbe heißer Liebe!“ — so weiß doch im Augenblick noch niemand, wie diese carmoisinrote Schweinerei enden wird.“

Eisenbahnunfall. Am 19. d. M. vor-mittags in der sechsten Stunde wurde auf dem zwischen Danzig und Weisberg bei Kilometerstein 94 D. W. gelegenen Uebergang von dem Weidenbacher Personenzug 1001 eine Fingelarbeiter-Gespann und ihre zwei Kinder, sowie der mitgeführte Kinderwagen überfahren und hierbei die Frau und das jüngere Kind getötet. Das andre Kind von drei Jahren wurde schwer verletzt. Der den Uebergang bedienende Schlagsicherer hatte, so viel bis jetzt festgestellt werden konnte, die Weizschanke nach Durchfahrt des aus Dresdener Richtung kommenden Personenzuges 1006 geöffnet und hierbei das gleichzeitige Herannahen des andern Zuges aus entgegenge-setzter Richtung nicht beachtet. Aus Verzweiflung über das herbeigerufene Unglück verließ der Schlagsicherer einen Selbstmordversuch und brachte sich schwere Verletzungen an der Kehle bei. Er und das schwerverletzte Kind wurden nach Anlegung von Notverbänden durch schnellig herbeigerufene Verzte in den nächsten Personenzug nach Dresden aufgenommen und hierauf ins Stadtkrankenhaus überführt.

Marktpreise von Berlin am 19. Juli 1900

von Erntungen des 1. Postjahres		von Erntungen des 2. Postjahres	
Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut	14,50	Bartha, neue, D.Git.	11,00
„ mittel	14,00	„ alte, neue, D.Git.	10,50
„ gering	13,50	„ do. neue, D.Git.	10,00
Weggen, gut	14,50	Schneidfleisch	1,00
„ mittel	14,00	„ do.	1,00
„ gering	13,50	„ do.	1,00
Wasser, gut	15,50	Butter	2,00
„ mittel	14,70	„ do.	2,00
„ gering	14,20	„ do.	2,00
Hafers, gut	16,50	„ do.	2,00
„ mittel	15,50	„ do.	2,00
„ gering	14,50	„ do.	2,00
Mehl, 1. Sort.	14,50	„ do.	2,00
„ 2. Sort.	14,00	„ do.	2,00
„ 3. Sort.	13,50	„ do.	2,00
„ 4. Sort.	13,00	„ do.	2,00
„ 5. Sort.	12,50	„ do.	2,00
„ 6. Sort.	12,00	„ do.	2,00
„ 7. Sort.	11,50	„ do.	2,00
„ 8. Sort.	11,00	„ do.	2,00
„ 9. Sort.	10,50	„ do.	2,00
„ 10. Sort.	10,00	„ do.	2,00

Produktionsmarkt vom 20. Juli. Bei hochgradiger Geschäftslage verkehrte der heutige Getreidemarkt in lehrer Grundbedeutung. Wiederum sahbe höher, das sonstige Ansehen unbedeutende Preisänderungen. Sittemitend war auch in gewissen Grade der etwas niedrigere Barometerstand gewesen, obwohl der wichtige Maßstab um 2,5 mm abwärtsgefallen war, auf das Wetter, gehalten blühte. — In Bezug auf die Preise der Getreide war die erste Probe des hiesigen Roggens vorlag. Die aus Polen stammende Ware zeigte eine ganz vorzügliche Qualität. Ein Anschlag wurde infolge der steigenden Kaufkraft nicht erzielt. Die Preise für Weizen waren am Freitag nicht verändert. Roggen 1 M. höher gehalten. Diese Preissteigerung war ausschließlich auf Drängen im Anschlag an den geringen Anschlag zurückzuführen und konnte sich nicht voll behaupten. Am Markt für Futtermittel war Hafer fest, inländischer knapp und teurer, Mais unverändert. Hafer gab 0,20—0,30 M. nach.

Wetterübersicht vom 20. Juli 1900, morgens 9 Uhr.

Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wetter	Stationen	Barometer (mm)	Windrichtung	Wetter	
Breslau	766	S	2 wolken	24	Saparanda	755	W	4 heiter
Bamberg	766	OSO	2 wolken	21	Petersburg	762	OSO	1 wolken
Berlin	766	SO	1 heiter	23	Wort	760	OSO	8 bedeckt
Bonn	765	OSO	2 wolken	23	Aberdeen	769	SO	2 bedeckt
Braunschweig	767	SO	1 heiter	20	Paris	762	SO	1 wolken
Wien	767	OSO	1 wolken	18				

Weiter Prognose für Sonnabend, den 21. Juli 1900. Etwas kühler, vielwolken heiter, zeitweise wolke bei ziemlich frischen nördlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Ansprech: Amt VII, 353.

Sonntag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Heizung-, Gas- und Wasserrohrleger und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Agitations-Kommission. 2. Beratung und Beschlussfassung über den von der Kommission ausgearbeiteten Lohnarif. 3. Vorschlag von Kandidaten als Gewerkschaftsmitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig.
Die regelmäßigen wagnislosen Zusammenkünfte finden jeden ersten Sonntag im Monat im folgenden Lokale statt: vormittags 10 Uhr bei Diefel, Adlerstr. 123; Alberti, Bader, Blumenstr. 49; Martin, Rannysstr. 86; nachmittags 2 Uhr bei Quandt, Bergmannstr. 74a.

Versammlung der Metallschleifer im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Die Missstände in den Schleifereien und was man zur Beseitigung? Referent: Otto Naether. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Branchenvorstandes und einer Agitations-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 114/10*

Am Sonntag, den 12. und 19. August, vormittags 9 Uhr, finden für unsere Mitglieder in der Urania, Lindenstraße, Projektionsvorträge über „Die Pariser Weltausstellung“ statt. Bilses zum Preise von 50 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Kassieren sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, erhältlich. Die Ortsverwaltung.

Elektromonteuere! Mitglieder-Versammlung.

Sonntag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 57:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Hans Nachtigal über: „Die Geschäftslage der elektrotechnischen Industrie und welche Lehren haben die Arbeiter daraus zu ziehen.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 268/19
Um rege Beteiligung eruchtet
Der Vorstand.

Verband der Möbelpolierer. Versammlung

Heute, Sonntag, den 21. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kühne, Köpcke-Str. 20 in Weissensee:
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kontrollkommission. - 2. Diskussion. - 3. Verschiedenes.

Verband der Möbelpolierer. Versammlung

Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Höhring, Admiralstrasse 19c:
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wermuth. (Thema wird in der Versammlung bekannt gemacht) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Ein Kinder Strohhut ist beim Sommerfest im Schweizer Garten gefunden. Abzuholen bei B o f f, Friedenstr. 62. 147/4
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Am Mittwoch, den 25. Juli 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung. 3. Abrechnung vom Festkommers und von der Raub-Sammlung. 4. Die Änderung unserer Geschäftsordnung. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 24/12
Mitgliedsbuch legitimiert!
Um vollständiges und pünktliches Erscheinen eruchtet
Die Ortsverwaltung.

Am Sommerfest (18. Juli) sind eine Granatbrosche, sowie ein Schirm in der „Neuen Welt“ abhandeln gekommen. Die ehrlichen Finder werden gebeten, diese Gegenstände in unserem Bureau, Engel-Ufer 15, II, abzugeben.

Wachtung! Centralverband deutscher Brauer Wachtung!

u. verw. Berufsgenossen (Sektion der Hilfsarbeiter).
Sonntag, den 22. Juli 1900, nachmittags 2 Uhr, in Kellers Festsälen (großer Saal), Ropenstr. 29

Große öffentliche Versammlung aller im Brauereibetriebe beschäftigten Hilfsarbeiter, als da sind: Hof- und Kellerarbeiter, Stallente, Fack- und Flaschenkutscher und Müllfahrer, Maschinen-, Heizer, Schlosser, Flaschenkellerarbeiter und alle sonstigen Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit den Brauereibetrieben. 2. Diskussion. 3. Die Wahl des Hauptvorstandes. 4. Aufstellung eines Kandidaten und Ersatzkandidaten als Beisitzer zum Gewerkschaftsgericht. 5. Verschiedenes. 41/3
Es wird zu dieser Versammlung allen Kollegen zur Pflicht gemacht, vollständig und pünktlich zu erscheinen, da unsere Interessen voll und ganz gewahrt werden müssen.
Jedes Mitglied, welches an der Wahl des Hauptvorstandes teilnimmt, hat sein Mitgliedsbuch zur Legitimation mitzubringen.
Der Vorstand.

Alt-Wäscherinnen u. -Plätterinnen.

Montag, den 23. Juli 1900, abends 8 1/2 Uhr in Stechers Festsälen, Androssstr. 21

Gr. öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Einigungsamt, und was wollen wir weiter thun? Referent: Frau Emma Jäber. 2. Freie Aussprache. 3. Beschlusfassung über den Spruch des Einigungsamts. 4. Wahl der fünf Arbeitnehmer zur Behörde-Kommission. 5. Verschiedenes. 158/4
Die Lohnkommission.
3. u.: Minna Rosenfengel, Plätterin, Blumenstr. 37.

Zur gefälligen Beachtung! Heute Sonntag, 21. Juli 1900 Gr. Sommerfest

des Vereins der Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Wäsche- u. Krawattenbranche im Schweizergarten.
bestehend in Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Jedes Kind erhält 2 Buns gratis für Stocklaterne u. Korbweil oder Schaufel.
Anfang 4 Uhr. Programm gratis.

Wo? beim alten Freund.

Dem Sangesbruder und Genossen Fred. Krause und Frau zur Silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.
19896
Die Sangesbrüder u. Parteigenossen von Hoh.-Schönhausen-Wilhelmsberg.

Heinrich Horwitz.

Sein ehrenwerter, edler Charakter sichert ihm bei uns ein bleibendes Andenken.
19876
Das Personal der Buchdruckerei Emil Billig Nachf., Lindenstr. 53.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Israelitischen Friedhofs in Weissensee aus statt.

Paul Mirring.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags in Pöbdenau im Spreewald statt.
19986
Die Kollegen der Pianofabr. von C. Otto.

Wilhelm Georgi.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachm. 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle der Marktgemeinde aus statt.
Die tiefbetrübte Witwe
Hulda Georgi nebst Kindern.

Tod-Anzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
142/4
Paul Mirring
am 19. Juli verstorben ist. Die Beerdigung findet in Pöbdenau (Spreewald) statt.
Ohre seinem Andenken.
Der Vorstand.

Tod-Anzeige.

Den Mitgliedern der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg), Filiale Berlin 7, die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Kassierer
119/4
G. Bittcher
am Montag freiwillig seinen Tod gesucht und gefunden hat. Das Rottis zur That dürfte in einem Herzentode zu finden sein, das plötzlich zum völligen Knickbruch gekommen ist. Wir verlieren in ihm einen braven Kollegen, einen tüchtigen, zuverlässigen und treuen Beamten, dem wir ein dauerndes, ehrendes Andenken bewahren werden.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Juli, nachmittags 4 Uhr, von dem Leichenhaus, Hansnover-straße 7, nach dem Danter-Kirchhof statt und eruchen wir unsere Mitglieder, sich recht rege daran zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.
Warnst. Gutholt, Schäfer, Sassenroth. Volgt. Kühl.

Tod-Anzeige.

Wittmoos, den 18. Juli, verchied im 38. Lebensjahre nach schweren Leiden im Wochenbett meine innig geliebte Frau Auguste Mangler. Im Namen der trauernden Verwandten
Reinhold Mangler.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 22. Juli, nachm. 4 Uhr, auf dem Kirchhof in Brigg, Radwegstr. 17, statt.

Tod-Anzeige.

Am 19. d. M., vormittags 7 1/2 Uhr, verchied nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau
19885
Friederike Drieschner
im Alter von 53 Jahren.
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr von Trauerhalle der Thomaskirche aus statt.
Der tiefbetrübte Gatte
Ernst Drieschner.

Für 30 Mark

fertige hochfeine Anzüge und Valetots nach Maß, prima Stoff und guter Sitz.
Riesenstofflager 50919*
Krausenstr. 14, I (kein Laden).

Ostend-Oberjöhneweide. Restaurant Sporthaus.

Gmpf. Vereinen Gesellschaften u. Saal. Garten, Regeld. u. Rasen. Dobslaw.
A. Stippekohls Restaurant
Göpenick, Schönheitsstr. 5.
Arbeiter-Verkehrsort. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gesorgt.

„Zenfelssee“ Wägelbergen. „Marienlust“.

Ans.: C. Streichbahn, Besitzer des Kaiserhofs, Köpenick.
Empfehle beide Lokale mit großen Sälen und Gärten, jedes circa 3000 Personen fassend, mit Dampfbrücken, Stallungen für 40 Pferde, Volkbelustigungen aller Art.
45812*

Restaurant Pferdebuch b. Köpenick

(20 Minuten Waldweg, von Berlin per Fahrweg über Kaulsdorf in 1 Stunde zu erreichen.) Herrlich im Landwald gelegen, bietet es Vereinen und Gesellschaften einen angenehmen Aufenthalt. 100 Morgen Spielplätze, 2 Regeldampfbahnen, Kaffeehaus, großer Tanzsaal und Hallen für ca. 1000 Personen.
Neu erbaute Stallungen für 60-80 Pferde.
Gute Speisen und Getränke. Günstige Preise.
45742*
Regem Besuch steht entgegen hochachtungsvoll
Wilhelm Bräsewitz.

Segler-Schloss, Gantels Ublage.

Sehr W. Heinrich, Fernweber: Bunkerhausen 13, 50319*
empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Schülern sein am Wald und Wasser gelegenes Restaurant. Große und kleine Säle, schöner schattiger Garten und großer Spielplatz stehen dem geehrten Publikum zur Verfügung.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen.

(E. S. Nr. 88 Hamburg)
Mitglieder-Versammlungen

finden statt:
Bezirk A. Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Nowack, Rantenschiffstr. 9.
" B. Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Pritsch, Stallgerstr. 30/31.
" C. Sonntag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Gerth, Blücherstr. 66.
" D. Montag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.
Tagesordnung:
1. Geschäftliches. 2. Kassenbericht pro II. Quartal 1900. 3. Verschiedenes. Für Bezirk A findet als 3. Punkt die Wahl eines Stellvertreters. 4. Punkt Antrag Koller, 5. Punkt Verschiedenes.
Die Zahlstellen, in denen am Sonntagabend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahre) aufgenommen werden, befinden sich Rannysstr. 78 bei Grundmann, Kleine Androssstr. 14 bei Schmidt, Reichenbergerstr. 29 bei Schmidt, Stallgerstr. 66 bei Sieke, Joffenstr. 46 bei Menk, Alte Jakobstr. 69 bei Lenz, Gassenstr. 11 bei Raddatz, Georgenkirchstr. 25 bei Radtke.
238/20
Die Ortsverwaltungen.

Schloss Weissensee.

Sonntag, den 22. Juli 1900:

Grosses Volks-Fest

arrangiert vom VI. Berliner Wahlkreis.

Früh, mittags und abends: Instrumental-Konzert ausgeführt von 2 starkbesetzten Musik-Kapellen unter Leitung der Dirigenten Herrn Behfeld und Tietz. Hassen-Gesänge von ca. 500 Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes (24 Vereine) unter Leitung des Bundes-Dirigenten Herrn R. Blobel.

Von 4 Uhr nachmittags: In beiden Sälen: **Tanz** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Von 4 Uhr nachmittags bis abends: Vorstellung e. Puppen- u. e. Kasperl-Theaters. Auf der Wiese neben dem Bal champêtre **Kinder-Belustigungen aller Art.** Wettrennen, Topfschlagen etc. etc. Im herrlich gelegenen See-Theater **Auftreten sämtlicher Spezialitäten** bei freiem Entree.

5 Uhr nachmittags: **Reigenfahrten** ausgeführt von Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Berlin“.

7 Uhr abends: Auftreten verschiedener Athleten 1. Ranges.

10 Uhr abends: **Gr. Brillant-Wasser-Feuwerk** und bengalische Beleuchtung der Statue der Freiheitsgöttin. Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen von 2-6 Uhr zur Verfügung. a Liter 60 Pfennig, 1/2 Liter 30 Pfennig.

Die Samariter-Kolonie hat neben dem Bal champêtre ein eignes Verbandszelt errichtet und ist zu allen ärztlichen Hilfeleistungen bereit. Für hinreichende Fahrverbindung nach allen Teilen Berlins ist Sorge getragen.

Anfang des Konzerts früh 8 Uhr.

Wir bitten die Festteilnehmer, sich beim Verlassen des Lokals eine Kontomarkte geben zu lassen, da nach dem Coupieren das alte Billet seine Gültigkeit verliert. Um zahlreichen Besuch bittet
Das Komitee.
Billet 20 Pfennig.

M. Schulmeister

Begründung des Geschäfts 1878.

en gros en detail 50392*
Schneidermeister
Dresdenerstraße 4, am Rottbuiser Thor.
Frühjahrs- und Sommer-Valetots von Mt. 13,50 an
Jackett-Anzüge . . . von Mt. 15 an
Koch-Anzüge . . . 23
Radfahrer-Anzüge von Mt. 11 an
Jünglings-Anzüge . . . 12 an
Cachemir- und Lüstre-Jacketts von Mt. 2,- an
Wash-Anzüge und Blusen für Knaben von Mt. 1,- an
Knaben-Anzüge zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Bestellungen nach Maß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut u. billig ausgeführt.
Streng feste Preise.

Laabs

Eisasserstr. 30.
Behandl. aller Haut-, Harn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte.
Sprechst. 9-2. 6-9.
Freitag und Sonntag nur 9-2.
Verbands-Kassen Frühgingen.

Heidelbeerwein

5 Fl. 55 Pf. exkl.
Max Gaulke, Fruchtstr. 23.
Gute Hübendorferstr. 1864b

Strand-Restaurant Wägelsee

zwischen Rüggeleschloß u. Knäpelsdamm.
Empfehle Vereinen, Vereinen und Korporationen für Sommerausflüge u. Ausflüge mein großartig gelegenes Lokal. Saal für ca. 3000 Personen, Gassen, genügende Nebenräume.
Belustigungen aller Art. Coulante Preise.
M. Zegebrodt.
„Strandlohn“, Köpenick.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Brennspiritus.

Detailisten, welche unter günstigen Bedingungen den übernehmen wollen, bitten wir, sich bei uns zu melden.
Bank für Spirit- und Produkten-Handel.
Neanderstrasse 12.
51880*

Cylinder-Hüte

kauft man am billigsten direkt in der Fabrik.
Chapeaux elagues, weiche und kräftige Hüte zu billigen Preisen bei
Max Radtke, Krautstrasse 50, an der Markthalle (kein Laden).
4938L*

Wald-Restaurant „Kiekemal“

15 Minuten schöner Waldweg von Station Hirschgarten (linksseitig der Bahn), 30 Minuten von „Pferdebuch“, entfernt. Zwei Regeldampfbahnen, Kaffeehaus, Tanzsaal, Billardzimmer, Schießstand, große Spielplätze, gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen.
45882*
Wilhelm Hagdeburg.

Gerichts-Beilage.

Ueber den gegenwärtigen Stand der Mordsache Gönzgi
neben uns aus zuverlässiger Quelle folgende interessante Einzelheiten zu: Bekanntlich wurde in der Revisionschrift in erster Linie festgestellt, daß ein gewisser Schulz in Rio de Janeiro, der an das deutsche Generalkonsulat ein Schreiben gerichtet hatte, worin er sich der Mordthat, die Gönzgi zur Last gelegt wurde, bezichtigte, nicht nach Berlin gebracht worden war. Die darauf über die Verfertigung des Schreibens eingezogenen Ermittlungen haben ein eigenartiges Ergebnis gebracht. Schulz ist der Sohn eines in der Gegend von Hamburg wohnenden ehrbaren Handwerkers. Er ging, etwa 20 Jahre alt, nach Brasilien. Es gefiel ihm dort nicht. Einmal Tages bezichtigte er sich bei dem deutschen Generalkonsulat eines Mordes, den er zusammen mit dem bekannten Tierhändler J. vor etwa 2 Jahren in Deutschland begangen haben wollte. Schulz wurde nach Hamburg gebracht. Schon bei seiner ersten Vernehmung gab er zu, daß er die ganze Geschichte von dem angeblichen Mord erfunden habe, um auf Staatskosten nach der Heimat zurückgebracht zu werden. Nach Verhängung einer kleinen Strafe wurde Schulz wieder auf freien Fuß gesetzt. Nach einigen Jahren ging Schulz wiederum nach Brasilien. Die Komödie mit der Selbstbezichtigung eines in Deutschland begangenen Mordes wiederholte sich. Zum zweitenmal brachte man ihn auf Staatskosten nach Hamburg, um zu erfahren, daß er wiederum die Behörde getäuscht hatte. Jetzt tauchten Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit auf, die sich durch seine Beobachtung als begründet erwiesen. Man brachte ihn in einer Irrenanstalt unter. Hier bemerkte er sich derart vernünftig, daß man ihn auf Bitten seines Vaters, der behauptete, ihn in seinem Geschäft verwenden zu können und versprach, auf ihn ein wachsameres Auge haben zu wollen, wieder freigab. Er wählte nicht lange, da war Schulz wieder verhaftet. Merkwürdigerweise hatte er sich zum drittenmal nach Brasilien begeben. Er hält sich noch in Rio de Janeiro auf. Und dieser Mensch war es, der sich des Mordes an der Frau Schulze und deren Tochter bezichtigte hatte. Aber noch weiteres Belastungsmaterial wurde nachträglich gegen Gönzgi erbracht. Es war in der Verhandlung nicht zur Sprache gekommen, woher der Mörder die beiden Kisten bezogen hatte, in denen die Leichen verborgen waren. Hierüber sind Ermittlungen angestellt worden, die er-

geben haben, daß Gönzgi die beiden Kisten in einer Fabrik in der Rittersstraße gekauft hat. Gönzgi leugnete dies zwar entschieden, zwei in der Kistenfabrik angestellte Personen haben ihn aber mit aller Bestimmtheit als den Käufer der beiden Kisten wiedererkannt. Schließlich hat auch die immer noch erkrankte Frau Gönzgi eine ihren Mann belastende Enthüllung gemacht. Sie hat zugegeben, daß sie während ihres Aufenthalts in Brasilien ihren Ehemann einmal gefragt habe, wo er mit dem Weibe geblieben sei, das er aus der Wohnung fortgenommen. Ihr Mann habe erwidert: „Ich habe es ins Wasser geworfen.“ Alle diese Thatsachen haben dazu geführt, daß auf Ablehnung des Wiederaufnahme-Verfahrens erkannt worden ist. Als Gönzgi dieser Beschlusse zugestimmt wurde, geriet er in solche Wut, daß er das Schreibstück in kleine Stücke zerriß. Er beantragte seinen Verteidiger, gegen den Gerichtsvollzieher Beschwerde beim Kammergericht zu erheben. Dies ist geschehen. Der Bescheid steht noch aus, dürfte aber schwerlich im Sinne des Antragstellers ausfallen.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung hatte sich heute der Droguist Heinrich Hasselmann aus Steglitz vor der zweiten Ferienkammer am Landgericht II zu verantworten. In dem Angeklagten kam im Frühjahr v. J. der Obergärtner Störcken und hat für ein krankes Körperglied um eine geeignete Einreibung. Hasselmann gab ihm eine Sublimatlösung, deren Gebrauch eine heftige Entzündung des erkrankten Gliedes herbeiführte. Der Patient begab sich nach einer Apotheke und ließ das Mittel unterliegen. Dort wurde dasselbe als Sublimatlösung festgestellt. Mit Hilfe eines zugezogenen Arztes legte sich die Entzündung, bevor dieselbe einen lebensgefährlichen Charakter angenommen hatte. Hasselmann wurde angeklagt. Chemiker Dr. Bichhoff begutachtete, daß die Lösung auf 100 — 0,25 Proz. Quecksilberchlorid enthielt, während die Maximaldosis 1:1000 ist. Hier sei daher das 2 1/2 fache des Maximums zur Anwendung gekommen, während das Maximum nur zu Wäsungen und Desinfektionen verwendet wird. In Fällen wie dem vorliegenden komme es sehr selten zur Anwendung, denn aber nur in 10—15facher Verdünnung. Es sei ein Wunder, daß der Patient nicht gefährlich erkrankt sei. Der Staatsanwalt beantragte 50 R. Geldstrafe, der Gerichtshof erkannte aber auf 300 R., weil die Fahrlässigkeit des Angeklagten nahe an Freivolität streife.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche Angaben werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Zurechnung findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

C. W. 3. Sie sind zur Nachzahlung nicht verpflichtet und können zu solcher nicht herangezogen werden. — **H. D.** Es muß ein dahin gerichteter Antrag gestellt werden, die Versicherungsbeiträge nicht dann überreicht das Krankengeld von der Krankenkasse ein. — **G. 2.** Die Wehrpflicht ist in Deutschland wie folgt geregelt: Jeder wehrpflichtige Deutsche genügt 7 Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum vollendeten 27. Lebensjahre dem stehenden Heere an, und zwar bei der Kavallerie und reitenden Artillerie die ersten drei, bei den übrigen Truppengattungen die ersten zwei Jahre bei der Fahne, die folgenden fünf bzw. vier Jahre der Reserve an. Die folgenden fünf Lebensjahre gehört der Wehrpflichtige der Landwehr ersten Aufgebots und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das 29. Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebots an. Kavalleristen und reitende Artilleristen dienen nur 3 Jahre in der Landwehr ersten Aufgebots, Landwehr zweiten Aufgebots wird zu Übungen nicht herangezogen. Die Ersatzreserve besteht aus bedingt Brauchbaren wegen hoher Bodennatur als übermäßig nicht Eingekleideten und aus Rekrutanten wegen ihrer bürgerlichen Beschäftigungen. Die Ersatzreserve dient zur Ergänzung des Heeres bei Mobilmachungen und zur Bildung von Ersatzregimenten. Der Ersatzreserve gehören die Wehrfähigen vom 1. Oktober des Militärpflichtjahres ab 12 Jahre an. Nach Ablauf der 12 Jahre treten die Ersatzwehrgenossen, welche geübt haben, zur Landwehr 2. Aufgebots, die anderen zum Landsturm 1. Aufgebots über. Die Ersatzwehrgenossen sind zu 3 Übungen (von je 10 1/2 und 4 Wochen) verpflichtet. Der Landsturm besteht aus allen Wehrfähigen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahre, welche nicht geübt haben. Der Landsturm besteht aus zwei Aufgebots. Dem ersten Aufgebots gehört man bis zum 31. März des Jahres an, in welchem das 39. Lebensjahr vollendet ist, dem zweiten bis zum vollendeten 45. Jahre. Landwehrleute treten also in den Landsturm zweiten Aufgebots über. Landwehrleute und Ersatzwehrgenossen über 32 Jahre werden zu Übungen nicht herangezogen. — **1869.** Leider sieht Joren Vater ein Ansuchen auf Alters- und Invalidenrente nicht zu. — **1073 G. 8.** Das ist unmöglich. Ein zu dem Zweck der Benachteiligung von Gläubigern vorgenommener Verkauf der Sachen, Uebertragung an die Ehefrau usw., kurz, die sog. Schenkung, ist wertlos, weil sie dem Gläubiger gegenüber wirkungslos und überdies strafbar ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 21. Juli.
Opernhaus. Geschlossen.
Opernspielhaus. Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Reising. Die Weisheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Die Dame von Nazim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Menes. Die Wahrsagerin. Anfang 8 Uhr.
Wetlin. Der Vogelwandler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Postillon von Lonjumeau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Sulamith. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Anna-Lise. Anfang 8 Uhr.
Welle-Klanke. Doppelgänger. Aus dem Paradiese. Im Garten: Spezialitäten-Vorstellung und Konzert. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm. Deutsches. Im Garten: Großes Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung.
W. Troppol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Hauerer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Ironia. Jubiläum. 11. 12. Täglich abends von 8—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Urania

Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5—10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Neu Lebende Photographien:
Die Flottenparade in Kiel, Ausf. d. Panzergeschwaders nach China u. a. m.
Der arm- und beinlose Hindu-Knabe.
Die Hindostanerin mit dem Apfelsinenkopf.
Tiroler-Gesellschaft „Almrausch“.
Das Sensations-Tableau: Liebesdrama im Bärenzwinger.

Passage-Panoptikum. Marokkaner

(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellungen um 12, 5, 7 und 9 Uhr.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132.
Exklusiv vollständiger Vorstellungen.
Die Anna-Lise, des alten Dehners Jugendliebe. Schauspiel in 3 Akten von H. Heisch. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung. In Vorbereitung: Die Foger in China. Im Garten: Sommerabendtheater, Konzert, Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.

Zum 163. Male:
Venus auf Erden.
Robert Steidl vom Urlaub zurück!!
Bernhard Mörbitz.
Messter's neue Aufnahmen:
Unsre Marine auf dem Wege nach China.
Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Heute Sonnabend, den 21. Juli:
Extra Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Unser Johann.
Auffspiel in einem Akt von Verconsin.
Das Badel-Madel oder: **Puffschnutechen.**
Geflügel in einem Akt von Braune. Musik von Thiele. Im Sommerabendtheater.
Sonnabend, den 21. Juli.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Der Postillon von Lonjumeau. Sonn. Oper in 3 Akten von H. Adam. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr:
Carmen.
Montag, abends 7 1/2 Uhr:
Gastspiel Heinrich Büchel.
Martha oder: Der Markt zu Richmond.

Central-Theater

Zum 100. Male:
Berlin nach Ost.
Gr. Halle in glänzender Ausstattung. Anfang 8 Uhr.
Damen-Souvenir-Abend. Die sensationellen Schätzer: Eisenbahn-Quartett! Cecilia! Aufzug der Parfums. Morgen und folgende Tage: Berlin nach Ost.

Metropol-Theater.

Der Zauberer am Nil.
Kaufmanns-Operette
— **Mumien-Ballett** —
Juli-Spezialitäten-Programm.
Auf. 8 Uhr. Planchen überall gefloht.

See-Terrasse

Röderstr. 6, Lichtenberg (zwischen Landsberger Allee und Dorf Lichtenberg).
Größtes Sommer-Etablissement Berlins mit herrlichem 3 1/2 Morgen gr. See.
— Säle, Vereins- und Gesellschaftszimmer. —
Das Grossfeuer hat nur die Eiswerke zerstört, während das Vergnügungs-Etablissement (25000 Personen fassend) verschont blieb und sich nach wie vor in flottem Betrieb befindet.
Täglich: Grosses Konzert.
Jeden Sonntag: **Ersklassige Specialitäten im Variété-Theater.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
4 hochelegante Kegelbahnen. — Grosser Vergnügungspark.
Grosser Tanz im neuen Bal champêtre (auch jeden Montag u. Donnerstag). Auftreten der vorzüglichen Tyroler Alpensänger im Gartensaal.
Gesamt-Entree **10 Pf.** Kinder frei. Wochentags frei.

ZOOLOGISCHER GARTEN.

Heute vorletzter Tag!!
Ausstellung unserer neuesten Kolonie
SAMOA
Es gelangt zur Vorführung.
Das ganze vor dem Kaiser in Kiel gegebene Programm.
Morgen, Sonntag, den 22. Juli:
Abschied der Samoaner von Berlin!!
Vorstellungen 11, 4, 5 1/2, 7 Uhr.
Entree direkt von der Strasse (Stadtbahn-Eng.) 50 Pf., Kinder 25 Pf. vom Zoologischen Garten aus 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Schweizer-Garten.

Am Königsthor. — Haltestelle der elektr. Ringbahn. — Am Friedrichshain.
Täglich:
Konzert, Theater, Ballett, Spezialitäten-Vorstellung, Ball.
„Clown Tanti“ Familie Patty-Frank (6 Pers.) Barterre- und Luft-Akrobaten.
Hombert und Renardo, musikalische Excentrics.
Ponnys, Affen und Hunden.
Catrini-Ballett, Eugen Milardo, Ella Bertini, 7 Damen. — Moderne Karikatur — Tanz-Soubrette.
Jeden Abend 10 Uhr:
Die lustigen Weiber von Berlin, andegeführt vom Theater-Ensemble (20 Personen). Anfang 4 resp. 5 Uhr. Entree 30 Pfg.

Max Kliems Sommer-Theater

Paschende 13—15.
Artistische Leitung: Paul Hilblitz.
Täglich:
Grosses Doppel-Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochelegante Kegelbahnen, Kaudiborei, Humensand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Kliem.

Ostbahn-Park

Hermann Imbs
71 Nöckerdorfer Straße 71 am Köpenicker Platz.
Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummer 1.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachtag. 20 Pf. Anf.: Wochent. 5 Uhr. Entree 10 Pf. Kinder 10 Pf. Sperrig Nachtag. 10 Pf. Hermann Imbs, Direktor.

Feldschlößchen

Ans.: Fritz Nagel.
Müllerstraße Nr. 142.
Täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Entree frei.
Sonntag: Gr. Extra-Vorstellung und Ball. Entree 20 Pf.

Prater-Theater.

Kastanien-Allee 7—9.
Täglich: **Der wilde Jäger,** romant. Sage mit Anfang u. Tang in 4 Akten von Hugo Schütz, Musik von K. Reichen. Ballett unter Leitung der Balletmeisterin Jyl. Döring. Musik. Excentric-Quintette Rolfo Bred, d. Cratesque-Duettsiten Gebr. Wilardo, Lousia-Quartett, The Niltons, Red-fantler, Wih. Toni Pico, erotische Trapezstänkerin, Fred und Max, Chinesen, The Greenwood, Pantomime: „Die musikalische Schmelde“.
— Konzert. Im Saale: Ball. — Anfang 4 Uhr. — Eintritt 30 Pf. Num. Platz 50 Pf. Kalbo.

Puhlmanns Vaudeville-Theater.

Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97—99.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Künstler L. Kanges. — Im renovierten Saale: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr.
Lehmann.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger (Gührmann, Dorff, Wolde.)
Anfang: Sonntag 7, Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billets 3 Stück 1 R. Send nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstag: Tanzkränzchen.

Deutsche Konzert-Hallen

Spandauer Brücke 3.
7 Stadtbahnhöfen.
Großer Naturgarten.
Täglich von 6 Uhr ab:
Gr. internationale Konzerte von sämtlichen Gesangs-Musik-Kapellen.
Entree frei.
Von 8 Uhr ab:
Theater-Abteilung.

Thalia-Theater.

Heute und folgende Tage:
Gastspiel der **Orientalischen Operetten-Gesellschaft.**
Sulamith.
Altägypten-romantisches Melodrama in 4 Akten von Goldblum.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Sanssouci

Im prachtvollen **Natur-Garten** jeden Sonntag u. Donnerstagen humorist. Solos der **Norddeutschen Quartett-Sänger** Gims, Gahndloy, Nega etc. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf. Nach der Solos: **Tanzkränzchen.** Tanz frei. Donnerstags haben Vereinsbillets und Besparquants Gültigkeit.

Cigarrenhändlern

offerierte besonders preiswert meine 3 Spezialmarken. Agenten gef. **Eugen Braun.** Wohlfeilsten Kasse. 50228

Schultze,

Wasserthorst 1/2, I. Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Berufshörung. 30712. Sprechstunden 9—2 u. 5—9. Donnerstagsvormittag feine Sprechstunde. Bei Verzeigung der Behandlungsfarte 10 Pro.

Natur-Heilverfahren.

Haut-, Horn- u. Blasenleiden. Frauen-Krankheit. Heilt sicher ohne Berufshörung. 39784. R. Wagner, Invalidenstr. 161/1 9-2, 5-9, Sonntag 9-2.

Wem seine Pflanzen lieb sind, düngt sie mit **Hallmayer's Pflanzendünger.**
ist reiner, geruchlos, leicht zu handhaben, liefert reichliche Düngung.



5 1/2 Bzd. Brot 50 Pfg.
H. Albrecht's Bäckerei
Wrangeistr. 9, Krausstr. 19, Faldenstr. 28, Sauerstr. 2.

